

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 1.16

Erdweg – eine „essbare Gemeinde“ _ 40

Daseinsvorsorge zukunftsfähig machen _ 48

Kommunen für Artenvielfalt _ 54



**Fördern,
damit Landwirte investieren**

Inhalt



Seite 40 —
Erdweg – eine „essbare Gemeinde“



Seite 48 —
Daseinsvorsorge zukunftsfähig machen



Seite 54 —
Kommunen für Artenvielfalt

Für das Netzwerk

INSIDE

- 05** — LandInForm Spezial 6 über Grünland
- 05** — LEADER-Karte als Poster
- 05** — LEADER – wie sieht's europaweit aus?

DAS WAR

- 06** — Dörfer – funktional eigenständig und demokratisch selbstbestimmt?
- 06** — Gemeinsame Strategien für die Siedlungsentwicklung
- 07** — Miteinander reden und gemeinsam vorankommen

DAS KOMMT

- 08** — **Transferbesuche in Nordrhein-Westfalen**
Die DVS lädt im Juni zu zwei Best-Practice-Exkursionen zu den Themen Biodiversität im Grünland und im Acker ein.
- 08** — Tagung verlegt
- 08** — Programm der DVS für die zweite Jahreshälfte
- 09** — Regionalentwicklung finanzieren
- 09** — **Chance Zuwanderung?!**
Integration geschieht vor Ort. Was können und müssen die Aktiven einer Region tun, um Zuwanderung zur Chance zu machen? Die DVS lädt im April zum Praxis-Workshop „Integration von Zugewanderten – Ideen, Beispiele und Lösungen für ländliche Räume“ ein.
- 09** — Mobilitätssicherung in ländlichen Regionen

Im Fokus

EINFÜHRUNG

- 10** — INTRO
- 12** — Wo lebt Lieselotte?
- 16** — Mehr als Ställe

BETRIEBSPORTRÄTS AUS DEUTSCHLAND

- 18** — Wachstum mit mehr Tierwohl
- 20** — Zukunftsfähig durch Bio-Legehennen
- 22** — Mit bäuerlicher Tradition in die Zukunft

BLICK NACH EUROPA

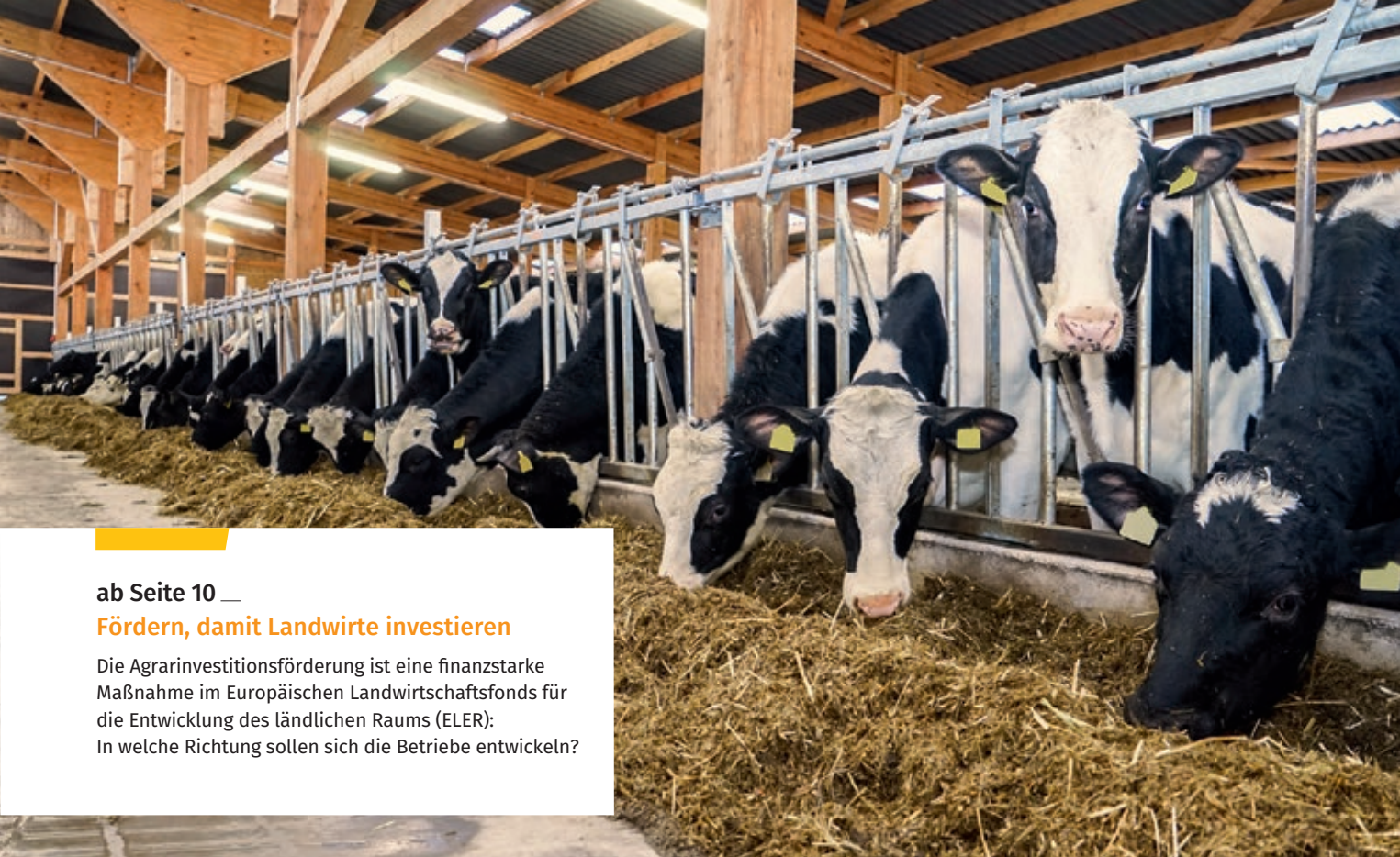
- 24** — Hier investiert Europa
- 26** — Wie fördern die Nachbarn?

LEADER UND DIE DVS

- 29** — Bei LEADER tut sich was
- 30** — LEADER-Karte (Poster)
- 32** — Die DVS – für ländliche Räume

AUS EXPERTENSICHT

- 37** — Interview – Ulrich Jasper
- 38** — Statement – Alfons Balmann
- 39** — Statement – Mathias Dralle



ab Seite 10 —

Fördern, damit Landwirte investieren

Die Agrarinvestitionsförderung ist eine finanzstarke Maßnahme im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER): In welche Richtung sollen sich die Betriebe entwickeln?

Aus der Praxis

- 40 — Erdweg – eine „essbare Gemeinde“**
Gemüse und Obst für jedermann, gesund und kostenlos und direkt vor der Haustür zum Selberernten. Was nach Schlaraffenland klingt, wird an manchen Orten im Kleinen bereits praktiziert – so etwa in der oberbayerischen Gemeinde Erdweg.
- 42 — Kulturprojekte als Anker**
- 44 — Nordlicht für ein Kultur-Jahr**
- 45 — Das Dorf zusammenschmieden**
- 46 — Kunst am Maisfeld**
Große Kunstobjekte säumen die Ränder von Mais- und Rapsfeldern rund um Bayreuth. Die Region hat sich sechs Jahre lang auf vielfältige Weise mit Bioenergie befasst – auch künstlerisch.

Forschung trifft Praxis

- 48 — Daseinsvorsorge zukunftsfähig machen**
Viele Landkreise müssen sich mit den Folgen des demografischen Wandels für die Versorgungsinfrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr auseinandersetzen. Ein Forschungsprojekt hat untersucht, wie Regionen in Mitteldeutschland aufgestellt sein sollten, um handlungsfähig zu bleiben.

Perspektiven

BILDUNG UND FORSCHUNG

- 50 — Das Naturkapital ländlicher Räume**

POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 52 — Bäuerliche Landwirtschaft – schnell, einfallsreich, flexibel**

PARTNER UND EXPERTEN

- 54 — Kommunen für Artenvielfalt**
- 55 — Gründer an die Hand nehmen**
In der Schwarzwaldgemeinde Niedereschach wird der Gründergeist auf neue Weise geweckt: Die Existenzgründungsoffensive Niedereschach unterstützt Bürger, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen möchten.
- 56 — Die Position:**
Was braucht die zukunftsfähige Landschaft?
- 57 — Leserbrief**

Service

- 58 —** angelesen
- 59 —** angekündigt
- 60 —** Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

als Verbraucher kann ich mich beim Blick in die Fleischtheke nur wundern: Schweineschnitzel für 4,49 Euro oder ein „zerlegtes halbes Schwein“ bei Kaufland für 2,29 Euro pro Kilogramm? Deutschland produziert und exportiert europaweit am meisten Schweinefleisch. Der wöchentlich von Erzeugergemeinschaften empfohlene – aktuell niedrige – Preis hat deshalb Signalwirkung für andere EU-Länder.

Dabei wären nach einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap neun von zehn Norddeutschen (88 Prozent) bereit, mehr für Fleisch zu bezahlen, wenn sich die Haltungsbedingungen für die Tiere verbessern würden und das Geld beim Landwirt ankäme. Der Wunsch nach mehr Tierwohl deckt sich mit dem Ziel des Agrarinvestitionsförderungsprogramms – in Deutschland kurz AFP.

Dem Verbraucherinteresse und Förderanreizen folgend, wurde in den vergangenen Jahren bei höheren Preisen europaweit bereits mit stärkerem Blick auf das Tierwohl in den Stallbau investiert. Allerdings wuchsen gleichzeitig die Betriebe immer weiter. Die Kapazitätswachse, auch in den Nachbarländern, machen dem deutschen Export jetzt zu schaffen.

Mehr in Tierwohl zu investieren, könnte sich für die Betriebe lohnen, nach der Gleichung: weniger Besatz, höhere Qualität, mehr Erlös. Dieses Ziel verfolgt auch AFP. Etwas Tierwohl steckt schon in der Basis-, noch mehr dann in der Premiumförderung. Allerdings gibt es eine Reihe von Bedingungen, die in den Bundesländern variieren, sodass nicht jeder Betrieb davon profitieren kann.

Umsatzstarke und wenig flächenorientierte Betriebe sind nicht unbedingt auf eine Förderung angewiesen. Ihre Zahl und die Tierproduktion in diesem Bereich nimmt allerdings zu. Dort stellen sich dann drängende praktische Fragen wie: Was passiert mit der Gülle und woher kommt das Futter? Gerade die gewerbliche Produktion wird aber durch die tierwohlorientierten Förderangebote kaum erreicht, denn häufig ist sie von der Förderung ausgeschlossen.

Spannendes zur Rolle von AFP auf dem Weg zu mehr Effizienz, Tierwohl und Umweltschutz in Deutschland und zur Ausrichtung des Förderinstruments in anderen EU-Mitgliedstaaten steht im Fokus dieses Heftes.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Jan Swoboda

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und
Ernährung (BLE), Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
(DVS),

Redaktion: Anja Rath, Isabella Mahler,
Andrea Birrenbach, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.),

Titelbild: Planungsbüro MINICHSHOFER GmbH
www.stallplanung.at,
Visualisierungen: www.dabringer.com
Rückseite: Rainer Klotz/123rf.com

Gestaltung: MedienMélange: Kommunikation
www.medienmelange.de

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern / Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461, -3974, -3435, Fax: 0228 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de,
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:

Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Stefan Kämper: stk, Simon Keelan: sik, Moritz Kirchesch: mok, Isabella Mahler: ima, Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Natascha Orthen: nao, Jost Pütz: jop, Anja Rath: arh, Christian Rößler: chr, Bettina Rocha: ber, Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr, Monika Wohler: mow

Neues aus der DVS



LANDINFORM SPEZIAL 6 ÜBER GRÜNLAND

„Grünland – Erhalt durch Nutzung“ heißt die sechste Spezial-Ausgabe unserer Zeitschrift LandInform. Sie ist im März erschienen und kann kostenlos bei uns bestellt werden. Das Heft stellt auf 60 Seiten Ideen und Möglichkeiten vor, Grünland sinnvoll und zeitgemäß zu nutzen.



SERVICE:
Download unter:
www.land-inform.de
Bestellung unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/bestellunglif



SERVICE:
Download und Bestellung unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leaderkarte

LEADER-KARTE ALS POSTER

Die neuen LEADER-Regionen haben mit ihrer Arbeit begonnen. Welche Regionen ausgewählt wurden, sehen Sie auf der Karte in der Heftmitte. Als Poster im Format A0 können Sie die LEADER-Karte kostenlos bei uns bestellen. Auch ein druckfähiger Download der Datei ist über unsere Website möglich.



Aus dem europäischen Netzwerk

LEADER – WIE SIEHT'S EUROPaweIT AUS?

Die lokalen Aktionsgruppen verfügen europaweit über eine Milliarde Euro mehr als in der vergangenen Förderperiode.

Das durchschnittliche Budget, das die Mitgliedsstaaten in der aktuellen Förderphase an ELER-Mitteln für LEADER zur Verfügung stellen, liegt bei fünf Prozent; Deutschland liegt mit sechs Prozent knapp darüber. Insgesamt können die Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) mit rund 9,7 Milliarden Euro europaweit eine Milliarde Euro mehr ausgeben als in der vergangenen Förderphase. Neben der Umsetzung von Projekten fließen mehr als 15 Prozent dieser Gelder in die laufenden Kosten der LAGs.

Über 2500 LAGs in Europa

Europaweit wird die Anzahl der LAGs – im Gegensatz zu Deutschland – nicht steigen. Sind alle LAGs ausgewählt, werden es knapp über 2500 sein. Deutschland und Frankreich sind die einzigen Mitgliedsstaaten mit mehr als 300 LAGs. Aber nicht nur in diesem Punkt ähneln sich die beiden Nachbarstaaten,

denn erstmals wird auch Frankreich in der aktuellen Förderphase regionalisierte Programme in seinen 22 Großregionen umsetzen.

Weit weniger als die Hälfte aller ELER-Programme möchte den LEADER-Regionen die Umsetzung von sogenannten Umbrella-Projekten ermöglichen. Umbrella-Projekte sind Dachprojekte mit definiertem Ziel, unter denen kleinere Teilprojekte mit weniger administrativem Aufwand für (Klein-)Projektträger umgesetzt werden können. Rund die Hälfte der europäischen Programme bietet außerdem vereinfachte Kostenoptionen in LEADER an. Damit haben die LAGs beispielsweise die Möglichkeit, die LEADER-Geschäftsstelle pauschal abzurechnen, was eine erhebliche Reduzierung des administrativen Aufwands bedeutet. Diese beiden Ansätze und die Möglichkeiten, sie umzusetzen, werden auf Verwaltungsebene in deutschen und europäischen Arbeitsgruppen aktuell diskutiert.

LEADER und der Multifondsansatz

Die EU-Kommission hatte mit dem Multifondsansatz das Ziel, LEADER über mehrere der großen Fonds umzusetzen. In Deutschland ist das nur in Sachsen-Anhalt ansatzweise gelungen. In zehn europäischen Mitgliedsstaaten arbeiten die Akteure mit Multifonds, in insgesamt 19 Mitgliedsstaaten wird der ELER dagegen mit nur einem oder wenigen anderen Fonds kombiniert. [awe]



KONTAKT:
Anke Wehmeyer
DVS
Telefon: 0228 6845-3841
anke.wehmeyer@ble.de



Christian Rößler, DVS, sammelt die Argumente der Teilnehmer.

DÖRFER – FUNKTIONAL EIGENSTÄNDIG UND DEMOKRATISCH SELBSTBESTIMMT?

Beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung im Januar 2016 in Berlin diskutierten Experten und Aktive, wie eine Beteiligungskultur in den Dörfern zukünftig aussehen kann.

„Nur wenn die Dörfer lebendig sind, funktioniert auch die Einheitsgemeinde“, sagt Andreas Brohm, Bürgermeister von Tangerhütte, einer der größten deutschen Einheitsgemeinden. Sein Statement und die Thesen fünf weiterer Impulsgeber diskutierten über 100 Teilnehmer auf einer gemeinsamen Veranstaltung der DVS mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAGLAG) und der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (ASG) beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung.

„Zentrale-Orte-Konzept“ umstritten

Drei Leitfragen gaben der Veranstaltung den inhaltlichen Rahmen: Wie eigenständig sind Dörfer bei einer zunehmenden Zentralisierung von Funktionen? Ist Selbstbestimmung noch möglich? Und wie sieht eine Beteiligungskultur aus? Claudia Neu befürchtet, dass Demokratie für die Bürger nicht mehr erlebbar ist, wenn sich die Verwaltung aus der Fläche zurückzieht. Klaus Einig von der Staatskanzlei Schleswig-Holstein findet es allerdings notwendig, dass die Raumordnung an der Konzentration von Daseinsvorsorge- und Politik-Infrastrukturen in sogenannten zentralen Orten festhält. Die Tragfähigkeit vieler ländlicher

Räume sei sonst nicht mehr gewährleistet. Gerhard Henkel sagte hingegen, dass die Konzentration von Infrastrukturen auf zentrale Orte das Engagement in der Bevölkerung lähmt. Wirklich engagierte Bürger könne es nur bei größtmöglicher Eigenständigkeit der Dörfer geben.

Beteiligungskultur unterstützen

Damit sich Bürger noch engagieren, müssen mehr rechtliche Freiräume – beispielsweise bei der Schülermindestzahl für den Schulbetrieb – geschaffen werden, davon ist Stefan Pletziger, Regionalmanager aus der LEADER-Region „4 mitten im Sauerland“ überzeugt. Außerdem müssten Haupt- und Ehrenamt besser miteinander verzahnt werden. Grundsätzlich sei zu prüfen, welche Aufgaben von Ehrenamtlichen übernommen werden können und welche eine Unterstützung durch Hauptamtliche benötigen. Annett Steinführer vom Thünen-Institut für Ländliche Räume machte am Beispiel der Freiwilligen Feuerwehren deutlich: Ehrenamtliche Strukturen lassen sich vor Ort flexibel anpassen. Wenn sie scheitern, sollte dies jedoch akzeptiert werden, um daraus zu lernen. Nur so könne ein System letztendlich widerstandsfähig werden. [stk]



SERVICE:

Audio-Dokumente, Fotodokumentation der Diskussionsrunden und die Ergebnisse der Abstimmung über sechs Thesen:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum

KONTAKT:

Stefan Kämper
DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de



GEMEINSAME STRATEGIEN FÜR DIE SIEDLUNGSENTWICKLUNG

Die LEADER-Region Schwalm-Aue in Hessen hat sich auf die Fahne geschrieben, bei der Siedlungsentwicklung künftig regional zusammenzuarbeiten. Wie das gehen kann, zeigte ein Workshop am 9. Februar 2016 im hessischen Willingshausen. Dort stellte sich die Initiative Rodachtal aus dem bayerisch-thüringischen Grenzgebiet vor. Sie möchte mit ihrem Projekt eine flächenschonende Siedlungsentwicklung ermöglichen, die nicht nur von lokalen Bedürfnissen geprägt, sondern regional abgestimmt ist. Das anschaulich präsentierte Projekt traf bei den Schwalm-Aktiven ins Schwarze: Zwei Ansätze, die auch im Rodachtal erfolgreich laufen, will die Region übernehmen – ein regionales Leerstandskataster und die Baulotsen.

Die DVS bietet in der Reihe „Wieder Wohnen im Ortskern“ gemeinsam mit Partnern verschiedene Workshops an. Kommunale Zusammenschlüsse, Landkreise und Regionen können die einträglichen Veranstaltungen bundesweit abrufen. [stk]



SERVICE:

Infos und Dokumentation:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie-workshop

KONTAKT:

Stefan Kämper
DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

Beraterin Romana Holle
(Zweite von rechts) und
Landwirt Dieter Greve
erläutern Besuchern das
Monitoring der Legehen-
nenherde im EIP-Projekt.



FÜR DAS NETZWERK Rückblick

MITEINANDER REDEN UND GEMEINSAM VORANKOMMEN

Die Umsetzung der neuen Fördermaßnahme im ELER – Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ – kurz EIP-Agri – schreitet voran: In Schleswig-Holstein laufen bereits die ersten Projekte. Dort trafen sich die EIP-Akteure im Dezember zum Austausch.

Eine nachhaltige und starke Landwirtschaft – dieses Ziel möchte EIP-Agri mit innovativen Projekten erreichen. Um praxisnahe Projekte nach dem Bottom-up-Prinzip umzusetzen, haben sich in den meisten Bundesländern bereits Partner aus Landwirtschaft, Beratung und Wissenschaft in Operationellen Gruppen (OGs) zusammengeschlossen. In vielen Ländern wurden ihnen mittlerweile sogenannte Innovationsdienstleister (IDLs) unterstützend zur Seite gestellt. Derzeit ist die Umsetzung von EIP in den Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten; einige Bundesländer, wie Sachsen und Hessen, stehen kurz vor Projektbeginn. Der zweite EIP-Agri-Workshop für IDLs in Rendsburg bot den Teilnehmern die Möglichkeit, in Schleswig-Holstein die deutschlandweit ersten EIP-Projekte kennenzulernen.

Einblick in die ersten EIP-Projekte

Insgesamt reisten 14 Teilnehmer aus dem Kreis der IDLs, den Verwaltungsbehörden der Länder ohne IDLs sowie dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) nach Schleswig-Holstein. Ihr erstes Exkursionsziel war der Hof Hasenkrug. Er ist einer von insgesamt sechs landwirtschaftlichen Betrieben, die aktive Mitglieder der OG „Tierwohl Öko-Legehennen“ sind. Die Betriebe nehmen am Innovationsprojekt „Senior-Legehennen“ teil, das zum Ziel hat, die Lebensleistung von ökologisch gehaltenen Legehennen erheblich zu verlängern. Die Betriebsleiter erarbeiten dafür Schlüsselp Parameter, die in den Ställen systematisch erfasst werden. Sie dienen dazu, auf Praxisbetrieben ein alltagstaugliches Management für die Haltung und Fütterung von Legehennen mit verlängerter Haltungsdauer zu entwickeln.

Als zweites Exkursionsziel wurde die OG „Tiergenetische Ressourcen“ besucht. In der Arche Warder berichtete Stefanie Klingel, Mitglied der OG, bei einem Betriebsrundgang über die Entwicklung der ersten Ideen für das Projekt „Populationsmanagement“, über die Gruppengründung und die ersten Umsetzungsschritte bei Zuchtauswahl und Genomanalysen. Ziel des Projekts ist es, kleine und lokale Populationen von alten Haustierrassen attraktiver zu machen und zu erhalten, um die genetische Vielfalt langfristig zu sichern. Dafür erarbeitet das Projekt Lösungen, beispielsweise ein Inzuchtmanagement für Angler Sattelschweine. Außerdem soll herausgefunden werden, welchen Einfluss Fremdblut auf Rinder wie Rotbunte in Doppelnutzung hat.

Bundesländer sollten sich weiterhin abstimmen

Weitere Einblicke in die Erfahrungen, die Schleswig-Holstein bisher mit EIP gemacht hat, erhielten die Teilnehmer in einem Vortragsprogramm. Außerdem berichteten die Teilnehmer selbst über den aktuellen Stand von EIP in ihren Bundesländern und die geplanten Aktivitäten. Generell zeigte sich, dass das neue Förderinstrument EIP noch viele Fragen aufwirft. Damit die Länder voneinander lernen und sich bei der Umsetzung abstimmen können, sollte auch künftig ein enger Austausch der EIP-Innovationsdienstleister über die Ländergrenzen hinaus stattfinden. Ziel sollte es sein, möglichst einheitlich und gleichzeitig auf die Bedürfnisse der OGs in den verschiedenen Bundesländern einzugehen. Für die inhaltliche Arbeit mit Projektpartnern ist der Aufbau eines bundesweiten EIP-Netzwerks geplant. An diesem Netzwerk sollen sich künftig Mitglieder der OGs, Forscher und landwirtschaftliche Institutionen beteiligen. [nao]



KONTAKT:

Carola Ketelhodt
Innovationsbüro EIP
Agrar Schleswig-Holstein
Landwirtschaftskammer
Schleswig-Holstein
Telefon: 04331 9453-114
eip-agrar@lksh.de,
cketelhodt@lksh.de
www.eip-agrar-sh.de

Natascha Orthen
DVS
Telefon: 0228 6845-3268
natascha.orthen@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-
raum.de/themen/eip-agri

Das kommt

TRANSFERBESUCHE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Die DVS lädt zu zwei Best-Practice-Exkursionen zu den Themen Biodiversität im Grünland und im Acker ein.

Bei den Exkursionen in die Eifel und die Rheinische Börde werden Projekte und Betriebe vorgestellt, die zur Förderung und zum Erhalt der Biodiversität auf landwirtschaftlichen Flächen beitragen. Begleitet werden die Exkursionen von Spezialisten aus dem Bereich Naturschutz durch Nutzung, darunter Professor Wolfgang Schumacher und Vertreter der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft. Die Veranstaltungen werden von der DVS in Kooperation mit dem Informations- und Koordinationszentrum Biologische Vielfalt (IBV), dem Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL), dem Deutschen Bauernverband (DBV) und dem Deutschen Naturschutzring (DNR) durchgeführt.

Biodiversität im Grünland

Im nordrhein-westfälischen Teil der Eifel wurden kooperative Naturschutzkonzepte mit der Landwirtschaft besonders erfolgreich umgesetzt und langfristig betreut. Die Eifel hat auf dieser Grundlage bereits 2010 das Ziel der Europäischen Union, den Artenrückgang zu stoppen, erreicht. Wie und warum, erfahren die Teilnehmer dieser Exkursion am 14. und 15. Juni 2016.

Biodiversität im Acker

Themen wie Feldvogelschutz, Ackerextensivierung, Blüh- und Pufferstreifen stehen bei der Exkursion in die Rheinische Börde am 15. und 16. Juni 2016 auf dem Programm – verbunden mit der Frage, wie sich Naturschutzziele auch in intensiv genutzten Räumen umsetzen lassen. [sik]



SERVICE:

Aufgrund der Termine und der räumlichen Lage der Exkursionsziele bietet sich eine Teilnahme an beiden Veranstaltungen an. Programm und Anmeldung für eine oder beide Exkursionen unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/biodiversitaet

KONTAKT:

Simon Keelan
DVS
Telefon: 0228 6845-3091
simon.keelan@ble.de



KONTAKT:

Dr. Jan Freese
DVS
Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de
Weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/naturschutz

TAGUNG VERLEGT

Die Tagung „Erfahrungen und Perspektiven des bäuerlichen Naturschutzes in Deutschland“ der DVS und des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL) in Berlin wurde auf den 14. April 2016 verlegt.

PROGRAMM DER DVS FÜR DIE ZWEITE JAHRESHÄLFTE

Das zweite Halbjahr des DVS-Jahresprogramms startet mit einem Transferbesuch zur Vermarktung von Regionalprodukten im Juli 2016, bei dem der Schwerpunkt auf Milchprodukten liegen wird. Vom 13. bis 16. September 2016 bietet die DVS zum zweiten Mal in dieser Förderperiode Schulungen für Regionalmanager an. Angeboten werden Schulungen zur Moderation, zur Beratung von Projektträgern, zur Rolle des Regional-

managements, zum Vergaberecht sowie zur Öffentlichkeitsarbeit im Allgemeinen und im Speziellen mit Social Media. Anpassungen der Landwirtschaft an den Klimawandel werden bei einer Tagung am 12. und 13. Oktober 2016 diskutiert. Ein weiterer Höhepunkt wird das bundesweite LEADER-Treffen Anfang November sein – mit dem Fokus auf Kooperationen im Inland und über die Bundesgrenze hinaus. [stm]



SERVICE:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/veranstaltungen/in-planung/



REGIONALENTWICKLUNG FINANZIEREN

Viele regionale Entwicklungsstrategien umfassen ein breites Spektrum an Inhalten. Um sie erfolgreich umzusetzen, muss häufig auf verschiedene finanzielle Ressourcen zurückgegriffen werden. Welche Förderangebote und Finanzierungsmöglichkeiten sich dafür anbieten, zeigt die DVS-Praxistagung am 6. und 7. April 2016 in Wernigerode, Sachsen-Anhalt. Der inhaltliche Schwerpunkt des ersten Veranstaltungstages liegt auf den Förderangeboten der EU, des Bundes und privater

Fördergeber. Am zweiten Tag stehen alternative Finanzierungsinstrumente im Mittelpunkt. Zudem stellen sich im Rahmen eines Wissensmarktes etwa 15 Fördergeber mit ihren Angeboten vor. Bei ihnen können sich die Teilnehmer über konkrete Angebote informieren. Anschließend haben die Teilnehmer die Möglichkeit, mit den Fördergebern und den Fachkollegen Fragen zur Projektfinanzierung zu diskutieren. [chr]



SERVICE:
Informationen unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/finanzierung

KONTAKT:
Christian Rößler
DVS
Telefon: 0228 6845-3554
christian.roessler@ble.de



SERVICE:
Programm und Anmeldung unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/integration

KONTAKT:
Moritz Kirchesch
DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de

CHANCE ZUWANDERUNG?!

Integration geschieht vor Ort und könnte im Dorf funktionieren. Was aber heißt das konkret? Was können und müssen die Aktiven vor Ort und in der Region tun, um Zuwanderung zur Chance zu machen? Um diese Fragen zu bearbeiten, lädt die DVS zum Praxis-Workshop „Integration von Zugewanderten – Ideen, Beispiele und Lösungen für ländliche Räume“ am 26. und 27. April 2016 nach Arnsberg, Nordrhein-Westfalen, ein. In Kooperation mit der Südwestfalen Agentur werden wir

uns mit der Integrationsperspektive von Zugewanderten beschäftigen und der Frage nachgehen, was getan werden kann, damit die örtliche Bevölkerung den Zuwanderern offen gegenübertritt. In Kleingruppen werden wir Ideen und Lösungsvorschläge für wichtige Themen erarbeiteten, beispielsweise die Integration von Zugewanderten vor Ort und in den Arbeitsmarkt. Bei einer Exkursion in der Stadt Altena sehen wir uns verschiedene Projekte an. [stk]

MOBILITÄTSSICHERUNG IN LÄNDLICHEN REGIONEN

Für viele ländliche Regionen ist es eine große Herausforderung, die Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen und die Mobilität der Bevölkerung sicherzustellen. Wir greifen diese Herausforderungen in einem Planspiel auf, das wir gemeinsam mit den LEADER-Regionen Burgwald-Ederbergland, Lahn-Dill-Bergland und Marburger Land im Sommer 2016 durchführen. Zusammen mit Akteuren aus Verwaltung, Politik, Bürgerschaft und Verkehrsunternehmen sollen konkrete Zielvorstellungen und Ideen im Bereich der Mobilitätssicherung am Beispiel der Teilnehmerregionen durchgespielt werden. Ziel ist es, dass die Regionen Erkenntnisse für den Umsetzungsprozess in der Wirklichkeit gewinnen. Auch Interessierte aus anderen Regionen und Institutionen können am Planspiel teilnehmen. [mok]



SERVICE:
Weitere Informationen in Kürze unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de

KONTAKT:
Moritz Kirchesch
DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de



ÖSTERREICH



Höchster Berg in Meter	Großglockner 3798
Bevölkerung in Millionen	8,47
Landwirtschaftl. Nutzfläche in 1000 Hektar	2729
Schweinebestände in 1000 Tieren (2012)	2983

FRANKREICH



Höchster Berg in Meter	Mont Blanc 4810
Bevölkerung in Millionen	65,8
Landwirtschaftl. Nutzfläche in 1000 Hektar	30 000
Schweinebestände in 1000 Tieren (2012)	13 742

IM FOKUS

Fördern, damit Landwirte investieren

Die Agrarinvestitionsförderung ist eine finanzstarke Maßnahme im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER):

In welche Richtung sollen sich die Betriebe entwickeln?

POLEN



Höchster Berg in Meter	Rysy 2 499,6
Bevölkerung in Millionen	38,53
Landwirtschaftl. Nutzfläche in 1000 Hektar	14 609
Schweinebestände in 1000 Tieren (2012)	11 132

NIEDERLANDE



Höchster Berg in Meter	Vaalserberg, 322,7
Bevölkerung in Millionen	16,8
Landwirtschaftl. Nutzfläche in 1000 Hektar	1900
Schweinebestände in 1000 Tieren (2012)	12 104

DÄNEMARK



Höchster Berg in Meter	Møllehøj 170,8
Bevölkerung in Millionen	5,61
Landwirtschaftl. Nutzfläche in 1000 Hektar	3 735
Schweinebestände in 1000 Tieren (2012)	12 310

DEUTSCHLAND



Höchster Berg in Meter	Zugspitze 2 962
Bevölkerung in Millionen	80,62
Landwirtschaftl. Nutzfläche in 1000 Hektar	16 731
Schweinebestände in 1000 Tieren (2012)	28 331

Wo lebt Lieselotte?

Mit der Agrarinvestitionsförderung verfügen die EU-Mitgliedstaaten über ein finanzstarkes Instrument, mit dem sie die Entwicklung der Agrarstrukturen beeinflussen können. Sie benennen Ziele, die mitunter schwer vereinbar sind. [VON ANJA RATH]

Wer nach der Agrarinvestitionsförderung fragt, erhält klare Antworten – allerdings durchaus verschiedene. Im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) ordnet man sie meist der Maßnahme „Investitionen in materielle Vermögenswerte“ zu – die europäische Kommission möchte sie aber in die ELER-Prioritäten integriert betrachtet sehen (siehe dazu Seite 24). Konkret nutzen die Mitgliedstaaten die Agrarinvestitionsförderung vor allem dafür, die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu fördern: durch Beihilfen für die Modernisierung und Umstrukturierung von Betrieben.

Auf deutsch: AFP?

In Deutschland ist das „Agrarinvestitionsförderprogramm“ (AFP) etabliert: Bund und Länder legen in der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) einen Rahmen und die Mittel für die Kofinanzierung fest – mit großen Unterschieden bei der Mittelausstattung (siehe Tabelle). Sachsen stellt mit 17 Prozent die meisten ELER-Mittel für AFP bereit – allerdings ausschließlich aus Landesmitteln kofinanziert und damit unabhängig von der GAK. Viele Bundesländer programmieren AFP in ihrem ländlichen Entwicklungsprogramm (EPLR) zusammen mit anderen Maßnahmen oder Programmen, die ebenfalls Investitionen, aber mit anderem Schwerpunkt, fördern, wie Diversifizierung oder Ökolandbau. Einige Länder vertreten zudem die Ansicht, dass zur Agrarinvestitionsförderung weitere inves-

tive Maßnahmen gehören. So bietet Bayern ein eigenes, aus Landesmitteln finanziertes, Investitionsprogramm für kleine Betriebe. Ein ähnliches hat Baden-Württemberg in seinem EPLR eingeführt: mit vereinfachten Fördervoraussetzungen für Investitionen, die zur Landschaftspflege beitragen. Und es unterstützt, genauso wie Rheinland-Pfalz, den Weinbau – außerhalb von AFP, aber gleichermaßen investiv.

Vielleicht lässt sich folgende Minimalaussage treffen: In vielen Bundesländern ist die Agrarinvestitionsförderung eine finanziell gut ausgestattete Maßnahme – insgesamt sind es 1,3 Milliarden Euro, also neun Prozent der gesamtdeutschen ELER-Mittel –, die insbesondere über AFP bauliche Investitionen von Einzelbetrieben in der Tierhaltung unterstützt. Damit agiert sie in einem Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und gesellschaftlichen Ansprüchen, beispielsweise beim Tierwohl.

Widersprüchlicher Verbraucher

In der Kinderbuchreihe „Lieselotte“ lebt die gleichnamige Milchkuh – ein Kalb wird nicht erwähnt – gemeinsam mit einzelnen Vertretern anderer Nutztiere auf einem Bauernhof. Die Bäuerin baut Gemüse an und sie liest ihren Tieren abends eine Gute-Nacht-Geschichte vor. Eine idyllische Vorstellung – allerdings ist sie fernab der Realität. Nur ein Prozent aller deutschen Milchkühe lebt in Gruppen von weniger als zehn Tieren und auch nicht gemeinsam mit anderen Tierarten in einem Stall. Viele Verbraucher verbinden mit kleinen

Betrieben automatisch mehr Tierwohl. Stimmt das? Das Wohlbefinden einer Milchkuh in einem modernen Laufstall mit vielen Artgenossinnen kann durchaus höher sein als auf einem kleinen Hof, der sie angebunden hält. Dennoch sind große Betriebsstrukturen häufig negativ besetzt.

Gleichwohl sollte man annehmen, dass der mündige Verbraucher zwischen der Lieselotte-Illusion und den tatsächlichen Haltungsbedingungen differenzieren kann. Doch so einfach ist es nicht: „Zum einen trennt der Gesetzgeber die gewerbliche von der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung. Die Unterscheidung sagt aber nichts darüber aus, wie die Tiere gehalten werden“, sagt Ulrich Jasper, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft. „Zum anderen unterscheidet sich die bäuerliche von der industriellen Tierhaltung.“ Bei der Letzteren wird die Wirtschaftsweise von außen vorgegeben: Die Abnehmer aus der Lebensmittelindustrie nehmen Einfluss und bestimmen mitunter, welche Rassen gehalten oder welche Medikamente verabreicht werden. „Der Verbraucher erfährt von all dem nichts, denn es gibt keine Kennzeichnung an der Fleischtheke oder auf der Wurstverpackung, aus welcher Haltungsform das Produkt stammt oder wie der Betrieb strukturiert ist“, so Jasper. In Umfragen des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) geben fast 90 Prozent der Befragten an, mehr für Produkte aus einer artgerechten Haltung zu zahlen.



Agrarinvestitionsförderung in Deutschland

Land	Euro für AFP 2014 – 2020	Anteil vom EPLR	Beispiele für andere investive Förderanreize
Schleswig-Holstein	9,8 Mio.	1 %	Diversifizierung (in vielen EPLR), Investition in den Ökolandbau (beispielsweise ÖkoInvest in TH), Förderung von kleinen Investitionen und Kleinstunternehmen (beispielsweise in Höhe von 14 Millionen Euro über Landschaftspflegerichtlinie in BW, Sonderprogramm Landwirtschaft mit jährlich fünf Millionen Euro in BY), Investitionen, die maßgeblich zum Klima- und Umweltschutz beitragen (beispielsweise 15 Millionen Euro in Hessen und elf Millionen Euro für Gülleabdeckungen und -ausbringung in NW), Investitionen in den Weinbau (beispielsweise zehn Millionen Euro für Umstrukturierung, Verarbeitung und Vermarktung in BW, Förderung von Investitionen in Spezialmaschinen in RP mit vier Millionen Euro aus dem EGLF)
Sachsen-Anhalt	48,0 Mio.	4 %	
Niedersachsen	61,7 Mio.	5 %	
Mecklenburg-Vorpommern	74,7 Mio.	6 %	
Brandenburg	118,9 Mio.	9 %	
Rheinland-Pfalz	66,2 Mio.	10 %	
Nordrhein-Westfalen	127,3 Mio.	9 %	
Baden-Württemberg	206,5 Mio.	11 %	
Thüringen	91,3 Mio.	11 %	
Bayern	466,0 Mio.	13 %	
Saarland	8,0 Mio.	14 %	
Hessen	89,6 Mio.	14 %	
Sachsen	198,3 Mio.	17 %	

Quelle: Daten aus eigener Abfrage

Bei Eiern gibt es einen Stempel, der Aufschluss über die Haltungsbedingungen gibt. Damit wäre es möglich, durch das Kaufverhalten Betriebe zu unterstützen, die dem gesellschaftlichen Wunsch entsprechen. Doch der Löwenteil von über 60 Prozent aller Hennen legt und lebt heute in der Bodenhaltung. Ihre Eier, auch als Bestandteil eines Produkts – sie werden gekauft. Allerdings ist auf dem Holzweg, wer annimmt, Bio-Legehennen lebten in lieselottischen Verhältnissen: Um wirtschaftsfähig zu sein, müssen auch Bio-Höfe eine gewisse Größe erreichen; in der Agrarstatistik werden Legehennen-Halter erst ab 3000 Tieren erfasst. Jedenfalls hat die Politik begonnen, landwirtschaftliche Strukturen zu fördern, die den gesellschaftlichen Vorstellungen mehr entsprechen.

Tiergerechte Haltung

Im aktuellen GAK-Rahmenplan haben Bund und Länder die Anforderungen an förderfähige Investitionen im AFP verschärft: Vorhaben müssen einen Beitrag zum Umwelt-, Klima-

oder Verbraucherschutz leisten, Investitionen in Tierhaltungssysteme zudem zum Tierschutz beitragen. Dafür wurden bauliche Anforderungen für eine besonders tiergerechte Haltung (btH) formuliert, die über die gesetzlichen Vorgaben der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung hinausgehen. Dabei wird zwischen Anforderungen für eine Basisförderung und eine Premiumförderung von maximal 40 Prozent der Investitionskosten unterschieden. Die Basisstufe fordert für Lieselotte und ihresgleichen einen Stall, in dem sie sich frei bewegen können, die Anbindehaltung ist passé. Für eine Premiumförderung ist ein Auslauf für mindestens ein Drittel der Tiere erforderlich – wenn möglich. Die Länder haben Spielraum, wie sie den GAK-Rahmen füllen. So hat Niedersachsen die Fördervoraussetzungen stark eingegrenzt (siehe dazu Seite 18) und für die höchste Förderstufe „Anforderungen für eine bestmögliche tiergerechte Haltung“ formuliert. Diese lesen sich aus Verbrauchersicht sehr eingängig: Der sommerliche

Weidegang für Milchkuh Lieselotte ist ebenso Pflicht wie mehr Platz im Stall und eine trockene und weiche Liegefläche.

Allerdings wird dadurch der Stallbau teurer und flächenintensiver. Je nach Lage und Struktur des Betriebs sind die Vorgaben zudem kaum zu erfüllen, und Tierhalter entscheiden sich entweder für die niedrigere Förderstufe oder gegen eine Investition – oder sie finanzieren sie selbst. Über die Frage, inwieweit die Investitionsförderung die Agrarstrukturentwicklung tatsächlich steuert, streiten sich die Experten (siehe dazu Seite 16).

Diffizile Verfahren

„Die Agrarinvestitionsförderung schafft Wertschöpfung und Innovation“, betont der Deutsche Bauernverband und hat sich 2014 dafür eingesetzt, das Programm zu stärken. „AFP ist ein Konjunkturprogramm für ländliche Räume“, sagt auch Karl-Heinz Goetz. „Und es ist ein Tierschutzprogramm.“ Er ist Geschäftsführer des Bundesverbands der

gemeinnützigen Landgesellschaften und vertritt die Ansicht, dass es besser ist, vielen Tieren über AFP gute Haltungsbedingungen zu ermöglichen als wenigen besonderen Komfort zu bieten. „Außerdem müssen auch die Landwirte die Anforderungen akzeptieren“, sagt er. Seit Jahrzehnten betreuen die Landgesellschaften Investitionsvorhaben. Auch andere EU-Mitgliedsstaaten fördern oder empfehlen eine Beratung oder binden Experten ein. Die fachkundige Betreuung durch einen unabhängigen Experten ist aber ein deutsches Alleinstellungsmerkmal und es haben sich verschiedene Anbieter etabliert. Einige Bundesländer schreiben die Betreuung ab einem bestimmten Investitionsvolumen vor und viele bezuschussen die durch sie entstehenden Kosten – zum eigenen Vorteil: Die Betreuer stehen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Förderverfahrens ebenso gerade wie dafür, dass die Mittel effizient eingesetzt werden. Um einen AFP-geförderten Stall für Lieselotte & Co. zu errichten, muss ein umfangreiches Leistungsspektrum absolviert werden. So bereiten die Landgesellschaften das Verfahren vor, ermitteln die dafür notwendigen Grundlagen, beraten den Landwirt und erarbeiten ein Betriebskonzept. Zudem koordinieren sie das eigentliche Antragsverfahren inklusive Verfassen des Antrags, Zusammenstellen der Unterlagen und Abstimmung mit den Behörden. Nach der Bewilligung unterstützen sie die Durchführung der Investition und übernehmen damit verbundene Ausschreibungs- und Vergabeverfahren und die Rechnungsprüfung, begleiten die Schlussabnahme und stellen den Verwendungsnachweis aus. Bei den verschiedenen Prozessabschnitten gilt es zudem, weitere Berater und Dienstleister wie Architekten und Ingenieure einzubinden. Im Durchschnitt wickeln die Landgesellschaften ein Investitionsvorhaben in weniger als drei Jahren ab.

Zukunftsfähig?

Die Landgesellschaften übernehmen eine richtungsweisende Funktion gegenüber den Landwirten: Über die Hälfte der 278 bis September 2015 von ihnen eingereichten AFP-Förderanträge sind Investitionen in Milchvieh- und Rinderställe nach den Anforderungen der GAK-Premiastufe (siehe Grafik). Es liegt auch in ihrer Verantwortung, nicht tragfähige Vorhaben abzulehnen.

In Hessen waren rund 90 Prozent aller von 2014 bis 2015 bei den Behörden gestellten Förderanträge Bauvorhaben auf Premium-Niveau. Also weist das AFP in Richtung gesellschaftsfähige Haltungssysteme? Immerhin schreibt es eine Zweckbindung der Gebäude für mindestens zwölf Jahre vor.

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz des BMEL fordert in seinem Gutachten „Wege zur gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“, dass der Tiererschutz noch mehr gestärkt werden muss. Ist Niedersachsen mit seinen hohen Standards also ein Vorreiter? „Der Staat fördert auch mit der GAK-Premiastufe Ställe, die den in 15 Jahren voraussichtlich existierenden Tierschutzstandards nicht mehr entsprechen“, sagt Ulrich Jasper. „Das ist den Betrieben gegenüber unverantwortlich.“ Auch in Bezug auf den Umweltschutz weist seiner Ansicht nach AFP große Defizite auf (siehe dazu Seite 37). Tatsächlich formuliert der GAK-Rahmenplan die Vorgaben zum Beitrag von AFP-geförderten Investitionen für den Umwelt-, Klima- oder Verbraucherschutz recht offen. Vor allem spiegeln sich die Aspekte in den Auswahlkriterien wider, die beispielsweise Pluspunkte für Gülleabdeckungen, aber auch allgemein für eine Verbesserung der Ressourceneffizienz vergeben. Niedersachsen strebt an, dass zukünftig auch besonders umweltfreundliche Gülleausbringungs- und Pflanzenschutzgeräte mit AFP förderfähig werden. Möglich machen soll dies eine Änderung des GAK-Rahmenplans, denn bislang waren Maschinen der Außenwirtschaft von der Förderung ausgeschlossen. Vielleicht lassen sich so Tierhaltung und umweltfreundliche Landbewirtschaftung kombinieren. Übrigens ist AFP für rein gewerbliche sowie große Betriebe reizlos: Unternehmen sind ab einer gewissen Größenordnung – in Bayern dürfen Paare maximal 90 000 Euro Einkommen pro Jahr haben, in Niedersachsen 180 000 Euro – nicht mehr förderfähig. Sie überschreiten die sogenannte Prosperitätsgrenze.

Europäisches Dilemma

Und wie lösen unsere Nachbarstaaten das Problem, die von der EU-Kommission geforderten Förder-

ziele von mehr Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft mit der Agrarinvestitionsförderung zu vereinbaren? Ihr Hauptziel ist, wie in Deutschland, Landwirte in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Dieses kombinieren sie mit Impulsen für Innovationen, Hilfe zur Anpassung an Umweltschutzvorgaben oder binden den Faktor Soziales ein (siehe dazu Seite 26 ff.). Steuert die europäische Agrarinvestitionsförderung damit in die richtige Richtung? Auch auf diese Frage wird man klare Antworten erhalten – aber eben viele verschiedene.

Im Jahr 2015 über die gemeinnützigen Landgesellschaften beantragte AFP Verfahren



Milchvieh / Rind

Premium 151 / Basis 25



Schwein

Premium 9 / Basis 3



Geflügel

Premium 22 / Basis 4



Sonstige

Premium 11 / Basis 53

Insgesamt
Premium 193
Basis 85

Quelle: Daten des Bundesverbands der Gemeinnützigen Landgesellschaften, berücksichtigt wurden Anträge bis 30. September 2015, eigene Darstellung

Mehr als Ställe

In einer Marktwirtschaft bestimmt theoretisch der Markt, was produziert und konsumiert wird. Mit der Agrarinvestitionsförderung greift die Politik in dieses System ein. Weshalb? [VON BERNHARD FORSTNER]

Wer erinnert sich heute noch an Agrarkommissar Sicco Mansholt? Im Jahr 1968 präsentierte er einen Plan, um die Produktivität der europäischen Landwirtschaft zu erhöhen. Seine Strategie des Wachsens oder Weichens wurde zwar nicht konsequent umgesetzt, sie war aber der Auftakt der Agrarstrukturförderung in der Europäischen Union ab 1972. In Deutschland wurden 1969 im früheren Bundesgebiet mit der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) die rechtlichen Rahmenbedingungen für die nationale Agrarstrukturpolitik geschaffen. Ein zentraler Baustein dieser Politik ist die einzelbetriebliche Förderung von Investitionen.

Zunehmend diffuse Ziele

Die Investitionsförderung hat sich seitdem auf EU- und nationaler Ebene im Hinblick auf ihre Ziele und Inhalte häufig geändert. Zum anfänglichen Förderziel, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu verbessern, kam das Leitbild einer multifunktionalen Landwirtschaft. Zuletzt rückten öffentliche Leistungen wie Umwelt- und Tierschutz sowie Qualitätsverbesserung in den Vordergrund. Die Art der Förderung entwickelte sich von günstigen öffentlichen Darlehen und Zinszuschüssen hin zu Investitionszuschüssen und Bürgschaften. Mit der konzeptionellen Änderung der EU-Strukturförderung wurde auch die Investitionsförderung ab dem Jahr 2000 in die Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum (EPLR) integriert, was zu einer stärkeren inhaltlichen Verschränkung mit anderen strukturpolitischen Maßnahmen führen sollte.

Weniger Geld

Mit den EPLR setzen die Bundesländer mit Mitteln des ELER die zweite Säule der Europäischen Agrarpolitik (GAP) um: In der Förderperiode 2007 bis 2013 wurden dafür in Deutschland rund 14,5 Milliarden Euro öffentliche Mittel ausgegeben. Davon entfielen auf das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) mit 1,6 Milliarden Euro rund 11 Prozent der Mittel. In der aktuellen Förderperiode liegt der Anteil des AFP mit 1,3 Milliarden Euro bei 9 Prozent. Die Anteile, die die Länder im neuen Förderzeitraum für das AFP bereit halten, haben sich stark verändert und variieren untereinander deutlich (siehe Abbildung). Die größten Veränderungen gab es

in Niedersachsen: Dort wurden die AFP-Mittel von 278 Millionen Euro in der vergangenen Förderperiode drastisch auf 62 Millionen Euro reduziert. Auch Schleswig-Holstein fällt auf: Es dotiert nur einen sehr geringen Mittelanteil für Investitionsförderung; zwischen 2010 und 2013 setzte das Land das AFP komplett aus.

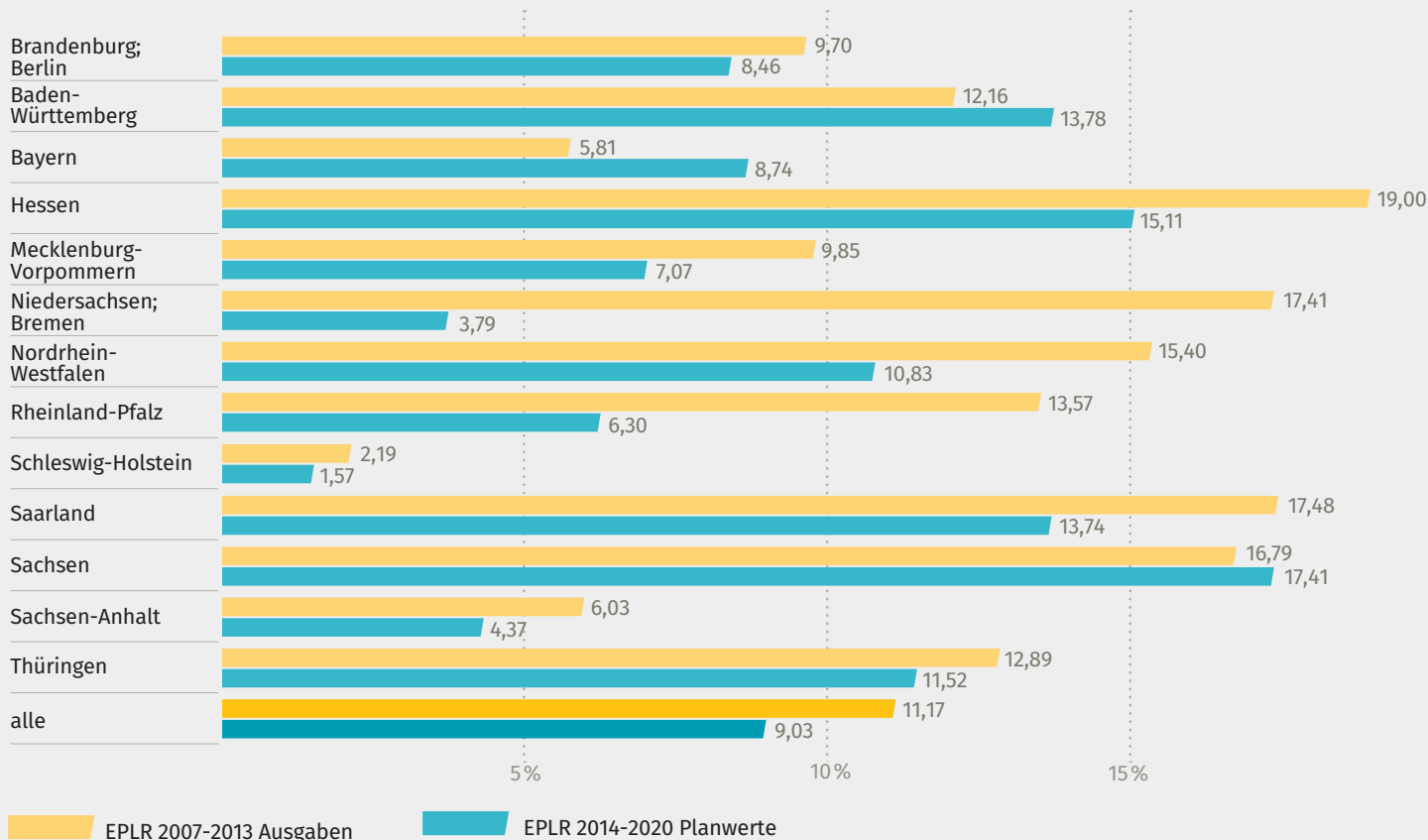
Geförderter Stallbau

Die Behauptung, dass in Deutschland nahezu jeder neue Kuhstall mit AFP-Förderung errichtet wurde, ist im Großen und Ganzen zutreffend. Dagegen ist der Förderanteil bei Geflügel- und Schweineställen deutlich niedriger, weil deren Förderung auf regionaler Ebene zeitweilig ausgeschlossen wurde. Insgesamt wurden im Zeitraum zwischen 2007 und 2013 rund 60 Prozent der landwirtschaftlichen Gebäude mit Unterstützung von AFP errichtet. Dies ergibt sich aus einem Abgleich der Daten des Statistischen Bundesamtes mit den GAK-Förderdaten.

In der ökonomischen Theorie geht man davon aus, dass in einer Marktwirtschaft der Markt bestimmt, was in welcher Menge und Qualität produziert und konsumiert wird. Die Politik soll in dieses System nur dann eingreifen, wenn gravierende Abweichungen von den gesellschaftlichen Wünschen festgestellt werden und eine Korrektur als notwendig erachtet wird. Die Investitionsförderung ist solch ein Eingriff. Offenbar wird festgestellt, dass Landwirte nicht in ausreichendem Umfang oder nicht zieladäquat investieren. Indem Kapital verbilligt wird, soll ein höherer Kapitaleinsatz angeregt werden. Dies kann sinnvoll sein, wenn die Investitionsrisiken so hoch sind, dass potenzielle Investoren gesellschaftlich erwünschte und volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen nicht durchführen. Denkbar ist das zum Beispiel bei stark unbeständigen Preisen, abrupten Marktveränderungen oder Politikwechsel, sowie bei der Einführung von Innovationen.

Derzeit findet insbesondere zum Tier- und Umweltschutz in der Landwirtschaft eine gesellschaftliche Diskussion statt. Um aber eine tiergerechtere Haltung zu erreichen, müssten die bislang gängigen Produktionssysteme angepasst werden, was umfangreiche Investitionen auf Seiten der Landwirte erfordern dürfte. Die Investitionsförderung kann einen Beitrag zu mehr

Anteil der Investitionsförderung am gesamten EPLR in Prozent



Tierschutz leisten, insbesondere wenn sie gut mit anderen Maßnahmen wie Bildung, Beratung oder Prämienzahlungen sowie mit dem Ordnungsrecht abgestimmt ist.

Umstritten: Wirkung und Notwendigkeit

Die ELER-Verordnung schreibt eine laufende Evaluierung des Förderprogramms vor. Je nachdem, welche Methoden verwendet und welche Bewertungskriterien gewählt wurden, fällt die bisherige Beurteilung der Förderung unterschiedlich aus. So kommen einige Analysen zu dem Ergebnis, dass die Förderung effektiv ist, weil ein Euro Fördermittel ein Mehrfaches an weiteren Investitionen auslöst. Dabei wird unterstellt, dass die Investitionen ohne Förderung nicht durchgeführt worden wären. Die Wirkungen der geförderten Investitionen und die Effizienz des Mitteleinsatzes wurden in diesen Analysen häufig nicht berücksichtigt. Andere Studien, die diese Parameter beachteten, stellen dagegen in Frage, dass die bislang praktizierte Investitionsförderung geeignet ist, um die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors und die tiergerechte Nutztierhaltung zu verbessern. Ein Grund dafür sind Mitnahmeeffekte, die auf bis zu 50 Prozent geschätzt werden. Auch der Europäische Rechnungshof hat die Investitionsförderung kritisch beurteilt.

Die Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft hat in Deutschland den Charakter einer Dauerförderung: Die Inhalte wechseln leicht, aber ein strukturpolitischer Kern fehlt. Die Einschränkung oder gar Abschaffung der Förderung ist politisch allerdings nur schwer durchzusetzen; landwirtschaftliche Unternehmen und Beteiligte aus der Verwaltung, Beratung, Betreuung und den Banken,

haben ein Interesse daran, die Fördermaßnahme möglichst wenig zu verändern. Dabei sind die Finanzierungsbedingungen für landwirtschaftliche Investitionen seit Jahren günstig: Die Zinsen sind niedrig und Landwirte gelten bei den Banken als gute Kreditnehmer, weil sie Sicherheiten vorweisen können. Mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank gibt es in Deutschland zudem ein Finanzierungsinstitut, das für landwirtschaftliche Investitionen günstige Sonderkreditprogramme anbietet. Deshalb ist anzunehmen, dass Unternehmer auch ohne Förderung investieren.

Ein Blick nach vorne

Bund und Länder haben mit den GAK-Fördergrundsätzen zum AFP seit 2014 ein Zeichen in Richtung mehr gesellschaftlich erwünschter Leistungen gesetzt: Die Antragsteller müssen nun besondere Anforderungen in den Bereichen Tierwohl, Umwelt, Klima oder Produktqualität erfüllen. Mit den Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-Agri) gibt es eine weitere Möglichkeit, um innovative Vorhaben im Vergleich zu normalen Investitionen mit höheren Zuschüssen zu versehen. Auch Kooperationen können besonders begünstigt werden. Es wird spannend sein, zu sehen, ob die aus solchen Ansätzen resultierenden Investitionsvorhaben einen Mehrwert für andere Unternehmen und die Landwirtschaft insgesamt liefern können.



KONTAKT:
Bernhard Forstner
Thünen-Institut für Betriebswirtschaft
Telefon: 0531 965233
bernhard.forstner@ti.bund.de
www.ti.bund.de/de/bw

Wachstum mit mehr Tierwohl

Der Bau des neuen Stalls hätte günstiger werden können. Familie Pohl hat sich aber für das teurere Stallmodell entschieden, das ihrem Milchvieh viel Platz lässt. Die Familie ist mit dieser Entscheidung zufrieden. [VON RALF HARMS]

Der Milchvieh- und Futterbaubetrieb von Familie Pohl kennt keinen Stillstand. Seit die Familie den Hof in der Elbmarsch im nördlichen Niedersachsen 1973 gepachtet und 1996 erworben hat, investiert sie immer wieder in die Modernisierung und das Wachstum des Betriebs. Heute bewirtschaften Karl-Wilhelm Pohl und seine Ehefrau mittlerweile in der zweiten Generation 140 Hektar Acker- und Grünland, davon sind etwa 97 Hektar Eigentum. Auch die Altenteiler, ein Festangestellter und ein Auszubildender arbeiten auf dem Hof. Die aktuelle Weiterentwicklung wurde im Jahr 2012 beschlossen: Die Rinderherde mit 140 Milchkühen und weiblicher Nachzucht sollte auf 250 Milchkühe und 150 Nachzuchttiere anwachsen. So wurden die Planungen für den Bau eines neuen Boxenlaufstalls aufgenommen, der den alten Boxenlaufstall als Liegehalle für 198 Milchkühe ergänzen sollte. Das Melken sollte weiterhin in dem vorhandenen Doppel-6er-Fischgrätenmelkstand erfolgen.

Entscheidung zugunsten des Tierwohls

Zunächst plante die Familie den neuen Boxenlaufstall als klassischen Doppel-3-Reiher mit mittigem Futtertisch. Als Karl-Wilhelm Pohl die Baugenehmigung vorliegen hatte, kamen ihm jedoch Zweifel: War die gewählte Planung die beste Möglichkeit, um die Haltungsbedingungen für seine Tiere zu verbessern? Die sich verschärfende Diskussion zum Tierwohl und die politischen Vorgaben zur Tierhaltung unterstützten seine Bedenken. Familie Pohl beschloss daher, den Bau des Boxenlaufstalles zu verschieben und tiefgreifend umzuplanen: Parameter wie Futteraufnahme, Klimareize, Luftqualität, Bewegungsmöglichkeit, Rangverhalten und Tiergesundheit sollten nun verstärkt in die Stallplanung einfließen.

Karl-Wilhelm Pohl und seine Ehefrau besichtigten zahlreiche Ställe, ließen sich beraten und entschieden sich dann dafür, einen Doppel-2-Reiher Boxenlaufstall für 192 Kühe

mit mittigem Futtertisch zu bauen. Bei diesem Stalltyp besteht ein Eins-zu-eins-Verhältnis zwischen Fressplatz und Tier. Das reduziert Rankämpfe am Futtertisch: Die gesamte Herde kann ihr Grundfutter stressfreier und gleichmäßiger aufnehmen als bei einem anderen Tier-Fressplatzverhältnis. Darüber hinaus steht jeder Kuh bei einem Doppel-2-Reiher deutlich mehr Bewegungsfläche zur Verfügung als in einem Doppel-3-Reiher Boxenstall.

Mehr Herdengesundheit und Milchleistung

Mit den Bauarbeiten beauftragte die Familie – soweit möglich – lokale Unternehmen, um die Wertschöpfung in der Region zu behalten. Im Jahr 2013 wurde zunächst ein neuer Güllebehälter fertiggestellt; dieser Neubau war wegen der geplanten Aufstockung des Viehbestandes notwendig geworden. Anschließend erfolgte von Herbst 2014 bis Frühjahr 2015 der Bau des Boxenlaufstalls.

Durch eine relativ niedrige Bauhöhe des Stalls griff man so wenig wie möglich in das Landschaftsbild ein. Die Dachform des Stalls ist unterbrochen und lässt viel Licht und frische Luft in den Stall. Die Tiere sind dadurch nicht von der Umwelt abgeschottet, sondern werden im Laufgang Klimareizen wie Sonne und Regen ausgesetzt. Das ist für die Tiere gesund und stärkt ihre Fitness. Ein flach geneigtes Dach schützt die Liegeflächen und den Futtertisch vor Regen, Schnee und Sonneneinstrahlung. Die Liegeboxen sind Kopf an Kopf angeordnet, dadurch bekommt die Herde an den Übergängen noch mehr Ruhe. Seitdem der Stall in Betrieb genommen wurde, stellt Karl-Wilhelm Pohl Verbesserungen in der Herdengesundheit und der Leistungsbereitschaft seiner Milchkühe fest. „Der neue Stall ermöglicht uns eine tiergerechte Haltung der Kühe und stressfreies Arbeiten für Tier und Mensch“, sagt er. Den vorhandenen Melkstand hat Familie

Pohl technisch nachgerüstet. Im Altstall werden nutzbare Tierplätze weiterhin für die weibliche Nachzucht, trockenstehende Kühe und zum Abkalben genutzt.

Zuwendungen leisten wichtigen Beitrag

Aufgrund der zweireihigen Ausführung des Stalls haben sich die Baukosten gegenüber der ursprünglichen Planung erhöht. Für den Stall und den neuen Güllebehälter betrug das Netto-Investitionsvolumen rund 675 600 Euro. Dafür hat Familie Pohl eine Zuwendung aus AFP-Mitteln von etwa 136 800 Euro erhalten – das entspricht einer anteiligen Förderung von 20 Prozent für den Bau des Stalls und von 25 Prozent für den Güllebehälter. Auch für einen Doppel-3-Reiher hätte die Familie damals eine AFP-Unterstützung erhalten. Sie hat sich aber für ein Stallkonzept entschieden, das beispielsweise beim Fressplatzangebot und der verfügbaren Stallfläche je Tier über die Anforderungen von AFP der Förderperiode 2007 bis 2014 hinausging. Zur Finanzierung dieses Konzepts haben die Zuwendungen einen wichtigen Beitrag geleistet.



KONTAKT:

Ralf Harms
Niedersächsische Landgesellschaft mbH
Geschäftsstelle Bremerhaven
Telefon: 0471 94769-43
ralf.harms@nlg.de
www.nlg.de
Karl-Wilhelm Pohl
pohl.wechtern@t-online.de



Besonders tiergerechte oder bestmögliche tiergerechte Haltung – Beispiel Milchkühe

Anforderungen an die besonders tiergerechte Haltung (GAK-Rahmenplan 2015 bis 2018)

Laufställe mit Liegeflächen für alle Tiere, nutzbare Stallfläche insg. mindestens 5,5 m² je Tier (Basis)

Liegeplätze mit ausreichend Einstreu oder komfort-schaffendem Material (Basis)

Fressplatz für jedes Tier in geeigneter Breite, bei ständigen Futterzugang Verhältnis 1:1,2 (Premium)

Auslauf für mindestens 1/3 der Tiere oder Stallfläche von 7 m² je Milchkuh (Premium)

Anforderungen an die bestmögliche tiergerechte Haltung (Richtlinie Niedersachsen)

Liegeboxenlaufstall mit mehr Boxen als Kühe (1,1:1) oder Mehrflächenställe mit Liegefläche von minimal 5 m² je Kuh, nur Ställe mit Außenklima

Liegeplätze spaltenfrei, trocken und weich (Kniefalltest)

Fressplatzüberschuss (1,1:1) und minimale Breite von 75 cm

Weidegang während Weideperiode, Laufhof bei weniger als 4 m² Bewegungsfläche je Kuh im Stall, Freiraum für Kopfschwung in der Box, Abkalb- oder Krankenboxen, automatische Kuhbürsten, jederzeit Zugang zu frischem Wasser etc.

Niedersachsen: Tierschutz im Fokus

In der Förderperiode 2014 bis 2020 stellt das Land Niedersachsen in seinem AFP etwa zehn Millionen Euro Fördergelder pro Jahr zur Verfügung. Dabei macht es strengere Vorgaben als der GAK-Rahmenplan: Förderfähig sind Betriebe nur dann, wenn sie maximal zwei Großvieheinheiten je Hektar halten – das entspricht der Besatzdichte in der ökologischen Landwirtschaft – und Güllelagerkapazitäten für einen Zeitraum von neun Monaten vorweisen können. Außerdem begrenzt es die Tierzahlen – bei Rindern werden nur Betriebe mit maximal 300 Tieren unterstützt.

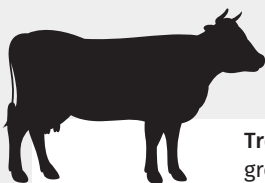
Auch die baulichen Anforderungen sind höher. Zum Beispiel bei Investitionen in Milchviehbetrieben: Um eine Förderung von 20 Prozent zu erhalten, müssen sowohl die Auflagen zur besonders tiergerechten Haltung der Basis-, als auch jene der Premiumstufe aus dem GAK-Rahmenplan erfüllt werden. Für die höchste Förderstufe von 40 Prozent hat das Land zusätzliche Anforderungen an eine „bestmögliche tiergerechte Haltung“ definiert. Andere Bauvorhaben sind nur mit einem signifikanten Beitrag zum Verbraucher-, Klima- oder Umweltschutz förderfähig; zukünftig sollen zudem besonders umweltfreundliche Gülleausbringungs- und Pflanzenschutzgeräte gefördert werden.

Beim Antragsverfahren gibt es Pluspunkte: zum Beispiel zehn für die Modernisierung hin zur bestmöglichen tiergerechten Haltung, für Weidehaltung in der Rindermast, aber auch für Innovationen. Wer seine Besatzdichte verringert, erhält sieben, wer Schweinen einen Auslauf bietet vier. Eine Verknüpfung mit LEADER bringt zwei Punkte. Das Land empfiehlt den Landwirten, sich beraten zu lassen und unterstützt Beratungs-, Dienstleistungs- und Betreuungskosten.

Große Strukturvielfalt: Milchviehbetriebe

Bundesweit gibt es	73255 Halter	4,3 Millionen Milchkühe
Es leben ...Tiere	bei ... der Halter	das sind ... der Milchkühe
Weniger als 20	29%	5%
20 bis 99	56%	47%
100 bis 499	14%	39%
500 und mehr	1%	10%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Daten von November 2015



Trend: Weniger Betriebe, größere Bestände



Zukunftsfähig durch Bio-Legehennen

Vom Milchvieh zu Bio-Legehennen: Familie Kerle aus Oberbayern stieg um.

[VON MANUELA WOLFRUM]

Der in die Jahre gekommene Milchviehstall von 1965 war nicht mehr zeitgemäß, die anfallende Arbeit im Nebenerwerb nicht mehr leistbar. Zum familiengeführten Milchviehbetrieb von Marianne und Rudolf Kerle in Wollomoos im oberbayerischen Landkreis Dachau gehörten etwa 15 Milchkühe mit Nachzucht in Anbindehaltung und 20 Hektar Fläche. Landwirt Rudolf Kerle, der als gelernter Karosseriebaumeister in Vollzeit bei MAN tätig ist, hatte den konventionell geführten Betrieb Ende der 1990er-Jahre von seinen Eltern übernommen und seitdem zusammen mit seiner Frau und seinen drei Kindern bewirtschaftet.

Von der Kuh zum Huhn

Hätte die Familie weiter Milch produzieren wollen, wäre eine große Investition nötig geworden. Vor allem, da ein Umbau der bestehenden Gebäude an der Hofstelle nicht möglich war. Die Kerles wollten jedoch flexibel und unabhängig sein, die Arbeitsbelastung sollte geringer werden. Ziel der Familie war es zudem, das Tierwohl zu vergrößern. Schließlich kam die Idee, auf Legehennenhaltung umzustellen.

Nach einer Erstberatung durch das Fachzentrum für Kleintierhaltung Pfaffenhofen (AELF) im Jahr 2011, besichtigte Familie Kerle zahlreiche Ställe. Die Biobetriebe hinterließen einen bleibenden positiven Eindruck, insbesondere hinsichtlich der Tiergesundheit und der Wertschätzung des Bodens. Außerdem bestärkten die besseren Vermarktungsmöglichkeiten für Bio-Lebensmittel den Entschluss der Familie, auf ökologische Bewirtschaftung umzustellen. Es kam eine Flut an neuen Informationen über die Tiere selbst, die Haltung, die Technik und das Bewirtschaften der Felder auf die Familie zu, die dem Verband Bioland beitrug. Außerdem galt es, neue Vermarktungswege aufzubauen. Die Kerles nahmen die Herausforderungen an: Aus dem Milchviehbetrieb sollte eine Bio-Legehennenhaltung werden.

Idee wird konkret

Geplant wurde das Bauvorhaben an einem Aussiedlungsstandort im Außenbereich. Aufgrund der nötigen Wiesen- und Auslaufflächen war eine Realisierung innerorts nicht möglich. Nach insgesamt einem Jahr Planungszeit konnte im September 2012 mit dem Bau begonnen werden, im Januar 2013 wurde zum ersten Mal eingestallt. Mittlerweile hält Familie Kerle in ihrem neuen Stall mit einer nutzbaren Grundfläche von knapp 300 Quadratmetern rund 3000 Legehennen. An den Stall schließt sich ein überdachter, befestigter Wintergarten, ein sogenannter Kaltscharrum, mit rund 260 Quadratmetern an. Der gesamte Stall und der Wintergarten sind mit Strohpellets und Gesteinsmehl eingestreut, im Wintergarten sind zusätzlich Strohballen aufgestellt, die die Hühner auseinanderscharren können. Der zusätzliche Auslauf auf eine Freifläche misst insgesamt 12000 Quadratmeter.

Zur Futtermittelherstellung bewirtschaftet Familie Kerle nach wie vor rund 20 Hektar Fläche. Die Ernte wird an eine Mühle geliefert, von ihr beziehen die Kerles das Futter für die Legehennen als Fertigmischung, da sie selbst nicht alle Sorten anbauen können.

Fördergelder haben die Investition erleichtert

Um die Investition zu erleichtern, haben die beratenden Stellen Familie Kerle auf das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) hingewiesen. Dies eröffnete die Möglichkeit, den vorhandenen kleinen Betrieb zu vergrößern und ihn für den Hofnachfolger zukunftsfähig und schuldenfrei zu hinterlassen. „Förderung sollte nicht das Lockmittel sein, sondern die Möglichkeit, um etwas anzupacken oder auch in größere Dimensionen zu investieren“, so sieht Rudolf Kerle die Förderung heute. Familie Kerle ließ sich von der Antragstellung bis zur Endabnahme durch die Investitionsbetreuung der BBV LandSiedlung GmbH unterstützen. Zu einer Betreuung war sie laut Förderrichtlinie aufgrund der Größe des Bauvolumens, das über 250000 Euro lag, verpflichtet. Die Beratungsdienstleistungen von den Ämtern

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind kostenfrei; die Betreuung der Fördermaßnahme durch eine Betreuungsgesellschaft ist kostenpflichtig und wurde im Fall der Kerles zu 60 Prozent gefördert.

Die Förderung des Baus betrug schließlich 20 Prozent Zuschuss zur Netto-Bausumme, die bei rund 130 Euro je Legehennenplatz lag. Der Großteil der Bauarbeiten wurde an regionale Unternehmen vergeben, dazu zählten die Tiefbauarbeiten, Maurerarbeiten, das Verputzen, die Elektro- und Wasserinstallation sowie die Errichtung des Zaunes. Das Dach des Gebäudes lieferte ein Betrieb aus dem niederbayerischen Osterhofen, die Stalleinrichtung kam von einem international aufgestellten Unternehmen.

Skeptiker wurden Kunden

Viele Dorfbewohner betrachteten das Geschehen um den Kerlehof anfänglich mit Skepsis: Es gab Ängste, dass der Betrieb einmal sehr groß werden könnte. Viele der anfänglichen Skeptiker sind zwischenzeitlich zu Kunden geworden. Der Verkauf der Eier erfolgt teils über Direktvermarktung ab Hof, hauptsächlich werden die Eier an einen Biolandhof in der Region geliefert und von dort unter anderem über die Alnatura GmbH und die Feneberg Kaufmärkte Allgäu vermarktet.

Die wichtigste Aufgabe besteht für Familie Kerle nun darin, den Betrieb ohne externe Mitarbeiter auf möglichst stabilem Niveau in Eigenregie zu bewirtschaften, damit er eines Tages ohne große Investitionen übernahmefähig ist. Sollte dennoch eine größere Investition anstehen, wäre Familie Kerle nicht abgeneigt, wieder auf AFP zurückzugreifen.



KONTAKT:
Manuela Wolfrum
BBV LandSiedlung GmbH
Telefon: 089 590682921
manuela.wolfrum@bbv-LS.de
www.bbv-ls.de



Besonders tiergerechte Haltung (btH) für Legehennen:

Mit dem GAK-Rahmenplan werden nur noch Ställe der Freiland- und der Bodenhaltung gefördert. Beispiele für bauliche Anforderungen sind:

Haltungsform	Basisförderung	Premiumförderung
grundsätzlich	Tageslichteinfall auf 3 % der Stallgrundfläche	
Freiland	Ausreichend Schutzeinrichtungen im Außenbereich	Zusätzlich: Mindestens 2 m breiter, befestigter Kaltscharraum über gesamte Breite der Stallseite mit Ausschlupflöchern, angenommen mobile Ställe
Bodenhaltung	Stall muss mit befestigtem Kaltscharraum verbunden sein	Zusätzlich: Kaltscharraum mindestens $\frac{1}{3}$ der Stallfläche und mit Staubbädern

Legehennen: ab 3 000 Tiere in der Agrarstatistik

Bundesweit gibt es	1652 Halter	48 Millionen Legehennen
Die Haltungsart	betreiben ... der Betriebe	das sind ... der Legehennenplätze
Bodenhaltung	53 %	63 %
Freilandhaltung	24 %	17 %
Käfighaltung	6 %	10 %
Ökologische Haltung	18 %	10 %

Betriebe mit zwei verschiedenen Haltungsformen werden mehrfach gezählt

... Legehennenplätze*	haben ... der Betriebe	dort leben ... der Legehennen
Weniger als 30 000	75 %	27 %
Mehr als 30 000	25 %	73 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Daten von November 2015,
*November 2014, Daten aus Betrieben mit mindestens 3 000 Legehennen

AFP in Bayern

Im EPLR Bayern 2014 bis 2020 hat der Freistaat für AFP insgesamt 466 Millionen Euro, davon 115 Millionen Euro aus dem ELER, eingeplant. Im Fokus stehen viehhaltende Betriebe. Die Umstellung von Anbinde- auf Laufstallhaltung von Milchkühen sowie Investitionen in die Zuchtsauenhaltung werden mit maximal 40 Prozent gefördert, alle übrigen Investitionen in die Tierhaltung mit maximal 35 Prozent. Ein wichtiger Aspekt sind Berggebiete und Regionen, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind: Sie werden im Auswahlverfahren priorisiert. Das gilt auch für Investitionen im Rahmen von EIP-Agri. Vier Fachzentren bei den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bündeln die Anträge. Ab einem Investitionsvolumen von 100 000 Euro werden Betreuungskosten mit maximal 2,5 Prozent der Kosten bezuschusst.

Bayern setzt folgende Prosperitätsgrenze: Ledige dürfen maximal 90 000 Euro positive Einkünfte pro Jahr im Durchschnitt der letzten drei Jahre haben, Ehepaare maximal 120 000 Euro. Einzelbetriebliche Investitionen sind dann förderfähig, wenn sie mindestens 20 000 und maximal 750 000 Euro betragen.

Der Freistaat bietet flankierend zum AFP das Landesprogramm „Bayerisches Sonderprogramm Landwirtschaft“ an, mit dem er kleinere Investitionen zur Verbesserung des Tierwohls sowie Maschinen für die Berglandwirtschaft unterstützt.

Regionales: Ende 2014 wurde mehr als ein Drittel aller Legehennen in Niedersachsen gehalten. Nordrhein-Westfalen und Bayern hielten jeweils ungefähr 10 Prozent der deutschen Legehennen.



Mit bäuerlicher Tradition in die Zukunft

Bei Weilepp, Hofladen & Landwirtschaft gibt es hochwertige Lebensmittel und gesunde Tiere: Seit 1990 hält der Familienbetrieb Schweine auf Stroh. Ein neuer Stall soll noch mehr für den Tier- und Umweltschutz bringen. [VON BIRGITT SCHUNK]

In der Räucherammer der Familie Weilepp sieht es aus wie in Großmutter's Speisekammer nach dem Schlachtfest: Kleine Chargen an Rotwurst, Knackwurst oder Leberwurst reifen hier. An Fleisch- und Wurstwaren produziert das landwirtschaftliche Unternehmen, was Schwein und Rind zu bieten haben – frisch, ohne Konservierungsstoffe und nach thüringischem Rezept. Geschlachtet wird in den kühleren neun Monaten, im Sommer nicht.

Traditionell und innovativ

Nach der Wende hat er seinen Betrieb in Roldisleben mit den aus der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft zurück erhaltenen Flächen und weiteren Pachtflächen wieder eingerichtet und 1990 mit rund 200 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und etwa 650 Schweinen begonnen, ihn aufzubauen. Ehefrau Regine und Sohn Steffen hat er dabei an seiner Seite. Von Anfang an besinnt sich die Familie auf bäuerliche Wurzeln, gleichzeitig stellt sie den Betrieb modern auf. Die Schweine stehen wie früher auf Stroh und werden bis zu einem Jahr gemästet – doppelt so lange wie in vielen anderen Mastbetrieben üblich. Die Tiere quittieren die artgerechte Haltung mit einem Mehr an Gesundheit. „Der kalte Stall und ein warmes Nest tun den Tieren gut“, sagt Betriebsleiter Udo Weilepp. Und das wirkt sich auch auf die Fleischqualität aus. Nach der Schlachtung am frühen Morgen – der Betrieb verfügt über eine EU-Zulassung – folgt direkt die Verarbeitung. „Mehr Frische und Qualität geht nicht. Unsere Kunden wissen das zu schätzen“, sagt Udo Weilepp. Innovation und Tradition vereinen – mit dieser Philosophie will das Familienunternehmen in die Zukunft gehen und weiter investieren. Es setzt dabei auf Nachhaltigkeit, Regionalität und Wertschöpfung in der Region.

Hilfe zur Investition

Doch die Entwicklung des Betriebes ist kein Selbstläufer. Zwar hat die Familie den rund 50 Jahre alten Schweinestall immer wieder

stückchenweise saniert, doch da dieser etwa zehn Kilometer von der Hofstätte mit Hofladen und Schlachtung entfernt liegt, mussten die Weilepps lange, kostspielige Wege für Transporte in Kauf nehmen. Den alten Standort nun noch mit großem Aufwand an die modernen Anforderungen der Tierhaltung anzupassen, hätte sich betriebswirtschaftlich nicht mehr gerechnet. „Wir standen also vor der Entscheidung, neu zu bauen oder mit der Tierhaltung aufzuhören“, sagt Udo Weilepp. Inzwischen gibt es grünes Licht für den Bau eines neuen Schweinemaststalles: ein Außenklimastall von 50 mal 24 Metern. Die Schweine stehen in Gruppenboxen von jeweils 25 Tieren zusammen und haben einen direkten Zugang zum überdachten Freilaufbereich. Insgesamt handelt es sich dabei um eine Investition in Höhe von rund 600 000 Euro, 40 Prozent werden über die Investitionsförderung landwirtschaftlicher Unternehmen in Thüringen (ILU) gefördert. „Ohne diese Unterstützung hätten wir ein solches Vorhaben nicht in Angriff nehmen können“, sagen sowohl Vater als auch Sohn. Sie lassen sich bei der Umsetzung ihrer Investition professionell beraten. Die Thüringer Landesgesellschaft unterstützt die nachhaltige Entwicklung der Agrarstruktur und betreut den Betrieb bei allen Schritten des Vorhabens: von der Idee und den Planungen über die Genehmigungsphase und den Bau bis hin zur Abrechnung von Fördermitteln.

Wie beim Biohof

Dass die Schweine im neuen Stall weiterhin auf Stroh gehalten werden, ist für die Weilepps selbstverständlich. Pro Schwein wird zudem künftig deutlich mehr Platz zur Verfügung stehen als bislang; und mit dem Auslauf ins Freie sorgen Sonne, Regen, Wind und Wetter für zusätzliche Reize und vitale Tiere. „Mit dem Neubau erfüllen wir Kriterien für eine ökologische Haltung, auch wenn wir nicht als Biobetrieb zertifiziert sind“, sagt Steffen Weilepp. Außerdem tut die Familie mit ihrem neuen Stall etwas für Klima und Umwelt, denn dieser wird unmittelbar am

Hofgelände der Weilepps liegen. Damit entfallen künftig die mit hohem Dieselverbrauch verbundenen Transportfahrten für Futter und Stroh. Neben ihren Schweinen hält das Familienunternehmen seit 2013 Rinder. Der alte Stall soll zum Winterquartier für die Mutterkühe werden und als Strohlager dienen.

Auch in Sachen Futter haben Vater und Sohn ihr eigenes Konzept. Sie setzen auf geschlossene Kreisläufe. Außer Mineralfutter und Kartoffeln kaufen sie nichts zu, sondern bauen Weizen, Gerste, Triticale, Erbsen, Ackerbohnen oder Luzerne auf rund 400 Hektar Ackerfläche selber an. Etwa 25 Prozent der Feldfrüchte verwenden sie für ihre hofeigene Futtermischung. „Da weiß man, was man hat“, sagt Steffen Weilepp. Die zugekauften Kartoffeln werden wie zu Großmutter's Zeiten gedämpft und als Brei an die Schweine verfüttert. Der anfallende Mist kommt als organischer Dünger auf die Felder.

Transparenz großgeschrieben

Schon jetzt setzt der Betrieb auf Transparenz. Auf einem Monitor im Hofladen können sich die Besucher alles von der Aussaat bis zum Wurstmachen anschauen und natürlich hat das Unternehmen mit www.hofladen-weilepp.de seine eigene Webseite. Im neuen Stall sollen sogar Live-Einblicke übers Internet möglich sein. So will das Familienunternehmen die Verbraucher mitnehmen und ihnen den Einblick in eine verantwortungsbewusste Landwirtschaft ermöglichen.



KONTAKT:
Torsten Steinmetz
Thüringer Landesgesellschaft mbH
Telefon: 0361 4413-114
torsten.steinmetz@thlgl.de
www.thlgl.de

Torsten Steinmetz von der Thüringer Landgesellschaft beim Vor-Ort-Termin mit Steffen und Udo Weilepp (v.l.).

Die Planung steht, die Förderung auch – an dieser Stelle soll der neue Schweinemaststall entstehen.



Besonders tiergerechte Haltung für Mastschweine: Beispiel für die Anforderungen im GAK-Rahmenplan

grundsätzlich	Tageslichteinfall auf 3 % der Stallgrundfläche
Basisförderung	Liegebereich mit ausreichend Einstreu oder mit Komfortliegefläche, mindestens drei verschiedenartige Elemente in ausreichender Zahl, die zur spielerischen Beschäftigung anregen
Premiumförderung	Zusätzlich: die uneingeschränkt nutzbare Bodenfläche muss mindestens 20 % größer sein, als es die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vorgibt; diese Mindestfläche beträgt beispielsweise für Mastschweine über 110 kg je einen Quadratmeter

Ein Schwein auf jeden dritten Bundesbürger

Bundesweit gibt es	25 700 Halter	27,5 Millionen Schweine
Es leben ... Tiere	bei ... der Halter	das sind ... der Schweine
unter 100	9 %	1 %
100 bis 499	30 %	8 %
500 bis 1999	50 %	50 %
2 000 bis 4 999	9 %	23 %
5 000 und mehr	2 %	19 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Daten von November 2015

Foto: Birgit Schunk, Vlad Klok/Fotolia.com



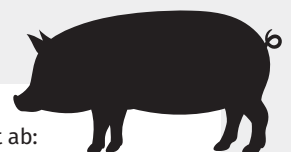
AFP im ILU

Die Agrarinvestitionsförderung in Thüringen ist Teil des Programms „Investitionsförderung landwirtschaftlicher Unternehmen“ (ILU) und mit guten 91 Millionen Euro, davon rund 70 Millionen Euro aus dem ELER, ausgestattet. Sie lehnt sich bei Verwendungszweck, Zuwendungsempfängern, Fördergegenstand, Art und Höhe der Zuwendungen sowie den baulichen Vorgaben für eine besonders tiergerechte Haltung eng an den GAK-Rahmenplan an. Zur Prosperitätsprüfung nutzt das Land das Verfahren, mit dem das Bundeslandwirtschaftsministerium das Betriebsranking feststellt. Auch Kooperationen und Zusammenschlüsse sind förderfähig.

Junglandwirte werden gefördert, allerdings nicht mit höheren Sätzen: Sie erhalten beim Auswahlverfahren Bonuspunkte. Das gleiche gilt für Investitionen im Rahmen von EIP-Agri. Auch Landwirte, die sich besonders für Tier-, Umwelt-, Verbraucher- oder Klimaschutz einsetzen werden bevorzugt behandelt: So können Landwirte mit ökologischen Betrieben ebenso Bonuspunkte sammeln wie mit Investitionen in die Verbesserung der Ressourceneffizienz; und sie können mit vorhandenen Ställen, die bereits den Anforderungen der Premiumförderung entsprechen, punkten.

Betriebe in Thüringen können sich beraten lassen: Leistungen von Architekten und Ingenieuren werden anteilig unterstützt. Das Verfahren führen die Landwirte allerdings selbstständig: Die Förderung oder gar Pflicht einer Betreuung, wie es sie in anderen Bundesländern gibt, hat das Land abgeschafft.

Trend: Sowohl die Zahl der Betriebe als auch die der gehaltenen Schweine nimmt ab: Mit rund 27,5 Millionen Schweinen war 2015 der niedrigste Stand seit 2011.



Hier investiert Europa

Der Schlüssel zur Investitionsförderung innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik liegt in der ländlichen Entwicklung. Dabei setzt die EU Prioritäten für den ELER und gibt damit den Rahmen für eine integrierte Programmierung vor. [VON CHRISTIANE KIRKETERP DE VIRON]

Eine der wichtigsten Zielsetzungen der EU-Kommission unter der Präsidentschaft von Jean-Claude Juncker ist es, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Damit ist untrennbar die Notwendigkeit von Investitionen verknüpft. Die Landwirtschaft und ihre vor- und nachgelagerten Industrien haben ein beträchtliches Wachstumspotenzial auf den Exportmärkten, und die Funktionen in der Umwelt- und Kreislaufwirtschaft bieten vielfältige Möglichkeiten, um Arbeitsplätze zu schaffen. Um das volle Wachstumspotenzial des Agrar- und Lebensmittelsektors zu mobilisieren, ist es erforderlich, intelligente Investitionen zu stimulieren und so Modernisierung, Digitalisierung, Technologie- und Infrastrukturentwicklung sowie Innovationen zu erreichen.

Die Mitgliedstaaten setzen einen wesentlichen Teil der etwa 100 Milliarden Euro, die im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) zur Verfügung stehen, für Investitionsförderungen ein: für Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe, aber auch für Verarbeitung und Vermarktung, für Infrastrukturen, Kooperationsprojekte, Forsttechnik sowie lokale Initiativen, etwa im Rahmen von LEADER.

Für eine konkurrenzfähige Landwirtschaft

Ein Blick auf die Programme zur ländlichen Entwicklung für den Zeitraum 2014 bis 2020 zeigt die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit als zweitgrößten der insgesamt sechs Förderprioritäten, mit einem Umfang von 20 Prozent der ELER-Mittel. Ziel ist die „Verbesserung der Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft in allen Regionen, die Förderung innovativer Landtechnik und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder“. In diesem Rahmen sollen 335 000 Bauern von der Investitionsförderung und der damit einhergehenden Umstrukturierung und Modernisierung profitieren (siehe Grafik). Dies entspricht 2,8 Prozent der Landwirte in der EU; sieben Prozent, wenn die Kleinstbetriebe nicht einbezogen werden. Zusätzlich werden rund 176 000 junge Landwirte von der Start-up-Förderung sowie gezielten Investitionsförderungen profitieren.

Für Umwelt und Klima

Ein relevanter Anteil der Investitionsförderung erfolgt zudem im Rahmen der ELER-Priorität zur Klima- und Ressourceneffizienz. Dies sind zum einen Investitionen zur Wassereinsparung, beispielsweise bei der Bewässerung: In Regionen, die entsprechende Investitionsförderungen in ihre ländlichen Entwicklungsprogramme aufgenommen haben, wird eine Reduktion des Wasserverbrauchs auf 15 Prozent der bewässerten Flächen

erwartet. Zum anderen soll die ELER-Förderung etwa 5,5 Milliarden Euro an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisieren, mit denen die Energieeffizienz erhöht und durch die verstärkt erneuerbare Energien genutzt werden.

So verfolgt das dänische Programm für ländliche Entwicklung das Hauptziel „Grüne Transformation und grüne Jobs“ und stellt 75 Prozent der Mittel für eine bessere Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und die Förderung der klimafreundlichen Landwirtschaft bereit. Mit mehr als 3 000 Investitionsprojekten soll die Umweltverträglichkeit landwirtschaftlicher Betriebe erhöht werden, etwa durch eine Verbesserung der Energieeffizienz, Emissionsreduktionen oder die Produktion erneuerbarer Energie. Über 700 Anlagen werden auf die Verringerung der Treibhausgasemissionen abzielen, während 200 Arbeitsplätze durch die grüne Transformation geschaffen werden.

Innovationen bewirken

Ein neuer Bereich der ländlichen Entwicklungspolitik, der auf große Resonanz stößt, ist die Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri). EIP-Agri fördert den Austausch zwischen Forschung und praktischer Agrar- und Forstwirtschaft in „Operationellen Gruppen“. Letztere entwickeln und testen praxisrelevante, innovative Lösungen und tragen aktiv zum Erfahrungsaustausch im Rahmen des EIP-Agri-Netzwerks bei. Insgesamt 26 Mitgliedstaaten bieten die Förderung von EIP-Agri-Projekten an, in 95 der insgesamt 118 Programme zur ländlichen Entwicklung. Im Zeitraum 2014 bis 2020 stehen für die insgesamt 3 000 projektierten Innovationsprojekte von EIP-Agri mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung.

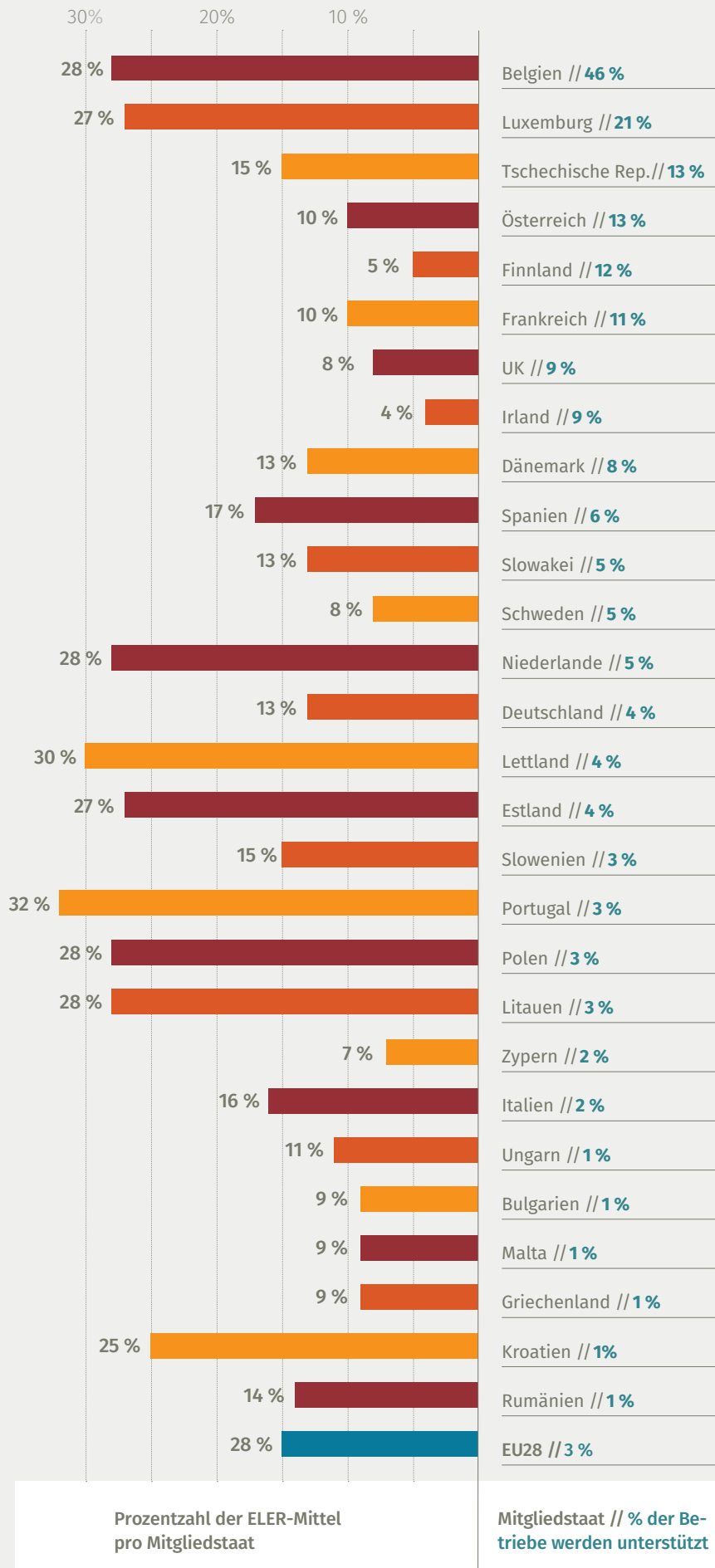
Für ländliche Räume

Ländliche Entwicklungspolitik fördert auch Investitionen in die Basis-Infrastruktur und grundlegende Dienstleistungen in den ländlichen Gebieten. Dazu gehören auch Hochgeschwindigkeits-Breitbandverbindungen, die für die wirtschaftliche Entwicklung von landwirtschaftlichen Betrieben und der ländlichen Wirtschaft unabdingbar sind, aber insbesondere in entlegeneren ländlichen Regionen nicht zur Verfügung stehen. 14 Mitgliedstaaten sehen im ELER von 2014 bis 2020 insgesamt rund 910 Millionen Euro dafür vor.

Ergebnisorientierte Politikgestaltung

Für den Zeitraum 2014 bis 2020 wurde der Rechtsrahmen verbessert, um die Effizienz der getätigten Investitionen zu steigern. So gibt die Investitionsförderung eine strikte

ELER-Investitionen in die Umstrukturierung oder Modernisierung von landwirtschaftlichen Betrieben



Quelle: EU-Kommission, GD Agri

Zielorientierung vor, damit die Unterstützung für landwirtschaftliche Betriebe auch bei begrenzt verfügbaren Ressourcen effizient zur Verfügung gestellt und mögliche Überschneidungen mit anderen Förderprogrammen vermieden werden können. Gemäß der rechtlichen Vorgaben richtet sich die Ausrichtung der Förderung nach dem jeweiligen Bedarf, der auf Grundlage einer Stärken-Schwächen-Analyse zu ermitteln ist.

Die Ergebnisorientierung der ELER-Mittel verfolgt das Ziel, die Hebelwirkung der Förderung für jeden ausgegebenen Euro zu verstärken. Dies ist eine klare politische Priorität: Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat wiederholt auf die Erfordernis eines „ergebnisorientierten Budgets“ hingewiesen.

Hinsichtlich der Investitionsförderung wurde verschiedentlich auf das Problem möglicher Mitnahmeeffekte verwiesen. Ein Bericht der schwedischen Landwirtschaftsbehörde, der sich auf den Zeitraum von 2007 bis 2011 bezieht, zeigt diesbezüglich ein differenziertes Bild: In etwa einem Drittel aller Fälle (29 Prozent) war die Investitionsförderung von entscheidender Bedeutung für die Umsetzung der Investitionen. In 45 Prozent der Fälle hat die Investitionsförderung entweder den Weg für größere Investitionen oder für eine frühzeitigere Realisierung der Investitionsvorhaben geebnet.

Finanzierung statt Subvention

Das Prinzip der ergebnisorientierten Umsetzung wird insbesondere durch die Finanzinstrumente im Rahmen des ELER (programmierbare Darlehens-, Garantie- und Beteiligungsfonds) sowie des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) realisiert. Der Umfang der Programmierung von Finanzinstrumenten im Rahmen des ELER ist jedoch gegenwärtig noch recht moderat, was die generell vorherrschende Präferenz für Subventionen anstelle von rückzahlbaren Finanzierungen zeigt. Jedoch wächst die Einsicht, dass es notwendig ist, Hebelwirkungen des öffentlichen Mitteleinsatzes zu erzielen. Das wird in einem Anstieg des für Finanzinstrumente vorgesehen Budgetanteils sichtbar: In den Jahren 2007 bis 2013 programmierten sieben Mitgliedstaaten Finanzinstrumente in insgesamt 16 Programmen mit einem Budgetumfang von 263 Millionen Euro. In der Programmperiode 2014 bis 2020 sind sie in sieben Programmen vollständig integriert, weitere 20 Programme enthalten Hinweise auf eine angestrebte zukünftige Programmierung. Das bislang vorgesehene Mittelvolumen umfasst 429 Millionen Euro. Insgesamt 40 Programmregionen befassen sich in der Ex-ante-Evaluierung mit dem Einsatz von Finanzinstrumenten.



KONTAKT:

Christiane Kirketerp de Viron
Europäische Kommission,
Generaldirektion Agri
Telefon: + 32 2 2997776
christiane.kirketerp@ec.europa.eu
www.ec.europa.eu/agriculture/
rural-development-2014-2020

Wie fördern die Nachbarn?

Allen EU-Mitgliedsländern steht im Rahmen des ELER die Möglichkeit offen, die Maßnahme „Investitionen in materielle Vermögenswerte“ zu programmieren. Dabei spielt die Agrarstruktur eine wichtige Rolle.

[VON ANDREA BIRRENBACH, ISABELLA MAHLER UND ANJA RATH]

Die Landwirtschaft in Europa ist vielfältig: Einige Länder haben bereits einen drastischen Strukturwandel hinter sich und andere befinden sich gerade inmitten dieses Prozesses. Einige haben ideale Böden für den Ackerbau, andere kaum Flächen für Brotgetreide. LandInForm hat mit Unterstützung des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) bei den Verantwortlichen in unseren Nachbarländern nachgefragt: Wie funktioniert dort die Agrarinvestitionsförderung? Werfen wir einen Blick nach Dänemark, Polen, in die Niederlande, nach Österreich und Frankreich.



Dänemark: Miljøteknologi = Umwelttechnologie

Das dänische „Landdistriktprogramm 2014 bis 2020“ strebt ambitioniert eine grüne Transformation an. In der Agrarinvestitionsförderung selbst geht es aber insbesondere darum, beim Wettbewerb die Nase vorn zu behalten.

Wenig Brotgetreide, viele Tiere

In den vergangenen 25 Jahren hat sich die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe in Dänemark halbiert, die durchschnittliche Betriebsgröße fast verdoppelt. Das European Network for Rural Development (ENRD) führt für 2010 etwa 42.100 Betriebe mit durchschnittlich 63 Hektar an. Laut des dänischen Branchenverbands Landbrug & Fødevarer (Landwirtschaft und Lebensmittel) gab es 2014 rund 30.000 Betriebe, die durchschnittlich etwa 70 Hektar bewirtschafteten. Rund 60 Prozent der dänischen Landesfläche werden landwirtschaftlich genutzt: Einer Marktstudie des BMEL zufolge dient ungefähr 80 Prozent des angebauten Getreides als Tierfutter. Die Landwirte selbst haben sich vielfach spezialisiert und produzieren exportorientiert: So gingen 2013 etwa 90 Prozent des Schweinefleisches – rund 1,5 Millionen Tonnen – ins Ausland und der durchschnittliche Schweineproduzent hielt über 3.000 Tiere. Dagegen kann der inländische Bedarf an Eiern nicht gedeckt werden. Dänische Konsumenten legen Wert auf Qualität sowie Regionalität und auch das ökologische Bewusstsein ist gestiegen: Der Anteil des dänischen Biomarkts liegt weltweit an der Spitze.

Vorne bleiben

Während Dänemark beim Tierwohl auf den Markt vertraut, setzt es beim Umweltschutz hohe Standards. Laut Landbrug & Fødevarer ist es gelungen, die Stickstoff- und Ammoniak-Einträge von 1990 bis 2013 um je 43 Prozent, die der Treibhausgase um 23 Prozent zu reduzieren. Dabei konnten die Betriebe ihre Produktion um 15 Prozent steigern. Gleichzeitig stehen sie heute vor wirtschaftlichen Problemen: Viele Betriebe sind verschuldet und die Investitionen seit 2009 allgemein kleiner geworden, gleichzeitig sind die Kosten für Instandhaltung und Ersatz höher als die Neuinvestitionen. Dänemark will mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)



eine nachhaltige, innovative und wettbewerbsfähige Landwirtschaft fördern. Die Agrarinvestitionsförderung selbst läuft unter dem Programm „Miljøteknologi“, was übersetzt Umwelttechnologie bedeutet. „Die Leistungen unter Artikel 17, Absatz 1, Punkt a) umfassen die Investitionsförderung für Stallmodernisierung, Umwelttechnologie und ökologische Investitionsförderung. Das Ziel der Leistungen ist es, einen angegriffenen Erwerbszweig zu unterstützen, indem Modernisierungen und Investitionen gefördert werden, die das Tierwohl verbessern und die Belastung des Klimas, der Umwelt und der Natur mindern“, sagt Ivan Volf Veestergaard vom dänischen Amt für Landwirtschaft und Fischerei des Ministeriums für Umwelt und Ernährung. „Das Programm ist sehr populär und in den meisten Antragsrunden gibt es mehr Anträge als bewilligt werden können.“ Eine Reihe von Maßnahmen dienen insbesondere dazu, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Umwelt-, tier- und klimafreundlich

Das gilt beispielsweise für die Förderung von Rinderställen: Wer modernisiert, kann Gelder für einen Basisstall sowie für darüber hinausgehendes Inventar, beispielsweise eine automatische Bodenreinigung, beantragen. Wer neu baut oder erweitert, kann außerdem Beihilfen für Anschaffungen für die Milchproduktion erhalten sowie für Installationen für das Tierwohl und den Umweltschutz erhalten. Unterstützt wird auch die tierfreundliche Laufhaltung in Abferkelställen.

Dänemark fördert zudem konkrete Umwelttechnologien, mit denen der Energie-, Pestizid- und Düngerverbrauch gesenkt und Emissionen von Ammoniak und klimaschädlichen Gasen weiter reduziert werden sollen. Darin werden Gartenbaubetriebe unterstützt. In das Programm sind Branchenverbände und Berater eingebunden sowie Forschungsinstitute, beispielsweise bei der Berechnung von Einsparungen durch Umwelttechnologien.

Programm in Bewegung

In den Jahren 2014 und 2015 hat das Königreich etwa 77 Millionen Euro für die Miljøteknologi bereitgestellt. Für die gesamte Programmperiode stehen 318 Millionen Euro zur Verfügung. Ab 2016 soll es mehrere Förderprogramme geben, die durch flexibel einsetzbare Mittel zu 100 Prozent EU-finanziert werden und es ist geplant, Pauschalbeträge für Modernisierungsprogramme und für Teilprogramme der Miljøteknologi einzuführen. Für Investitionsvorhaben wird ein minimales Volumen

und eine maximale Fördersumme festgelegt: So muss die Investition in einen Rinderstall mindestens 300 000 Dänische Kronen, in etwa 40 000 Euro, betragen und wird mit maximal fünf Millionen Dänischen Kronen, das sind rund 670 000 Euro, gefördert. Die Zuschüsse in Höhe von 20 bis 40 Prozent der Kosten erhält nur, wer ein gewisses Eigenkapital vorweisen kann und mindestens 830 Arbeitsstunden pro Jahr in den Betrieb investiert – das entspricht in etwa der Arbeitszeit eines Landwirts im Nebenerwerb. Anträge mit behördlicher Genehmigung, wie Baugenehmigungen, haben Vorrang.

Ivan Volf Vestergaard

Office for Agriculture and Fisheries
Ministry of Environment and Food Denmark
ivanve@naturerhverv.dk
www.naturerhverv.dk/tilskudsguide

„Das Ziel der Agrarinvestitionsförderung ist es, einen angegriffenen Erwerbszweig zu unterstützen, indem Modernisierungen und Investitionen gefördert werden, die das Tierwohl verbessern und die Belastung des Klimas, der Umwelt und der Natur mindern.“

Ivan Volf Veestergaard,
Ministerium für
Umwelt und Ernährung
Dänemark



Polen: mittelgroß, modern und wettbewerbsfähig

Mit seinem „Programm zur Entwicklung Ländlicher Gebiete für die Jahre 2014 bis 2020“ versucht Polen laut dem Länderbericht des BMEL 2015 den dringend erforderlichen Strukturwandel voranzutreiben. Das Land setzt konsequent auf die Modernisierung mittelgroßer Betriebe und stellt für landwirtschaftliche Investitionen rund 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Auf den ersten Blick idyllisch ...

Laut Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, werden in Polen etwa 14,4 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzt, in Deutschland sind es knapp 17 Millionen. In der Bundesrepublik wirtschaften rund 285 000 Betriebe, im Nachbarland sind es etwa 1,4 Millionen. Laut BMEL-Länderbericht sind die Hälfte davon kleine Höfe mit weniger als fünf Hektar. Die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt rund 10,5 Hektar; nur etwa zwei Prozent nutzen mehr als 50 Hektar. Die Mehrheit



Die Zeit der Ochsenengespanne ist vorbei, aber nur wenige polnische Betriebe sind bereits marktfähig.

produziert vor allem für den Eigenbedarf. Etwa 700 000 Betriebe beliefern in größerem Umfang den Markt, darunter auch moderne Großbetriebe: Seit 2003 ist Polen Nettoexporteur. Innerhalb der EU hat das Land den siebtgrößten Anteil am Gesamtwert der Agrarproduktion und ist führend bei der Produktion von Äpfeln, Beeren und Champignons; den höchsten Produktionswert erzielt es mit Fleisch.

... auf dem zweiten im Umbruch

Aufgrund der geringen Rentabilität rechnen Experten damit, dass in den nächsten Jahren hunderttausende Kleinbetriebe aufgeben. Derzeit sind etwa zwölf Prozent aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Die polnische Regierung will deshalb möglichst viele Arbeitsplätze erhalten und mittelfristig mehr Betriebe mittlerer Größe schaffen.

Die Agrarinvestitionsförderung soll Betriebe bei ihrer Restrukturierung und Modernisierung unterstützen und dazu beitragen, deren Wirtschaftsergebnisse zu verbessern. Ein weiteres Ziel ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, denn die polnische Landwirtschaft produziert zunehmend für den internationalen Markt: Sie soll sich dort leichter zurechtfinden können und ihre Produktion differenzieren.

Modernisieren

So unterstützt Polen die „Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe“ in der Förderperiode 2014 bis 2020 mit rund 2,4 Milliarden Euro – erhalten können diese Zuschüsse Betriebe mit einer maximalen Größe von 300 Hektar und einem Wirtschaftsvolumen zwischen 10 000 und 200 000 Euro. Konkret werden sowohl der Bau und die Modernisierung von Stallgebäuden als auch die Anschaffung von Maschinen und Geräten sowie die Installation von technischer Infrastruktur unterstützt. Auch die Anlage von Gärten und Obstplantagen wird gefördert. Die Investitionen müssen dazu dienen, die Produktion zu rationalisieren, das Betriebsprofil zu ändern oder Innovationen einzuführen. Förderfähig sind sie auch dann, wenn sie zur Steigerung von Produktvielfalt, -wert oder -qualität beitragen. Wer seine Produktion von Ferkeln, Fleischrind oder Kuhmilch weiterentwickelt, kann ebenfalls gefördert werden. Das Vorhaben muss ein Mindestvolumen von 50 000 Złoty, umgerechnet etwa 11 500 Euro, haben und wird je nach Investition mit maximal etwa 46 000 bis 210 000 Euro bezuschusst.

An Umweltstandards anpassen

Die Agrarinvestitionsförderung nimmt auch Umweltaspekte in den Blick: So sollen das Wassermanagement verbessert sowie Einträge aus Düngung und von Pestiziden verringert werden. Förderanträge für Investitionen, die dem Umwelt- oder Klimaschutz dienen oder in Qualitätssysteme wie den Ökolandbau integriert sind, werden bei der Auswahl bevorzugt: Dies bezieht sich beispielsweise auf die Nutzungseffektivität von Wasser oder Energie, die Nutzung von erneuerbaren Energien oder die Verringerung von Ammoniak- und Treibhausgas-Emissionen. Eine besondere Unterstützung erhalten Betriebe, die die Schutzaufgaben in NATURA-2000-Gebieten erfüllen oder – das ist neu im Entwicklungsprogramm –, die sich den Anforderungen der für Nitratauswaschung anfälligen Regionen (OSN-Gebiete) anpassen müssen (s. Tabelle). Diese wurden 2012 erstmals eingeführt.

Staatlich und regional

Eine zentrale Ansprechpartnerin ist die Staatliche Agentur für Restrukturierung und Modernisierung in der Landwirtschaft. Sie fungiert sowohl als Bewilligungs- als auch als Zahlstelle. Die Investitionsförderung für die Ferkel-, Rindfleisch- und Kuhmilchproduktion setzt das Land um. Daneben gibt es regionale Verfahren: Die 16 polnischen Wojewodschaften verfügen über ein eigenes Budget. Betriebsleiter können eine Beratung in Anspruch nehmen, die beispielsweise durch landwirtschaftliche Beratungszentren und Kammern angeboten werden.

Katarzyna Laskowska
Rural Development Department
Ministry of Agriculture and Rural Development Poland
k.laskowska@minrol.gov.pl
www.minrol.gov.pl

Polnische Agrarinvestitionsförderung im ELER

	Insgesamt [Euro]
Programm zur Entwicklung Ländlicher Gebiete 2014 bis 2020	13,5 Mrd.
Agrarinvestitionsförderung	2,5 Mrd.
davon Modernisierung	2,4 Mrd.
davon für Betriebe in NATURA-2000-Gebieten	61,5 Mio.
davon für Betriebe in OSN-Gebieten	37,5 Mio.

Fördersätze:

Regulär 50 Prozent, für Junglandwirte und bei Sammelinvestitionen 60 Prozent

Quelle: Polnisches Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Bei LEADER tut sich was

Ein Großteil des Bundesgebiets ist mit ihnen übersät: In 321 LEADER-Regionen engagieren sich die Menschen in der aktuellen Förderperiode.

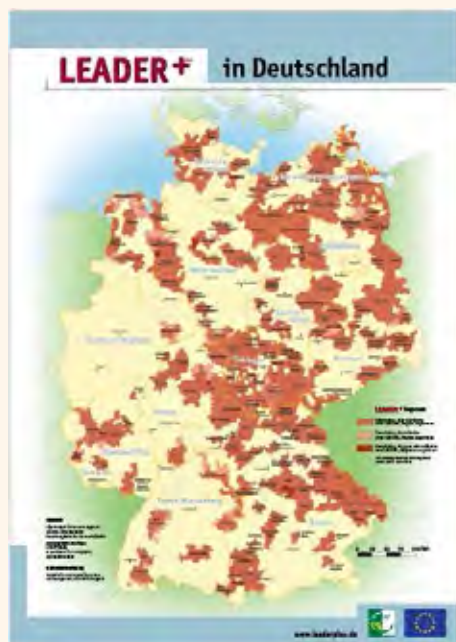
Um einen Überblick zu bieten, welche Gebiete LEADER umsetzen, hat die DVS eine Karte mit allen LEADER-Regionen erstellt. Wir bieten sie zum Download auf unserer Website www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leaderkarte an, außerdem kann sie als Poster im Format DIN A0 kostenlos bei uns bestellt werden. Auf der folgenden Doppelseite finden Sie die neue LEADER-Karte zum Heraustrennen.

Was ist LEADER eigentlich?

LEADER ist eine Abkürzung des französischen Ausdrucks „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“. Übersetzt bedeutet das „Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“ – gemeint ist ein methodischer Ansatz der Regionalentwicklung, der es Menschen vor Ort ermöglicht, regionale Prozesse mitzugestalten. Die Idee dahinter: Wenn sich die Bewohner einer Region selbst überlegen, was sie brauchen und es in Eigeninitiative umsetzen, werden sinnvolle, maßgeschneiderte Projekte realisiert. Vor Ort wird LEADER von den sogenannten Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) umgesetzt.

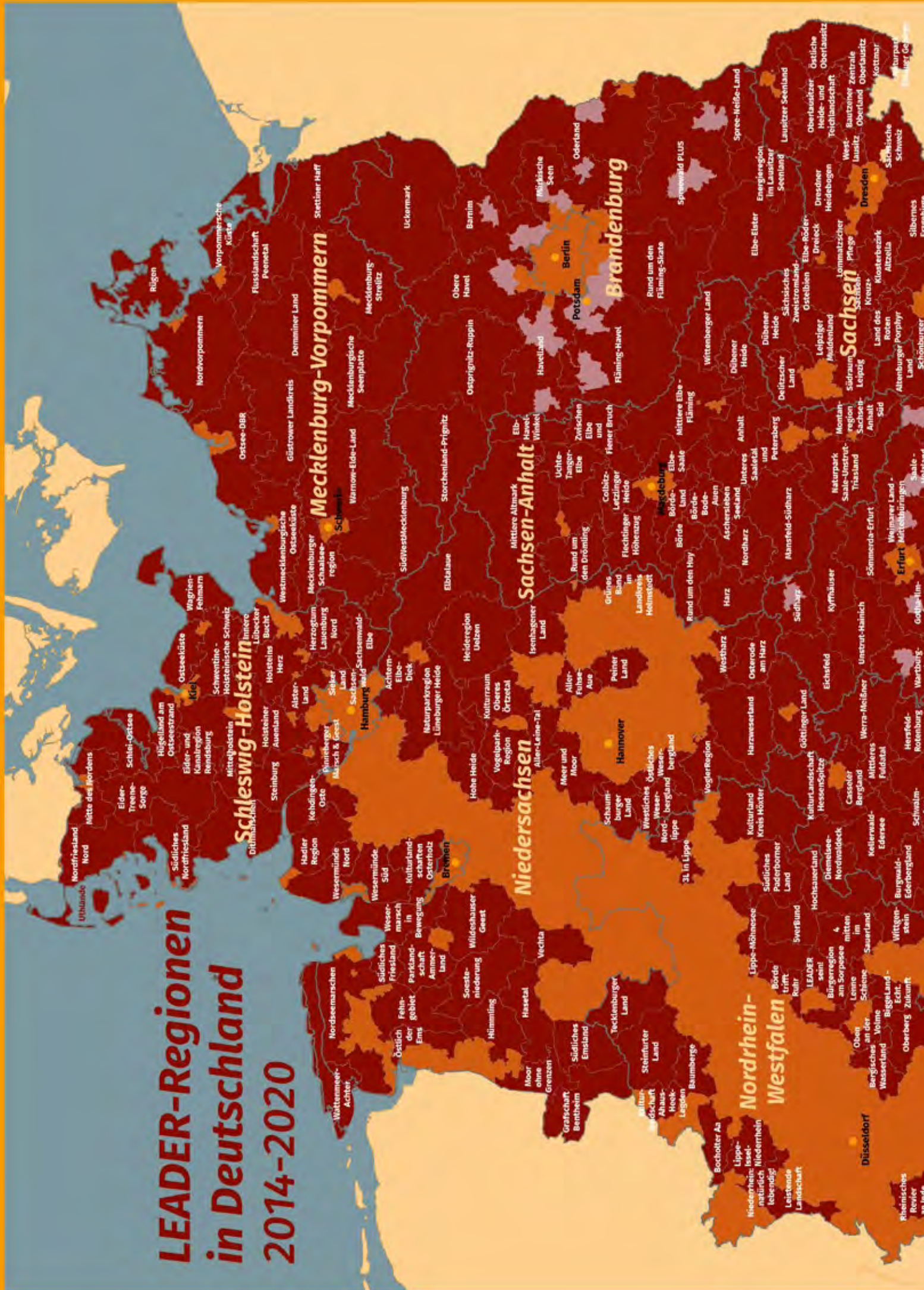
Eine LAG besteht aus Akteuren der Verwaltung und mindestens zur Hälfte aus Wirtschafts- und Sozialpartnern. Gemeinsam definieren sie die Region als LEADER-Handlungsfeld und erarbeiten dafür eine „Regionale Entwicklungsstrategie“. Die LEADER-Regionen werden durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert: Dabei werden die Kosten für die Organisation und Koordination des Prozesses unterstützt – beispielsweise in Form eines Regionalmanagements – sowie konkrete Projekte gefördert. Sie müssen dazu beitragen, die Ziele der Regionalen Entwicklungsstrategie umzusetzen. Außerdem legen die Bundesländer Kriterien fest, die LEADER-Projekte vor Ort erfüllen müssen, um eine Förderung zu erhalten. Wie jede Förderung durch den ELER werden die Zuschüsse in LEADER – je nach Bundesland – aus unterschiedlichen Quellen kofinanziert.

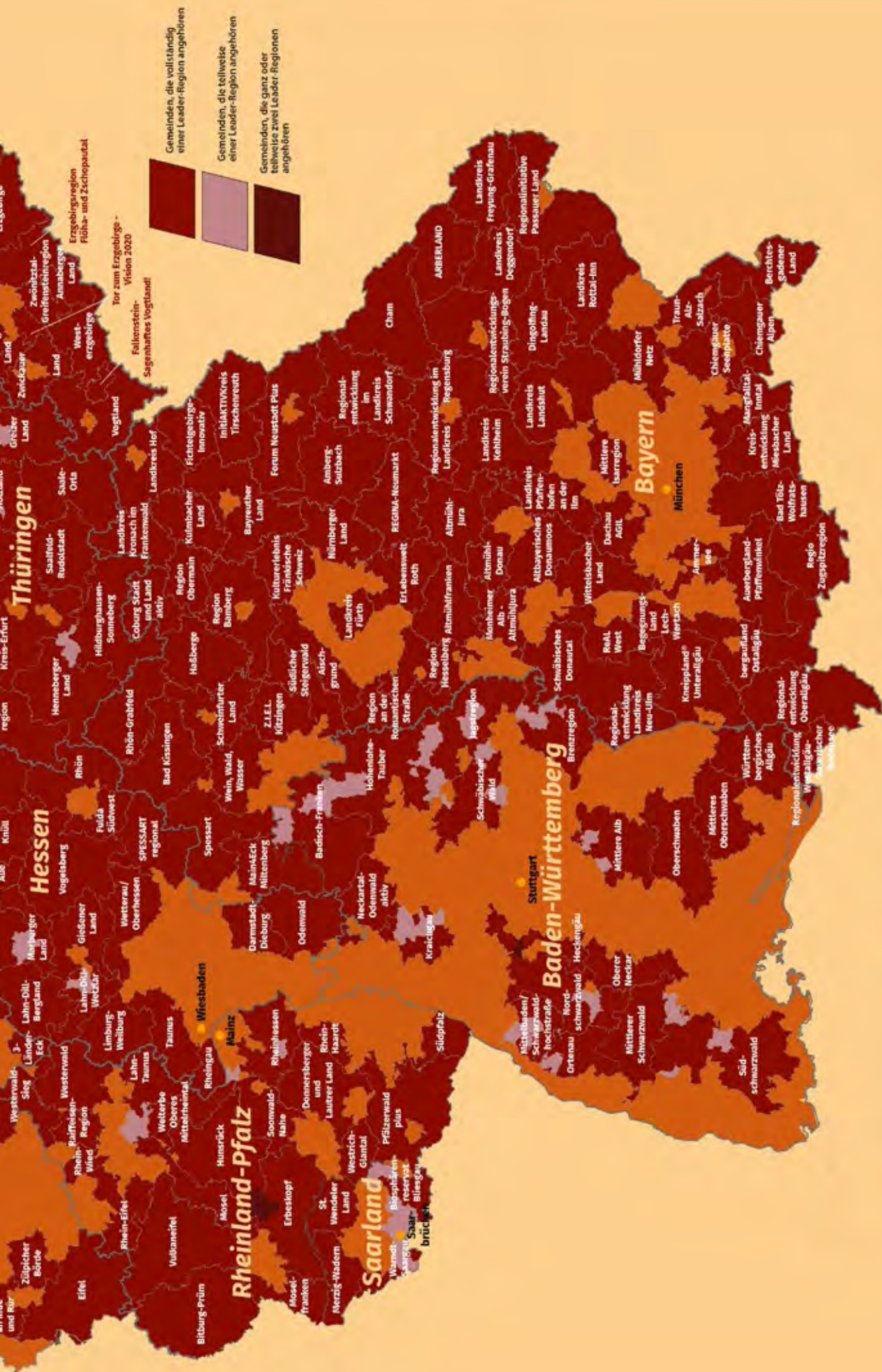
Informationen zu LEADER und zum ELER finden Sie auf unserer Website www.netzwerk-laendlicher-raum.de.



Es werden mehr: Aktuell gibt es 321 LEADER-Regionen, in der vergangenen Förderperiode 2007 bis 2013 waren bundesweit 244 LEADER-Regionen aktiv. Zu Zeiten von LEADER+ (vom Jahr 2000 bis 2006) engagierten sich Aktive in 148 Regionen.

**in Deutschland
2014-2020**





Die DVS – für ländliche Räume

Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS)
macht sich für die Entwicklung der ländlichen Regionen in Deutschland stark.

In jedem Land der Europäischen Union ist gemäß den Anforderungen der ELER-Verordnung ein Nationales Netzwerk für den ländlichen Raum (NLR) eingerichtet. Dieses Netzwerk umfasst Organisationen, Akteure und Verwaltungen, die im Bereich der ländlichen Entwicklung tätig sind. Die DVS bildet als Informations- und Vernetzungsstelle einen Knotenpunkt im deutschen NLR.

Viele Themen – ein Ziel: attraktive ländliche Räume

Der ELER gibt die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Arbeit vor. In diesem Rahmen beschäftigen wir uns vor allem mit folgenden Themenbereichen:

- // Förderpolitik zur Entwicklung des ländlichen Raums
- // nachhaltige Regionalentwicklung
- // demografischer Wandel, Daseinsvorsorge und Erhaltung der Lebensqualität in den ländlichen Räumen
- // Dorferneuerung
- // Interkommunale Kooperation
- // LEADER und transnationale Kooperation
- // Wertschöpfungsketten für regionale Erzeugnisse und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft
- // Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen in der Land- und Forstwirtschaft
- // Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sowie Klimaanpassung

Bottom-up wird großgeschrieben

Die DVS arbeitet akteursorientiert und begleitet deshalb neben LEADER auch die Umsetzung von EIP-Agri in Deutschland. Die Europäische Innovationspartnerschaft landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit (EIP-Agri) fördert Kooperationen und Austausch zwischen Landwirtschaft und Forschung. Ziel von EIP-Agri ist die Entwicklung technischer, organisatorischer oder sozialer Innovationen zugunsten einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft.

Das tut die DVS konkret

Wir stellen wichtige Themen zur Diskussion und bringen dafür relevante Akteure aus ländlichen Räumen zusammen. Außerdem schaffen wir Transparenz über die Fördermöglichkeiten des ELER. Dazu schauen wir auch in andere Länder und sind in ganz Europa vernetzt. Wir arbeiten in verschiedenen Gremien mit und initiieren die Zusammenarbeit verschiedener Akteure. Lokale Aktionsgruppen unterstützen wir bei der Arbeit und führen prozessbegleitend Veranstaltungen und Schulungen durch. Informationen zu den Themen der ländlichen Entwicklung und Projektbeispiele publizieren wir in unseren Medien, neben LandInForm auch in Sonderpublikationen, dem Newsletter landaktuell und auf unserer Website www.netzwerk-laendlicher-raum.de.

Foto: jala/photocase.com



KONTAKT:
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume (DVS)
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3722
dvs@ble.de



Die Niederlande haben Umwelttechnik und andere Innovationen im Blick.



Die Niederlande: Innovationen

Mit der Agrarinvestitionsförderung wollen die Niederlande von 2014 bis 2020 Innovationen in allen landwirtschaftlichen Bereichen anreizen: durch Wissenstransfer und innovative Techniken. Dabei sollen die Investitionen auch Entwicklungsimpulse für eine nachhaltige Landwirtschaft geben und zum Verbraucher-, Tier-, Umwelt- und Klimaschutz beitragen.

Landwirte haben sich spezialisiert

Import und Export landwirtschaftlicher Produkte ist ein wichtiger Wirtschaftsbereich der Niederlande. Insgesamt exportiert das Land mehr landwirtschaftliche Produkte als es einführt. Nach den USA gelten die Niederlande international als zweitwichtigster Exporteur im landwirtschaftlichen Bereich, das wichtigste Exportprodukt ist Schweinefleisch. Importiert werden hauptsächlich Getreide und Früchte. Dabei hat das Land nach Angaben des ENRD eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 1,9 Millionen Hektar – etwa 45 Prozent der gesamten Landesfläche. Dort wirtschafteten laut Eurostat 2013 etwa 67 000 landwirtschaftliche Betriebe, und zwar durchschnittlich auf einer Fläche von etwa 27,4 Hektar.

Die landwirtschaftlichen Betriebe in den Niederlanden sind stark spezialisiert und deshalb anders strukturiert als in Deutschland: Hierzulande bauen tierhaltende Betriebe ihr Futter oft selbst an, um Kosten zu sparen; in den Niederlanden kaufen sie meist einen großen Teil des Futters bei reinen Futterbau-Betrieben ein. Tierhaltung und Futterherstellung sind häufig betrieblich getrennt und Teil einer Produktionskette. Deshalb nimmt die Agrarinvestitionsförderung auch Handelsketten und Marktversagen in den Blick – ihr Fokus liegt aber auf dem Einzelbetrieb. Die niederländischen Landwirte haben bereits in der letzten Förderperiode innovative Ansätze entwickelt: mit Precision Farming, der Wassereinsparung in Gewächshäusern oder im Projekt „Dairy Man“, bei dem mit smarten Lösungen der CO₂-Ausstoß und die Kosten in der Milchviehwirtschaft gesenkt werden sollen.

Provinzen legen die Kriterien fest

Der Schwerpunkt der Agrarförderung in den Niederlanden hat sich seit der vergangenen Förderperiode leicht verschoben – von der Flächenoptimierung und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit hin zur Förderung von Innovationen, von Natur- und Landschaftsschutz, der Wasserregulation und -qualität sowie Verbraucher-, Klima- und Tierschutz. Es kann der Erwerb von Maschinen oder die Modernisierung bestehender Gebäude sein, aber auch eine Auf-

wendung für Berater oder eine Machbarkeitsstudie – gefördert werden Investitionen dann, wenn sie zur Entwicklung von Innovationen in mindestens einem von sieben Bereichen beitragen. Darunter wird die Verlagerung des bisherigen Fokus auf Rationalisierung hin zu einer Mehrwertstrategie mit neuen Marktkonzepten und Verdienstmöglichkeiten benannt, der Erhalt der Biodiversität und der Umweltqualität sowie ein besseres Management von Produktionsrisiken. In konkreten Förderaufrufen entscheiden die zwölf niederländischen Provinzen darüber, welche Maßnahme sie anbieten und können darin weitere Kriterien benennen, die regionalen Zielen dienen. Sie haben zudem die Möglichkeit, zusätzliche Kosten zu bezuschussen, wie den Kauf von Computersoftware, Aufwendungen für Patente oder eine nicht kompensationsfähige Umsatzsteuer. In jedem Fall werden 40 Prozent der förderfähigen Aufwendungen übernommen. In das Auswahlverfahren fließt zudem ein, ob ein Vorhaben mehrere Zielbereiche in den Blick nimmt, ob es zu politischen Zielen beiträgt und wie kosteneffizient es ist.

Viele Beteiligte

Die Agrarinvestitionsförderung gehört zur Maßnahme 4 des aktuellen „Plattelandontwikkelingsprogramma“ (POP3). Darin stehen von 2014 bis 2020 insgesamt rund 1,65 Milliarden Euro zur Verfügung, bis zu 800 Millionen Euro fließen in die Investitionsförderung. Das Wirtschaftsministerium, Gemeinden und sogenannte Waterboards – Regierungsstellen, die sich um Wasserstraßen, die Wasserregulierung und die Abwasserbehandlung kümmern – beteiligen sich an der Kofinanzierung. Daneben nutzen die Provinzen auch andere Strukturfonds oder das europäische Forschungsprogramm von Horizon 2020 als Finanzierungsinstrumente. In die Ausgestaltung und Umsetzung der Agrarinvestitionsförderung bringen sich viele externe Partner ein. So werden landwirtschaftliche Beratungen und Forschungseinrichtungen, wie die Wageningen Universität, eingebunden und die Waterboards sowie landwirtschaftliche Interessenvertretungen, wie der niederländische Bauernverband LTO und dessen Jugendorganisation, wirken aktiv mit.

C. W. (Kees) Anker
Regiebureau POP
National Rural Network in the Netherlands
c.anker@rb.agro.nl
www.regiebureau-pop.eu
www.netwerkplatteland.nl

1 Das Vieh steht in Österreich oft nur wenige Monate im Stall.

2 Maschinen für die Mahd steiler Hänge werden in Österreich bezuschusst.



Österreich: flächendeckende Bewirtschaftung aufrechterhalten

Im „Österreichischen Programm für ländliche Entwicklung 2014 bis 2020“ stehen pro Jahr 102 Millionen Euro für die Agrarinvestitionsförderung zur Verfügung. Hauptziel der Fördermaßnahme „Investitionen in die landwirtschaftliche Erzeugung“ ist, landwirtschaftliche Betriebe dabei zu unterstützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder zu steigern sowie umwelt- und ressourceneffizienter zu wirtschaften. Darüber hinaus sollen aber auch die Lebens- und Arbeitssituation auf den Betrieben verbessert, das Tierwohl erhöht und Hygiene- und Qualitätsbedingungen in der landwirtschaftlichen Produktion optimiert werden.

Benachteiligt und bergig

Etwa 2,9 Millionen Hektar, 34 Prozent der Gesamtfläche, werden in Österreich landwirtschaftlich genutzt. Ungefähr die Hälfte davon dient dem Ackerbau. Im Westen prägen die Alpen nicht nur das Landschaftsbild, sondern auch die Landwirtschaft: Es dominiert Grünland mit Milchvieh- und Rinderhaltung. Milch hat den höchsten Produktionswert, allerdings einen geringeren als in den Nachbarländern: Die Milchleistung der österreichischen Kuh lag 2011 mit rund 6 100 Kilogramm pro Jahr weit unter der einer dänischen Kuh, die jährlich etwa 8 400 Kilogramm Milch gab. Auch die Hektarerträge beim Weizen waren laut Branchenbericht von Bank Austria von 2005 bis 2011 um 30 Prozent niedriger als die in Deutschland. Tatsächlich werden rund 64 Prozent der Nutzfläche Österreichs als sogenanntes „benachteiligtes Gebiet“ mit schwierigen natürlichen Standortvoraussetzungen eingestuft, in Deutschland sind es 52, in Dänemark ein Prozent. Betriebe, die in diesen Regionen liegen, werden mit einer Ausgleichzulage durch den ELER besonders unterstützt.

Klein, familiär und bio

Die österreichische Landwirtschaft ist kleinstrukturiert. Laut Eurostat gab es im Jahr 2013 rund 140 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die durchschnittlich jeweils 19 Hektar Fläche bewirtschafteten. Auch die durchschnittlichen Viehbestände sind klein: beispielsweise etwa 29 Rinder pro Betrieb – in Deutschland

sind es 70. Die Mehrzahl – über 92 Prozent aller Höfe in Österreich – sind Einzelunternehmen und werden von Familien geführt, über die Hälfte im Nebenerwerb. Eine besondere Stellung nehmen die Biobetriebe ein: Sie stellen rund 17 Prozent der landwirtschaftlichen Unternehmen und bewirtschaften etwa 20 Prozent der Flächen. Nach Dänemark und der Schweiz ist der Marktanteil von Bioprodukten in Österreich der höchste in Europa.

Vielfältiges Förderspektrum

Mit einer breiten Palette an förderfähigen Maßnahmen begegnet Österreich der Vielfalt seiner Höfe: So können Betriebe Zuschüsse für bauliche und technische Investitionen sowohl in Stall- und Wirtschaftsgebäude – inklusive Geräten zur Innenmechanisierung – als auch für die Be- und Verarbeitung sowie Vermarktung von Produkten erhalten. Daneben werden Investitionen im Almbereich, der Erwerb von selbstfahrenden Bergbauern-Spezialmaschinen sowie der Bau von Silo-, Dünge-sammel- und Biomasseheizanlagen unterstützt. Für Investitionen in den Garten-, Obst- und Weinbau sowie die Bienenwirtschaft können Landwirte ebenso eine Förderung beantragen wie für gemeinschaftlich erworbene Geräte zur bodennahen Gülleausbringung, zu Pflanzenschutz- und Direktaussaat sowie Erntemaschinen. Übrigens wird auch gefördert, wer die Haltungsbedingungen der Rinder in bestehenden Anbindeställen verbessert: Dafür muss er gegebenenfalls bauliche Auflagen erfüllen und nachweisen, dass die Tiere Auslauf oder Weidegang bekommen. Beim Stallbau müssen generell bauliche Standards erreicht werden, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen. Hinsichtlich Verbraucher-, Umwelt oder Klimaschutz legen die österreichischen Bundesländer die Fördervoraussetzungen fest. Das Burgenland fordert zum Beispiel für bestimmte Betriebe Güllelagerkapazitäten von zehn Monaten sowie baulich installierte Abdeckungen für Gülle und Jauche und bindet die Viehhaltung an die Flächennutzung in Übereinstimmung mit dem „Aktionsplan Nitrat 2012“.

Mehr für Bio, Junglandwirte und Berggebiete

Bund und Länder teilen sich die nationale Kofinanzierung: 60 Prozent sind Bundes-, 40 Prozent Länder-Mittel. Die Förderung an sich bietet beispielsweise Oberösterreich als Investitionszuschuss, als zinsvergünstigten Kredit oder als Kombination aus beidem an.

Neue Investitionsförderung für landwirtschaftliche Betriebe:

Es war eine der Hauptaufgaben der österreichischen Agrarpolitik, die Konkurrenzfähigkeit der Landwirtinnen und Landwirte mit einem maßgeschneiderten Programm optimal zu unterstützen.

Ministerium für ein Lebenswertes Österreich, 2014



Frankreich: anders produzieren

Je nach Fördergegenstand werden Investitionszuschüsse zwischen 20 und 40 Prozent gewährt: Den Höchstsatz gibt es für bauliche und technische Investitionen auf Almen und für Investitionen, die die Umweltwirkung verbessern. Vorhaben für besonders tierfreundliche Ställe – dazu gibt es ein eigenes Merkblatt – erhalten 25 Prozent, für konventionelle Ställe sind es 20 Prozent. Zudem gibt es Zuschläge von fünf bis zehn Prozent: für Biobetriebe, Jungübernehmer und Bergbauernbetriebe. Projekte mit hohem Innovationsgehalt werden beim Auswahlverfahren bevorzugt.

Formalien

Die maximal förderfähigen Investitionsvolumen dürfen 400 000 Euro nicht überschreiten und sind damit höher als in der vergangenen Förderperiode. Zwischen 5 000 und 15 000 Euro müssen die Antragsteller mindestens investieren: Das können sowohl natürliche und juristische Personen als auch Betriebskooperationen sein. Förderfähig sind sie dann, wenn sie im Jahr der Förderung mindestens 0,3 betriebliche Arbeitskräfte stellen und mindestens drei Hektar Nutzfläche bewirtschaften. Einkünfte außerhalb der Landwirtschaft dürfen 90 750 Euro pro Jahr nicht überschreiten. Und es gibt eine sogenannte Behalterfrist von fünf Jahren: Der Investitionsgegenstand muss über diesen Zeitraum hinweg den Zielen der Förderung entsprechend genutzt und instand gehalten werden.

Manfred Watzinger
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft Österreich
manfred.watzinger@bmlfuw.gv.at
www.bmlfuw.gv.at

Die Agrarinvestitionsförderung soll in Frankreich dazu beitragen, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in allen landwirtschaftlichen Sektoren, aber insbesondere in der Tierhaltung, wiederherzustellen und zu verbessern. Sie zielt auch darauf ab, eine Transformation der Landwirtschaft in Richtung Agrarökologie und nachhaltiger Lebensmittelproduktion zu unterstützen. Das Grundprinzip soll dabei sein, das Nachhaltigkeitsdreieck Ökonomie, Ökologie und Soziales anzustreben. Neu ist: Regionale Besonderheiten können und sollen berücksichtigt werden.

Zukunftssorgen

Frankreich ist der größte Agrarproduzent in Europa: 2014 erwirtschaftete es 18 Prozent des Gesamtwertes europäischer Produkte, Deutschland rangierte mit etwa 13 Prozent auf Platz zwei. Die Grande Nation steht bei verschiedenen ackerbaulichen Erzeugnissen sowie bei Rind- und Geflügelfleisch an erster Stelle und ist nach Deutschland der zweitgrößte Milcherzeuger.

Statistisch unterscheidet sich die französische Landwirtschaft nicht wesentlich von der deutschen: Nach Angaben von Eurostat bewirtschaftete 2013 in beiden Ländern ein Betrieb durchschnittlich etwa 59 Hektar. Laut dem Länderbericht des BMEL 2014 werden französische Betriebe allerdings zu knapp 30 Prozent von mehreren Betriebsleitern geführt, in Deutschland sind es etwa neun Prozent, und sie beschäftigen mehr familienfremde Arbeitskräfte. Dabei gibt es in Frankreich einen allgemeinen Mindestlohn und eine staatlich regulierte 35-Stunden-Woche. Unser Nachbarland hatte 2013 rund 472 000 Betriebe – im Jahr 2010 waren es noch 516 100: Durch den Strukturwandel verschwinden jährlich etwa zwei Prozent der Höfe und mit ihnen Arbeitsplätze. Rund 30 Prozent der Landwirte beschreiben ihre Situation als schlecht und 66 Prozent schätzen ihre Zukunft pessimistisch ein. Zwischen 2002 und 2012 sind die Investitionen in landwirtschaftliche Gebäude um ein Viertel zurückgegangen. Bauernproteste aus Frankreich sorgen immer wieder für Schlagzeilen, beispielsweise als Ende Februar 2016 wütende Landwirte den Stand des Agrarministers auf der französischen Landwirtschaftsmesse demolierten.



Frankreich möchte mit seinem Programm die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft verbessern.

In dieser aufgeladenen Stimmung wirbt die Regierung auf ihrer Internetseite unter dem Schlagwort „Modernisation“ für ihren Fördersansatz, der Landwirten helfen soll: die Agrarinvestitionsförderung.

Ein Rahmen, 27 Regionen

Frankreich hat in der Förderperiode 2014 bis 2020 ein neues System eingeführt. Die Zentralregierung teilt sich nun die Programmverantwortung und Finanzhoheit im ELER mit 27 Regionalverwaltungen. Die Agrarinvestitionsförderung wird durch Regionalprogramme umgesetzt. Den Rahmen dafür setzt der nationale „Plan für Wettbewerbsfähigkeit und Anpassung der landwirtschaftlichen Betriebe“ – und zwar aus allen Bereichen. Er benennt vier Prioritäten: An erster Stelle steht die Modernisierung der Tierhaltung, insbesondere durch Investitionen in Gebäude, aber auch, indem Arbeitsbedingungen verbessert und Tierhalter darin gestärkt werden, ihr Futter autonom zu produzieren. Neu ist dabei, dass auch Geflügel- und Schweinehalter förderfähig sind. Im Pflanzenbau soll eine möglichst umweltschonende, ressourceneffiziente und zugleich ökonomische Bewirtschaftung gefunden werden. Konkret geht es um Investitionen in den Obstbau und in Gewächshäuser, aber auch darum, dem Verschwinden von Nischen wie dem Hanf-, Flachs- oder Reisanbau entgegenzuwirken. Eine weitere Priorität liegt im Bereich Energie: Der Verbrauch soll gesenkt, die Effizienz erhöht und erneuerbare Energien inklusive Biogas stärker genutzt werden. Eine Querschnittspriorität ist es, Modellprojekte zu fördern, die agrarökologische Ansätze erproben. Dazu werden Kooperationen von Landwirten und Ökologie-Experten unterstützt.

Regionaler Gestaltungsspielraum

Der Plan gibt Leitlinien vor. So soll eine nachhaltige Tierhaltung erzielt werden, indem Gebäude so beschaffen sind, dass ihr negativer Umwelteinfluss reduziert, die Sicherheit des Personals sowie das Tierwohl erhöht und die Wirtschaftsfähigkeit gestärkt wird. Dazu gibt es im Plan praktische Vorschläge wie Abwasser-Managementsysteme, Kommunikation und Gülleabdeckungen. Die Regionalverwaltungen können die Förderung entsprechend den regionalen Bedürfnissen und Besonderheiten konkretisieren. Vorgaben für Investitionen aus drei bestehenden nationalen Plänen, dem zur Modernisierung von Ställen, zum umweltverträglichen Gemüseanbau und zur Energienutzung, wurden außer Kraft gesetzt.

Frankreich plant von 2014 bis 2020 pro Jahr etwa 200 Millionen Euro aus dem ELER für sein Modernisierungsprogramm ein. An der Kofinanzierung der EU-Mittel beteiligen sich der Staat, die Regionen und andere Geldgeber, beispielsweise die staatlichen Wasseragenturen. Zusätzlich stehen jährlich 56 Millionen Euro an Krediten zur Verfügung. Die jeweiligen Fördersummen und -sätze, die konkreten Fördervoraussetzungen, beispielsweise Auflagen hinsichtlich Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutz, oder auch die förderfähigen Investitionsvolumen beschließen die Regionen. Sie werden nicht zwangsläufig in den Regionalprogrammen zur ländlichen Entwicklung festgelegt, sondern in konkreten Aufrufen.

Brice Besson
Coordination-Office for rural development
Ministry of Agriculture, Agrifood and Forestry
brice.besson@agriculture.gouv.fr
www.agriculture.gouv.fr/modernisation

„Frankreich weist in seinem Partnerschaftsvertrag darauf hin, dass die Agrarinvestitionsförderung eine Garantie für Wettbewerbsfähigkeit war. Dementsprechend wurde auf nationaler Ebene ein Plan für Wettbewerbsfähigkeit und Anpassung beschlossen. Die regionalen Verwaltungsbehörden haben die Wahl, wie sie ihn umsetzen.“

Brice Besson,
Ministerium für
Landwirtschaft,
Lebensmittel und
Forsten Frankreich

Umweltverträgliche Ställe?

Das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) schreibt vor, dass für eine Förderung mindestens einer der Aspekte Verbraucher-, Klima- oder Umweltschutz beachtet werden muss. Wie wirksam ist diese Vorgabe?



Ulrich Jasper ist Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V. Ihr Ziel ist es, dass möglichst viele Bauern eigenbestimmt und unabhängig wirtschaften können.

Herr Jasper, die Auflagen lesen sich vielversprechend. Hält die Realität, was AFP verspricht?

AFP lässt potenziell eine sehr strenge Auslegung zu, fordert sie aber nicht ein. Wenn auf dem Dach eine Solaranlage installiert ist, gilt die Umweltvorgabe schon als erfüllt. AFP hat bis heute das Ziel, die Rationalisierung voranzutreiben. Man hat Stroh als Kostenfaktor wegrationalisiert und Fördermittel dafür eingesetzt, dass Landwirte ihre Ställe auf Güllebasis bauen, weil das arbeitssparend ist. Zudem hat sich die Tierhaltung regional konzentriert, was in den Hotspot-Regionen zu Umweltproblemen wie steigenden Nitratgehalten im Grundwasser führt. Die Förderung hat auch insbesondere zum Wachstum der Schweinebestände beigetragen. Wir überschreiten nicht nur lokal, sondern bundesweit die von der EU gesetzten Grenzen. Beim Ammoniak muss Deutschland die Emissionen um ein Fünftel, also 120 000 Tonnen pro Jahr reduzieren.

Wie müsste die Tierhaltung denn aussehen?

Zu Milchviehställen muss die Weide gehören. Schweineställe müssen eine Haltung mit ungekürztem Ringelschwanz ermöglichen. Dazu sind verschiedene Klimazonen, ein Außenklimabereich und eine planbefestigte Fläche mit Einstreu erforderlich. Etwas platt gesagt: AFP war 40 Jahre lang dafür da, Stroh aus den Ställen zu verbannen – jetzt gilt es, wieder Einstreusysteme durchzusetzen.

Aber ist das auch umweltschonender?

Schließlich hätte man wieder Mist statt Gülle.

Mist hält Nährstoffe fester als Gülle, düngt stärker über den Boden und trägt zum Humusaufbau bei. Das ist auch positiv für den Klimaschutz.

Mist ist arbeits- und energieintensiver. Ist das nicht eine Kehrtwende?

Nein, es ist eine Weiterentwicklung: Es wird technische Entmistungssysteme geben – nicht die Mistgabel zurückkehren. Ob die neuen Systeme unterm Strich in der Aus-

bringung energieaufwändiger sind als Gülle, muss man beobachten. Aber man braucht keine Güllekeller und aufwändige Lüftungstechnik mehr. Schweinehalter berichten, dass sie Außenklimaställe mit deutlich weniger Energie fahren als Hightech-Ställe mit Güllesystemen. Die Umwelt spielt bei Stallsystemen nicht die Hauptrolle, aber man kann den Aspekt mit entwickeln.

Geht mehr Umweltschutz nur mit mehr Tierwohl?

Wir brauchen Instrumente dafür, eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung aufzubauen. Das betrifft sowohl die Haltungsform als auch die Umwelt. Insbesondere die Luftreinhaltung macht deutlich, dass die Förderpolitik auf das Ordnungsrecht nicht ausreichend reagiert: Ist es klug, Wachstum in der Tierhaltung zu fördern, wenn wir die Grenzwerte schon überschreiten? Diese Frage müssen wir uns ideologiefrei stellen. Dabei füllt das Bundeslandwirtschaftsministerium seine wichtige Rolle als übergeordnete Instanz bisher nicht genügend aus. Eigentlich muss man das heutige AFP sofort stoppen: Eine Förderung in Systeme, die den Herausforderungen der Gegenwart nicht gerecht werden, ist herausgeschmissenes Geld und verleitet Betriebe zu Fehlinvestitionen.

Müssen die Bauern die Tierhaltung der Zukunft selbst vorantreiben?

Es gibt in der Schweinehaltung noch nicht hunderte, aber dennoch zig Betriebe, die neue Stallsysteme ausprobieren, ohne und mit Förderung. Und einzelne Länder haben heute schon konsequentere Kriterien festgelegt. Das sind Vorarbeiten, die wir nutzen sollten. Bevor einfach weitergefördert wird, muss die Politik die Anforderungen an Tier- und Umweltschutz definieren, denen Ställe in fünf bis zehn Jahren mindestens gerecht werden müssen. Das wäre verantwortungsvoll gegenüber Betrieben und Steuerzahlern.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Anja Rath.

”

Eigentlich muss man das heutige AFP sofort stoppen“



„Wettbewerbsfähigkeit mit Tierwohl verknüpfen“

Ein Statement von Alfons Balmann

Prof. Alfons Balmann ist seit 2002 Direktor am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) und leitet die Abteilung Strukturwandel. www.iamo.de

In seinem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ vom März 2015 hat der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) eine Reihe von Leitlinien formuliert. Neben dem Angebot an ausreichend Platz umfassen sie den Zugang zu verschiedenen Klimazonen, das Angebot unterschiedlicher Funktionsbereiche sowie von Reizen zur artgemäßen Beschäftigung. Für die Umsetzung der Leitlinien entstünden Kosten von jährlich drei bis fünf Milliarden Euro. Besonders hoch werden sie im Bereich der Schweine- und Rindermast erwartet; weniger bei der Milchviehhaltung. Allerdings finden sich gerade in der Milchviehwirtschaft regional erhebliche agrarstrukturelle Defizite, beispielsweise die in Süddeutschland immer noch weit verbreitete Anbindehaltung.

Herausforderung Tierwohl

Die Umsetzung der Leitlinien muss als Transformationsprozess verstanden werden, der die Tierhaltung in Deutschland vor Herausforderungen stellt. Von der Größenordnung wäre er vergleichbar mit der Transformation der ostdeutschen Landwirtschaft nach dem Zusammenbruch der DDR. Würde die Landwirtschaft bei diesem Anpassungsprozess keine Kompensationsmaßnahmen erfahren, dürften Verschärfungen der gesetzlichen Vorgaben zu einer erheblichen Abwanderung der Produktion ins Ausland führen. Damit wäre dem Tierschutz nicht gedient.

Allein aufgrund des zu erwartenden Kostenbedarfs kann die Agrarinvestitionsförderung (AFP) die vom Beirat genannten Herausforderungen hinsichtlich des Tierschutzes nicht bewältigen. Auch kann sie keine Folgekosten decken, die etwa aus einem höheren Futter- oder Betreuungsaufwand resultieren. Zur Kompensation der Anpassungskosten ist eine stärkere Beteiligung der Verbraucher unvermeidbar, beispielsweise durch Maßnahmen wie die Brancheninitiative Tierwohl und Tierwohllabels.

AFP als Impulsgeber

Allerdings kann AFP die Anpassungsprozesse in Richtung eines besseren Tierschutzes durchaus unterstützen. Das gilt zum einen für Modernisierungen. Zudem könnten Neuinvestitionen dazu beitragen, strukturelle Defizite zu mildern und die Tierhaltung räumlich zu entzerren. Damit die Agrarinvestitionsförderung diese Unterstützung leisten kann, müssen sich jedoch die Anforderungen ändern. Wichtige Teilziele von AFP sollten sein, eine große Breitenwirkung ambitionierter Vorhaben zu erzielen, Innovationen mit ambitionierten Tierschutzziele zu fördern, sich an längerfristigen agrarstrukturellen Entwicklungen zu orientieren sowie Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Daraus leiten sich einige Anforderungen an die Ausgestaltung der Förderprogramme ab.

Ambitioniertere Vorgaben setzen

Erstens: Die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit hat Priorität. Das gilt zum einen mit Blick auf künftig weiter steigende Tierschutzanforderungen. Zum anderen findet bereits heute ein Großteil der Produktion in Betrieben mit einer weit überdurchschnittlichen Größe statt: Rund 42 Prozent der Schweine in Deutschland stehen in Beständen mit über 2000 Tieren; in den neuen Bundesländern leben etwa 75 Prozent in Beständen mit über 5000 Tieren. Für eine Breitenwirkung ist es unabdingbar, dass diese Betriebe mit AFP erreicht werden. Prosperitätsschwellen machen dabei wenig Sinn; eine Kompensation oberhalb der Mehrkosten sollte jedoch vermieden werden.

Zweitens: Innovationen sollten besonders unterstützt werden, beispielsweise gemeinsame experimentelle Neuentwicklungen in Richtung eines deutlich verbesserten Tierschutzes mit Akteuren der vor- und nachgelagerten Wirtschaft. Drittens sollten nur jene Verbesserungen des Tierwohls gefördert werden, die deutlich über derzeitige Mindeststandards hinausgehen. Die vom Wissenschaftlichen Beirat vorgeschlagenen Leitlinien bieten hierfür eine Orientierung. Eine weitere Basisförderung von Neubauten und Modernisierungen, die kaum über gängige Standards hinausgeht, ist dagegen kontraproduktiv.

„Dem Tierwohl ist mit der jetzigen Förderung nicht gedient“

Ein Statement von Mathias Dralle



Mathias Dralle ist Prokurist und leitet bei der Niedersächsischen Landgesellschaft den Geschäftsbereich Grundstücksmanagement und Agrarstruktur. www.nlg.de

Das heutige Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) ist, wie seine Vorläufer, zielorientiert. Die Programme haben über gesellschafts- und agrarpolitisch vorgegebene Förderkriterien zu jeder Zeit Betriebsentwicklungen selektiv beeinflusst. Für die wirtschaftliche Tragbarkeit der allermeisten Vorhaben ist Förderung unabdingbar. Sie muss höher ausfallen, wenn die Kriterien über die gesetzlichen Standards hinausgehen. Für die Akzeptanz muss aber der Nutzen für Mensch, Tier und Umwelt nachvollziehbar und letztlich auch ökonomisch nachhaltig sein. Gute fachliche Beratung, eine qualifizierte Planung und die Förderbetreuung sind dafür unverzichtbar.

Tierschutz und Tierwohl keine neuen Herausforderungen

Die Landgesellschaften betreuen fachkundig die Umsetzung von AFP. Für sie ist der Bau artgerechter Ställe eine Selbstverständlichkeit. Unter dem Begriff „Kuhkomfort“ setzen sie sich seit 20 Jahren für besonders artgerechte Haltungsformen im Milchviehbereich ein. Anregungen davon sind in die „Baulichen Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung“ an AFP-geförderte Vorhaben eingeflossen. Während sie im Milchviehbereich bei nahezu allen von den Landgesellschaften betreuten Stallbauvorhaben erfüllt wurden, war die Akzeptanz in der Schweinehaltung sehr verhalten. Aus Sicht der breiten Praxis waren die Anforderungen zu hoch und es zeigten sich trotz Zusatzförderung schnell Probleme mit der Wirtschaftlichkeit.

Ambivalente Erfahrungen aus der neuen Förderperiode

Für eine Premiumförderung sind Voraussetzungen zu erfüllen, die deutlich über dem Niveau der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung liegen. Milchviehhalter nehmen sie insbesondere in Grünlandregionen mit Weidehaltung in Anspruch. Eingeschränkt akzeptiert

sind die geforderten Dimensionen des Laufhofes, in Althofsanierungen sind sie kaum realisierbar. In der Schweinehaltung kommt die Premiumförderung nur in Ausnahmefällen zum Tragen: Um die Anforderungen zu realisieren, fehlen teilweise noch die Techniken oder die technischen Voraussetzungen. Zudem hat man sich offensichtlich zu wenig mit deren baulichen Auswirkungen befasst. Kritisch äußern sich die Praktiker darüber, dass Anforderungen der Premiumförderung ausschließlich das vermeintliche Tierwohl in den Vordergrund stellen. Dabei werden Aspekte des Umwelt- und Emissionsschutzes vernachlässigt wie Zusammenhänge zwischen Tiefstreu und Abluft oder zwischen Auslauf und Bodenversiegelung. Der Mehrwert für das Tierwohl durch die pauschale Erhöhung der Mindeststallfläche je Tier über die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung hinaus ist zweifelhaft – und auch nicht belegt.

Weniger Investitionen, weniger Tierwohl

Die AFP-Vorgaben wurden erhöht, gleichzeitig haben zwei Bundesländer die Premiumförderung auf den Basissatz gesenkt und teilweise gibt es derzeit Wartezeiten durch reduzierte Mittelvolumen. All dies führt dazu, dass Stallinvestitionen nicht oder nur verzögert durchgeführt werden. Über die Zahl kann spekuliert werden. Der Ausschluss von Betrieben mit einem Tierbesatz von mehr als zwei Großvieheinheiten je Hektar (2 GV/ha entsprechen dem maximalen Tierbesatz im Ökolandbau, Anm. d. Red.) oder die Begrenzung auf bestimmte Tierbestandsobergrenzen entzieht der Förderung die Lenkungsmöglichkeit bei einer Vielzahl der baulichen Investitionen. Dem Tierwohl insgesamt ist damit wenig gedient.

Förderung setzt Impulse

Dabei ist in der Landwirtschaft die Bereitschaft zur Weiterentwicklung der Haltungsformen zu verspüren, wie die Vereinbarung der Geflügelwirtschaft zum Verzicht auf das Kürzen von Schnäbeln zeigt. Da der Markt eine Produktion mit höheren Standards derzeit nur in wenigen Ausnahmen honoriert, kommt der Förderung eine hohe Bedeutung zu: Sie unterstützt die Entscheidung zur freiwilligen Umstellung auf höhere Standards erheblich und bringt die erforderliche ökonomische Nachhaltigkeit.

Erdweg – eine „essbare Gemeinde“

Gemüse und Obst für jedermann, gesund und kostenlos und direkt vor der Haustür zum Selberernten. Was nach Schlaraffenland klingt, wird an manchen Orten im Kleinen bereits praktiziert – so etwa in der oberbayerischen Gemeinde Erdweg. [VON LAURENCE WAUTERS UND KATRIN HORVAT]

Die Idee, Gemüse und Obst auf öffentlichen Flächen anzubauen, um die Bevölkerung vor Ort mit Nahrungsmitteln zu versorgen, hat ihren Ursprung in den Städten des 19. Jahrhunderts. Sie entstand aus einer puren Notwendigkeit heraus: Da die Transportwege schlecht waren und Möglichkeiten fehlten, die Lebensmittel haltbar zu machen, konnten sie nicht aus entfernteren Regionen, sondern nur aus der unmittelbaren Umgebung herbeigeschafft werden. Heute rückt das „Urban Gardening“ wieder vermehrt ins öffentliche Interesse. Nun, in Zeiten, in denen alle Lebensmittel zu jeder Jahreszeit in scheinbar unbegrenzten Mengen zur Verfügung stehen, geht es bei der lokalen Selbstversorgung darum, durch den Konsum vor Ort Ressourcen einzusparen, gesund zu leben und einen neuen Bezug zu Lebensmitteln zu gewinnen. Zahlreiche solcher Projekte sind in den vergangenen Jahren entstanden, unter anderem eine Initiative in Andernach, wo die Stadt ihre Grünflächen in Obst- und Gemüsegärten für die Bevölkerung umgewandelt hat, oder „Incredible Edible“, das seit 2008 in England erfolgreich ist. Sie gaben den Impuls für das Projekt „Essbare Gemeinde“, das ein gemeinschaftliches Gärtnern und Ernten ermöglicht – und das für jeden, der Lust, Zeit und Freude daran hat.

Eine städtische Initiative im ländlichen Raum

Die etwa 6000 Einwohner zählende Gemeinde Erdweg in der Nähe von München liegt im hügeligen Dachauer Hinterland. Die 19 Dörfer und Weiler, die zur Gemeinde gehören, sind teils noch ländlich geprägt, die Nähe zur Großstadt, die nur 30 Kilometer entfernt ist, lässt sich jedoch nicht leugnen. Alteingesessene leben hier zusammen mit „Zugroastern“ – wie es der Einheimische zu sagen pflegt. Laurence Wauters ist mit ihrer Familie vor einigen Jahren nach Eisenhofen, eines der ältesten Dörfer der Gemeinde, gezogen. Ihr privates Interesse an einer nachhaltigen Lebensweise hat sie aufhorchen lassen, als sie von den Initiativen in Andernach und England erfuhr. Sie setzte sich vor mehr als zwei Jahren zum Ziel, auch in der Gemeinde Erdweg diese Idee umzusetzen.

Von der Idee zur Tat

Zunächst veröffentlichte sie einen Aufruf im Gemeindeblatt und stellte die Idee „Essbare Gemeinde Erdweg“ vor: Brachliegende öffentliche wie private Flächen sollen mithilfe einer Gemeinschaft Gleichgesinnter zu Gemüse- und Obstanbauflächen umgenutzt werden. Jeder, der Interesse hat, kann sich einbringen, die Ernte soll allen Bürgern kostenlos zur Verfügung stehen. Nach diesem Aufruf meldeten sich die ersten Interessierten und mit der Zeit fanden sich etwa 30 Gleichgesinnte zusammen. Um geeignete Flächen für das Projekt zu gewinnen, fragte die Initiative bei der Gemeinde an. Diese stellte bereitwillig eine Pachtfläche in einem Kräutergarten und eine Grünfläche, die ursprünglich als Kinderspielplatz geplant, aber nie angelegt wurde, zur Verfügung. Ein Bauer war zudem damit einverstanden, Obstbäume am Rand seiner Kuhweide zu pflanzen. Das Projekt konnte starten.

Vorhandenes nutzen

Auf der Pachtfläche pöppelten die Projektteilnehmer zunächst die Erdbeersträucher, die schon vorhanden waren, auf und pflanzten Beerensträucher sowie verschiedene Gemüsesorten, die sie als Samen- oder Pflanzenspenden zusammengetragen hatten. Da diese Fläche etwas abseits liegt und keine intensive Pflege möglich ist, wurden hier pflegeleichte Pflanzen und Kräuter bevorzugt. Auf der Grünfläche, die mitten in einem Wohngebiet liegt, bauten mehrere ansässige Familien Hochbeete aus Europaletten, bepflanzten und pflegten sie. Beerensträucher, die nach einem Grundstücksverkauf übriggeblieben waren, wurden als Begrenzung gepflanzt. Einen Teil der Fläche ließen die Gärtner bewusst für Wildblumen frei, um Bienen und anderen Insekten ein Habitat zu bieten. Geplant ist für die kommende Saison ein Kräuterbeet. Auf der Kuhweide stehen nun drei Obstbäume, die Privatpersonen gespendet hatten.

Die Gemeinschaft steht im Mittelpunkt

Die „Essbare Gemeinde Erdweg“ konnte schon in der ersten Saison Anbau- und Ernteerfolge verzeichnen.



- 1 Gemeinsam planen, gärtnern und ernten: Teilnehmer des Projekts „Essbare Gemeinde Erdweg“ bearbeiten eine Brache für Gemüse- und Obstanbau.
- 2 Vorhandenes verwerten: Aus gespendeten Europaletten wurden die Hochbeete gebaut.
- 3 Von der Brache zur öffentlichen Nutzfläche: Dank bürgerschaftlichen Engagements wachsen auf einem lange nicht genutzten Pachtgrundstück wieder Gemüse und Obst.

Doch nicht allein die Ernte steht im Mittelpunkt der Initiative, vielmehr geht es auch um den gemeinschaftlichen Austausch und darum, gemeinsam etwas zu erreichen. Die Teilnehmer bringen unterschiedliche Motivationen und Hintergründe mit, manche verfügen über ein fundiertes Wissen und reichlich Erfahrung im Obst- und Gemüseanbau, andere haben zuvor noch nie im Garten gearbeitet. Da das Projekt allein durch Spenden finanziert wird und nur durch bürgerschaftliches Engagement am Leben erhalten werden kann, ist eine genaue Planung besonders wichtig. Im regelmäßigen Austausch miteinander wird über die am besten geeigneten Anbausorten und die möglichen Pflegemaßnahmen je nach Standort beraten, um mit realistischem Aufwand Erfolge zu erzielen. Da jede Fläche anders beschaffen ist, braucht es jeweils ein eigenes Konzept: Welche Pflanzen sind für den Standort geeignet? Wie intensiv kann die Pflege vor Ort durch Freiwillige durchgeführt werden? Wo ist ein regelmäßiges Gießen möglich und wer kann dies zuverlässig übernehmen? Wo gibt es zu viele Schnecken, sodass sich der Anbau bestimmter Pflanzen nicht lohnt? Die Erfahrungen der Teilnehmer bilden hierfür eine gute Basis, um Strategien zu entwickeln. Darüber hinaus wird experimentiert und ausprobiert.

Auch die nachwachsende Generation profitiert vom Projekt: Einige Kinder haben sich beim Aufbau der Hochbeete und Bepflanzen der Flächen beteiligt und das Gedeihen der Pflanzen interessiert verfolgt. Sie nahmen die Tomaten für das Mittagessen im Fahrradhelm mit nach Hause und kosteten frische Erbsen. Es wurde schnell deutlich, dass die Kinder ein anderes Verhältnis zu Gemüse und Obst als zu

den abgepackten Waren aus dem Supermarkt entwickeln: Die Wertschätzung gegenüber dem, was selbst gepflanzt und geerntet wird, ist deutlich höher.

Pläne für die Zukunft

Um das Projekt noch besser in der Gemeinde zu verankern und noch mehr Menschen dafür zu gewinnen, soll es im nächsten Schritt von den Randbereichen stärker ins Zentrum gerückt werden. Geplant ist ein Hochbeet vor dem Wirtshaus im Hauptort Erdweg, in dem Kräuter für die Wirtshausküche angebaut werden sollen. Eine weitere Schnittstelle hat sich bereits mit dem Helferkreis Asyl im Ort ergeben. Zusammen mit in Erdweg lebenden Asylbewerbern haben die „Essbare Gemeinde“ und Ehrenamtliche des Helferkreises Hochbeete vor der Flüchtlingsunterkunft aufgebaut, in denen die Geflüchteten ihr eigenes Gemüse anbauen und pflegen. Weitere Beete neben der Unterkunft sind in Planung. ■



KONTAKT:
 Laurence Wauters
 Essbare Gemeinde Erdweg
 Telefon: 0176 63718134
 essbareserdweg@t-online.de
 www.essbare-gemeinde.de



Kulturprojekte als Anker

Halten Kulturprojekte junge Menschen im ländlichen Raum? Nein, zeigt die Erfahrung des Kulturvereins schwarzwurzel im thüringischen Steinach. Sie können aber ein Anker in der Heimat sein und deshalb Anknüpfungspunkte für Rückkehrer bieten.

[VON TOBIAS KURTZ]

Im Sommer 2015 präsentierte das Volkstheater schwarzwurzel das Theaterstück „Schlummerland ist abgebrannt“. Es handelt vom Vorabend des Zweiten Weltkriegs.

Die Ruine des alten Güterschuppens am Bahnhof war von den Steinachern lange als Schandfleck empfunden worden: Sie vermittelte Besuchern bei ihrer Ankunft keinen positiven Eindruck der Stadt. Der Abriss des leeren Güterschuppens war daher seit langer Zeit beschlossene Sache. Als die Ruine an zwei Abenden zur Theaterbühne wurde, erkannten die Bürger den besonderen Charme dieses Bauwerks und diskutierten über die Umnutzung alter Gebäude.

Die Kunst als Wegbereiter für die Auseinandersetzung mit Raum und Heimat – der Verein schwarzwurzel hat in den vergangenen Jahren in Steinach viele solcher Projekte umgesetzt. Die ehemalige „Welthauptstadt der Schiefergriffelproduktion“ befindet sich in einem radikalen

Wandel, denn fast alle historischen Industriezweige sind verschwunden und die Bevölkerung ist seit 1990 um fast 30 Prozent auf 4 000 Einwohner geschrumpft.

Auch die Architektin Karolin Leipold hatte Steinach verlassen. Als sie 2010 nach einer Möglichkeit freien künstlerischen Arbeitens suchte, kam ihr die Idee, sich mit ihrem eigenen Heimatort neu zu befassen. Gemeinsam mit einem Kollegen entwickelte sie das Projekt schwarzwurzel: Künstler und Architekten aus Steinach und anderen Regionen beschäftigten sich zusammen mit Einheimischen mit der Geschichte und den vielfältigen Wahrnehmungsbildern der Stadt. Gefördert von der Thüringischen Kulturstiftung und dem Fonds Soziokultur erfragten sie in der ersten

Projektphase typische Merkmale der Stadt, Geschichten und Sagen und bereiteten sie auf. Im Rahmen des Projekts brachten sie Graffitis auf Schieferhäusern auf, fertigten Schmuck aus Schiefer, präsentierten Zeichnungen, Fotos, Videos, Texte und Installationen in einer leer stehenden Fabrik sowie in einem Buch. Da die Resonanz des Publikums alle Erwartungen übertraf, entschieden sich einige der Organisatoren und Teilnehmer, das Projekt fortzusetzen.

Herausforderungen des ländlichen Raums auf der Theaterbühne

Im Jahr 2011 wurde das Volkstheater schwarzwurzel gegründet, um die in der ersten Projektphase gesammelten Geschichten der Stadt auf die Bühne zu bringen. Dazu wurden

Laienschauspieler zwischen acht und 68 Jahren standen 2015 auf der Bühne des Volkstheaters. Die Theatergruppe produzierte die Texte, Kostüme und das Bühnenbild des Stückes selbst.



Menschen aus Steinach und Umgebung eingeladen, selbst Schauspieler zu sein und sich aktiv in die Umsetzung des Vorhabens einzubringen. Die künstlerische Leitung übernahmen professionelle Regisseure. Nach zwei Wochen intensiver Proben zeigten 25 Laienschauspieler Aufführungen an verschiedenen Orten in der Stadt, in leer stehenden Gebäuden und auf dem zentralen Marktplatz. Das Stück war eine Revue unterschiedlicher kleiner Episoden, die sich mit der Frage junger Menschen nach dem Weggehen oder Dableiben beschäftigten. Sie ließen die ehemaligen Bewohner nun leer stehender Häuser imaginär zu Wort kommen und veranschaulichten den Zusammenhang zwischen Globalisierung und schrumpfender lokaler Wirtschaft.

Kleinstädte eignen sich für Kunstprojekte

Die Erfahrungen der ersten beiden Projektphasen hatten gezeigt, welche Möglichkeiten eine kleine Stadt wie Steinach für Kulturprojekte bietet: Unbewohnte Häuser und daher günstige Räumlichkeiten, eine Menge spannender Themen und ein interessantes Publikum. Dadurch war die Umsetzung eigener Ideen für die Künstler, die das Projekt initiiert hatten, viel einfacher als in Großstädten. Sie waren von der Vorstellung, eigene Kulturprojekte anzustoßen und weiterzuentwickeln, begeistert und gründeten im Herbst 2011 gemeinsam mit dem Laienschauspielensemble den Kulturverein schwarzwurzel. Damit wurde eine gemeinsame Plattform für weitere Vorhaben geschaffen und dem zunächst zeitlich klar umgrenzten Projekt eine langfristige Perspektive gegeben.

Ortsgeschichte in die öffentliche Wahrnehmung bringen

Seit der Gründung des Vereins hat sich in Steinach ein umfangreiches Kulturprogramm entwickelt. Die Ausstellungen, Theateraufführungen, Konzerte, Sommer-

kino-Vorstellungen und Workshops sollen zum einen den Austausch zwischen den Generationen fördern, zum anderen aber auch einen Perspektivwechsel ermöglichen und den Stadtraum beleben. Von zentraler Bedeutung sind daher für viele Projekte die Veranstaltungsorte und -räume: Das Publikum wird in unbewohnte, sonst nicht wertgeschätzte oder auch nicht betretbare Räume gelockt, um zu zeigen, dass diese nicht nur Ruinen sind, sondern voller Geschichten stecken und Potenzial für die Zukunft bieten. 2013 hat der Verein beispielsweise eine Gruppe Jugendlicher unterstützt, die sich mit der Geschichte der Straße „Am Ockerwerk“ beschäftigte. Die Provinz-Magistrale aus den 1950er-Jahren ist von viergeschossigen Plattenbauten gesäumt, die zu großen Teilen leer stehen und sich in keinem guten Zustand befinden. Für die noch hier lebenden Menschen sind die Häuser aber ein besonderer Teil ihrer Lebensgeschichte: Wer zu DDR-Zeiten eine Wohnung haben wollte, musste 700 Arbeitsstunden auf der Baustelle der Gebäude ableisten. Die Jugendlichen machten die Geschichte der Straße, mit der sich ihre Bewohner stark verbunden fühlen, durch Interviews, Fotos und ein Straßenfest in der Öffentlichkeit zum Thema.

Chancen der Gestaltung und Umnutzung aufzeigen

Der Kulturverein schwarzwurzel schafft nicht nur Bewusstsein für unbeachtete Orte. Bei einigen Projekten ging er sogar noch einen Schritt weiter: Architekturstudierende der Bauhaus Universität Weimar wurden nach Steinach eingeladen, um konkrete Vorschläge für die Umgestaltung von leer stehenden Gebäuden und Plätzen – beispielsweise der Straße am Ockerwerk und des Bahnhofsumfeldes mit dem Güterschuppen – zu machen. Nicht alle Entwürfe konnten umgesetzt werden – beim Ockerwerk spielte die Baugenossenschaft nicht mit, beim Güterschuppen war die Bausubstanz für eine langfristige Erhaltung zu marode –, die Initiative konnte den Verant-

wortlichen und Bürgern jedoch potenzielle Möglichkeiten der Umgestaltung aufzeigen. Und es gibt bei der Bekämpfung des Leerstands auch echte Erfolge: Die ehemalige Christbaumschmuckfabrik etwa, die vom Verein schwarzwurzel als Atelier und Ausstellungsraum genutzt wurde, ist derzeit als Lagerfläche an einen Onlinehändler vermietet.

Weggezogene einbinden

Mit der steigenden Zahl der Projekte musste die organisatorische Arbeit des Vereins auf mehrere Schultern verteilt werden, da insbesondere die Finanzierung der Projekte über Mittel der Kultur- oder Jugendförderung viel Verwaltungsaufwand mit sich bringt. Für viele der erwachsenen Vereinsmitglieder und Besucher hat der Kulturverein eine Lücke im kulturellen Angebot der Region geschlossen oder ist sogar zum neuen sozialen Umfeld geworden.

Zu Beginn gab es auch einen regen Zulauf junger Menschen, die durch das Theater und künstlerische Angebote angezogen wurden, mittlerweile aber alle für Studium oder Beruf den Ort verlassen haben. Kulturprojekte allein können also insbesondere junge Menschen nicht an einen Ort binden. Sie können aber Verbindungen zum kulturellen Leben in der Stadt herstellen und sind für Weggezogene ein Anker in der Heimat und ein Anknüpfungspunkt für die Rückkehr. Für den Verein selbst ist es die größte Herausforderung, sich stetig zu erneuern, um auch für die Weggezogenen attraktiv zu bleiben. ■



KONTAKT:
Tobias Kurtz
Kulturverein schwarzwurzel e. V.
Telefon: 0163 7329287
info@schwarzwurzel.net
www.schwarzwurzel.net

Nordlicht für ein Kultur-Jahr

Im Freiwilligen Sozialen Jahr Kultur, dem FSJ Kultur, arbeiten junge Menschen im Kulturbereich – viele von ihnen auch auf dem Land. Die 19-jährige Lena Stevens engagiert sich seit September 2015 im Kulturhaus Charlottenhof in Nordfriesland. Macht das Probejahr Jugendlichen das Landleben schmackhaft?



Nach dem Abitur wollte ich gerne ein Jahr lang Erfahrungen sammeln, an mir selbst wachsen und Leute kennenlernen. Eher zufällig stieß ich im Internet auf das FSJ Kultur. Gelandet bin ich hier in Nordfriesland, in Klanxbüll. Und ich muss sagen, mir gefällt es super hier. Ich kann mich allerdings noch sehr gut an den Moment erinnern, als ich Zuhause vor dem PC saß, „Klanxbüll“ bei Google Maps eingetippte und mir dachte: Das ist ja wirklich am Ende von Deutschland, umgeben von mehr oder weniger nichts. Ursprünglich komme ich aus einem Dorf nahe Augsburg, ich habe die Nähe zur Stadt immer sehr geschätzt. Meine Schule war in Augsburg und nach dem Unterricht konnte ich dort etwas unternehmen, ins Café gehen oder ins Kino. Die anfänglichen Sorgen, es könnte in Klanxbüll langweilig und einsam sein, stellten sich jedoch bald als unbegründet heraus. Auf dem Charlottenhof finden regelmäßig Konzerte, Märkte, Impro-Theater oder Poetry Slams statt. Bei meiner Arbeit helfen mir ehrenamtliche Helfer aus dem Ort und so konnte ich schnell viele Einheimische kennenlernen. Gerade das finde ich besonders schön in Klanxbüll: Ich bin hier nicht irgendeine anonyme Freiwillige, sondern wurde sofort in die Gemeinschaft aufgenommen.

Ich bin auch begeistert von der Natur und der Weite der Landschaft hier. Mit den anderen FSJlern mache ich viele Ausflüge – nach Sylt, Dänemark, Husum oder Flensburg. Deshalb bin ich sehr froh über den Bahnhof direkt im Ort. Ich konnte mir schon vor dem FSJ Kultur für die Zukunft ein Leben auf dem Land vorstellen, meine Erfahrungen hier bestärken mich noch mal darin.

[VON LENA STEVENS]

Im FSJ Kultur engagieren sich junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren für ein geringes Taschengeld zwölf Monate lang freiwillig in Kunstschulen, Musikschulen, Theatern oder anderen kulturellen Einrichtungen. Sie können im FSJ Kultur ihre Potenziale kennenlernen, Teamfähigkeit erproben und sich gleichzeitig beruflich orientieren.

„Bei uns können die Jugendlichen kreativ sein, plattdeutsches Theater und verschiedene Musikrichtungen kennenlernen, Friesisch oder Dänisch lernen“, sagt Bärbel Nissen-Schütt, Leiterin des Charlottenhofs und Betreuerin von Lena Stevens. Auf dem Hof arbeitet jedes Jahr einer von rund 85 Freiwilligen, die sich in Schleswig-Holstein engagieren. Für den Charlottenhof sind die jungen FSJler, die aus allen Teilen der Bundesrepublik kommen, ein Gewinn: „Wenn man Kultur auf dem Lande anbieten möchte, muss man auch die jüngeren Bevölkerungsschichten ansprechen“, sagt Bärbel Nissen-Schütt. „Die jungen Leute sind eine ganz wichtige Brücke zu den Jugendlichen im Ort. Sie können mit neuen Medien umgehen, kennen auch andere Künstlergruppen und bringen neue Ideen ein.“ Nach dem FSJ Kultur halten viele ehemalige den Kontakt zum Charlottenhof und schwärmen von der Region. „Ob sie später auf dem Land leben wollen, weiß ich nicht“, sagt Bärbel Nissen-Schütt, „aber das Vorurteil, dass hier alle stur sind und keiner redet, wird ihnen genommen.“ Eine Neubürgerin in Klanxbüll kann der Charlottenhof sogar bereits für sich verbuchen: Eine junge Frau, die von 2010 bis 2011 ein FSJ Kultur auf dem Charlottenhof machte, ist nach ihrer Berufsausbildung nach Klanxbüll zurückgekehrt.

[VON ISABELLA MAHLER]

i

KONTAKT:

Bärbel Nissen-Schütt
Charlottenhof Kultur-
und Tagungshaus
Telefon: 04668 92100
info@dercharlottenhof.de
www.dercharlottenhof.de

Sven Karger
Landesvereinigung Kulturelle
Kinder- und Jugendbildung
Schleswig-Holstein e.V.
Telefon: 044331 4396493-95
fsjkultur@lkj-sh.de
www.lkj-sh.de/fsj-kultur
www.fsjkultur.de

Ulf Häbel (rechts) mit einer Gruppe tatkräftiger Unterstützer, darunter Flüchtlinge



Das Dorf zusammenschmieden

Im hessischen Freienseen entsteht die DorfSchmiede, ein Gebäudekomplex, der Angebote der Nahversorgung und betreutes Wohnen zusammenfassen soll. Die Idee dazu entstand 2011 – das Großprojekt ist aber noch nicht fertiggestellt. Wie gelingt es, die Aktiven bei der Stange zu halten? [VON ANDREA BIRRENBACH]

Richtfest in Freienseen: Als der Rohbau der DorfSchmiede Ende 2015 endlich fertig war, stießen Dorfbewohner und Unterstützer miteinander an. „Engagierte wertzuschätzen, heißt bei uns nicht, eine goldene Ehrennadel anzustecken – wir feiern Feste“, sagt Ulf Häbel, evangelischer Pfarrer im Ruhestand und Geschäftsführer der DorfSchmiede Freienseen gGmbH. Gemeinsam mit einer Handvoll Freienseener hatte er angesichts des demografischen Wandels im Jahr 2011 die Idee, wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge vor Ort neu entstehen zu lassen. In einem moderierten Prozess haben sie herausgearbeitet, dass die medizinische Grundversorgung, der Bedarf an Demenzprävention, Tagespflege, betreutem Wohnen und einer Begegnungsstätte, ergänzt durch einen Dorfladen, zentral in der Ortsmitte gebraucht wird. Seitdem hält Häbel die Fäden der DorfSchmiede in den Händen, koordiniert die Unterstützer – fast jeder vierte der rund 800 Freienseener ist Mitglied im für das Projekt gegründeten Förderverein „Vogelsberger Generationennetzwerk / Nachbarschaftsfamilie“ – und integriert auch Flüchtlinge in das Projekt. „Es braucht drei Motivationsstränge, wenn ein Projekt erfolgreich laufen soll: erstens einen Raumpionier, eine Schlüsselfigur, zweitens Rudelbildung, denn Menschen brauchen Kontakte zu anderen und drittens erste Erfolge. Man muss relativ schnell etwas vorzeigen können.“

Menschen müssen sich begegnen

Mit zwei leer stehenden, denkmalgeschützten Fachwerkhäusern samt Scheune in der Ortsmitte war schnell ein passendes Gebäude für die DorfSchmiede gefunden. Dann pasierte eine ganze Zeit lang wenig, da Gelder beschafft und die nötigen Genehmigungen eingeholt werden mussten. „Wenn der Erfolg zu lange auf sich warten lässt, verlieren die Ehrenamtler ihre Energie“, sagt Häbel. „Aber wenn man dann das Gerüst abbaut und eine renovierte Fassade zum Vorschein kommt, entsteht neue Motivation.“ Um diese Motivation zu erhalten, haben die Freienseener bereits vier Feste miteinander gefeiert – immer dann, wenn sich ihre DorfSchmiede einen Schritt weiterentwickelt hat. Häbel: „Menschen, die gemeinsam an etwas arbeiten, müssen sich immer wieder begegnen.“

Ohne die Unterstützung so vieler Freienseener hätte das Projekt keine Aussicht auf Erfolg, ist er sich sicher. „Das Entscheidende ist immer, ob man den nötigen Rückhalt im Dorf bekommt.“ Um sich diese Rückendeckung zu sichern, hat Häbel die Dorfbewohner von Anfang an teilhaben lassen. „Die DorfSchmiede wurde nicht einfach am Reißbrett erfunden, sondern die Leute im Dorf wurden gefragt, was sie brauchen: Altersvorsorge ist bei uns das wichtigste

Thema.“ Seitdem ist das Projekt fest im Dorf verankert und die alte Scheune der DorfSchmiede, die früher tatsächlich einmal als Schmiede genutzt wurde, dient dazu, die Bewohner des Dorfes zusammenzuschmieden – indem sie sie gegen die Herausforderungen des demografischen Wandels wappnet.

Schwierig, aber machbar

Insgesamt wird die DorfSchmiede rund 2,3 Millionen Euro kosten, 90 Prozent davon werden durch Fördergelder gedeckt, zehn Prozent müssen durch Eigenleistungen und Spenden zusammenkommen. „230 000 Euro in Eigenleistung aufzubringen, ist für ein Dörfchen schwierig, aber machbar“, sagt Häbel optimistisch. Rund 50 000 Euro Spenden sind bereits eingegangen. Tragen soll sich die DorfSchmiede schlussendlich zu einem kleinen Teil durch den Dorfladen, vor allem aber durch die Tagespflege und das betreute Wohnen. Mitte 2016 wird die DorfSchmiede öffnen – mit einem Fest, versteht sich. ■



KONTAKT:
Dr. Ulf Häbel
DorfSchmiede Freienseen gGmbH
Telefon: 06405 506673
info@dorfschmiede-freienseen.de
www.dorfschmiede-freienseen.de

Kunst am Maisfeld

Große Kunstobjekte säumen die Ränder von Mais- und Rapsfeldern rund um Bayreuth. Die Region hat sich sechs Jahre lang auf vielfältige Weise mit Bioenergie befasst – auch künstlerisch. [VON BERND ROTHAMMEL]

In Sichtweite des Dorfes Wirbenz wird auf einer Wiese die Energie der Sonne in Poesie umgewandelt. Auf dem Blattstängel eines riesigen Spitzwegerichs steigen lyrische Landschaftsbetrachtungen aus verschiedenen Epochen empor. In den Blättern der neun Meter hohen Aluminiumskulptur des Spitzwegerichs erscheint mithilfe einer Fotovoltaik-Anlage eine LED-Laufschrift. Die poetischen Textvorschläge haben Bürger ausgewählt. Sie sollen zeigen, auf welcher unterschiedlichen Weise der Mensch die Natur wahrnimmt.

Die Kunstskulptur „Photosymbiose“ ist im Rahmen der Initiative „energy-in-art“ der Bioenergieregion Bayreuth entstanden. Energy-in-art ist das Herzstück und verbindende Element zwischen den Initiativen der Bioenergieregion Bayreuth. Die oberfränkische Stadt und ihr Landkreis qualifizierten sich 2008 bei einem Wettbewerb des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) als eine von bundesweit 25 Bioenergieregionen. Ziel ist es, in der Bioenergieregion neben dem allgemeinen Ausbau des Wirtschaftszweiges der Bioenergie, insbesondere den umweltverträglichen Ausbau der Bioenergie, die Konfliktprävention und die Wissensvermittlung im Bereich Bioenergie zu verbessern. Damit soll die Akzeptanz für Bioenergie in der Bevölkerung gesteigert werden. Für die Projektkoordination war das Regionalmanagement Stadt und Landkreis Bayreuth GbR verantwortlich.

Schwieriger Weg bis zur Finanzierung

Nachdem die Gegend rund um Bayreuth als Bioenergie-Modellregion anerkannt worden war, konnte zwar mit den meisten Projekten sofort

begonnen werden, es dauerte aufgrund von Finanzierungsproblemen allerdings drei Jahre, bis energy-in-art konkrete Formen annahm. Für die sechsjährige Projektphase standen 640 000 Euro an Bundesmitteln zur Verfügung, die Kunstprojekte benötigten jedoch zusätzliche finanzielle Unterstützung. Die Suche nach Finanzierungspartnern war zeitaufwändig und reich an Rückschlägen. Die Konzeption wurde mehrfach überarbeitet, damit sie für verschiedene Stiftungen und Mittelgeber förderfähig war. Hierbei standen dem Regionalmanagement ehrenamtliche Kunstexperten und ein professionelles Kulturmanagementbüro zur Seite. Schließlich konnte durch Förderzusagen dreier Stiftungen und vor allem durch die Bewilligung von LEADER-Mitteln der Weg zur Kunst geebnet werden.

Seit 2012 wurden drei Energiekunstwerke enthüllt. Sie greifen das Thema der Bioenergienutzung auf und wirken als Landmarken. Darüber hinaus wurden ein mobiles Kunstwerk, 15 Energiekunst-Workshops, drei Kunst-Performances bei Fachveranstaltungen und zahlreiche Internet-Aktionen realisiert. Der Projektkoordination ist es während der Projektphase gelungen, für die Bioenergie-Initiativen über die Bundesmittel hinaus insgesamt 830 000 Euro von regionalen Partnern, sechs Stiftungen, aus LEADER-Mitteln und von Sponsoren einzuwerben. Des Weiteren erhielt die Region Bayreuth 2010 ein Preisgeld von 20 000 Euro aus dem Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“.

Umweltbildung mit Spaß

„Es mangelt an anschaulichen Lernmaterialien zum Thema Bioenergie.“ Das hatten Lehrer und außerschulische Umweltbildner aus der Region Bayreuth vor einiger Zeit geäußert. Um diesen

Mangel in der Bioenergieregion zu beheben, entwickelte eine Promotionsstudentin der Universität Bayreuth Lernzirkel, bei denen Schüler verschiedene Stationen durchlaufen, an denen sie sich jeweils interaktiv mit verschiedenen Themen der Bioenergie befassen. Für den Bau der Stationen konnten Mittel aus dem bayerischen Umweltfonds und dem Kulturfonds Bayern gewonnen werden. Die inzwischen als Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichneten Lernzirkel wurden bisher von über 5 000 Schülern absolviert. Durch die wissenschaftliche Begleitung konnte gezeigt werden, dass die spielerische und interaktive Wissensvermittlung der Zirkel den Lernerfolg nachhaltig positiv beeinflusst. 2015 wurde für die Lernzirkel eine neue Station entwickelt, die Grundschulkindern das sperrige Thema „Energie aus organischen Abfällen“ anschaulich und spielerisch näherbringt.

Konflikte vermeiden und Alternativen aufzeigen

In der Bioenergieregion Bayreuth sollen nicht ausschließlich Kunst und Lernmaterialien dazu beitragen, das Image der Bioenergie in der Region zu verbessern. Dass der Anbau von Energiemais in einzelnen Gemeinden rund 35 Prozent der Ackerfläche beansprucht – die Biogasanlagen in der Bioenergieregion Bayreuth erzeugen mittlerweile Strom für etwa 30 000 Haushalte – führt vor Ort immer wieder zu Kritik. Diese Konflikte sollen mit dem Anbau von ökologisch günstigeren Dauerkulturen entschärft werden. In der Bioenergieregion Bayreuth werden seit 2009 über ein Forschungsprojekt von Pedro Gerstberger von der Universität Bayreuth Energiepflanzen-Dauerkulturen angebaut.



- 1 Die energy-in-art Skulptur „Indikator“ von Hannes Neubauer markiert den Verlauf einer Bioenergie-Nahwärmeleitung. Der Zeiger der Skulptur folgt stets der Sonne und wird durch ein Solarmodul im Sockel mit Energie versorgt.
- 2 Das Kunstwerk „Photosymbiose“ von David Mannstein und Maria Vill ist einer Spitzwegerichpflanze nachempfunden.

Insbesondere die Becherpflanze zeigt gute Ergebnisse. Ein Feldversuch in Kooperation mit Landwirten aus der Bioenergieregion Bayreuth vollzieht seit 2013 den nächsten Schritt hin zum Praxisanbau der Becherpflanze. Eine begleitende politische Initiative zur Aufnahme von Dauerkulturen in das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) hat bereits erste Erfolge gezeigt: In der neuen Förderperiode wird der Anbau von Dauerkulturen gegenüber Energie- mais nicht mehr benachteiligt.

Bayreuth ist nicht nur Wagner

Es ist gelungen, in der Projektlaufzeit die gesetzten Ziele der Bioenergieregion Bayreuth zu erreichen: Die Informationsangebote und öffentliche Diskussion über die Energiekunstprojekte haben in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Vorteile der erneuerbaren Energien gesteigert, die kommunale Wertschöpfung aus Erneuerbare-Energie-Anlagen wurde verbessert und das Netzwerk aus Finanzierungs- und Kooperationspartnern ist deutlich gewachsen. Über 100 Akteure, unter anderem aus den Bereichen Regionalmanagement, Forschung, Umweltbildung, Planung, Kunst, Landwirtschaft und Tourismus beteiligten sich an den Projekten der Bioenergieregion Bayreuth.

Besonders intensiv war die Kooperation mit dem Zweckverband Müllverwertung Schwandorf (ZMS), der 2012 als sogenannte Zwillingssregion eine Partnerschaft mit der Bioenergieregion Bayreuth einging. Der ZMS unterstützte die Bayreuther bei Kunst- und Umweltbildungsprojekten sowie Planungen für eine Bioabfallvergärungsanlage.

Bayreuth wird heute nicht mehr nur mit Richard Wagner gleichgesetzt, sondern auch als Kompetenzregion für erneuerbare Energien wahrgenommen, was den Zugang zu Fördermitteln und zu neuen Netzwerkpartnern erleichtert. Beispielsweise wurde die Region 2015 in den nationalen „Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz“ berufen. Und Bayreuth ist als klimaaktive Region auch international gefragt: In den vergangenen zwei Jahren wurden Mitarbeiter des Landkreises als Referenten zu Fachkonferenzen zum kommunalen Klimaschutz nach Mailand, Bergamo, Brüssel, Budapest und Seoul eingeladen.

Fortführung mit neuen Fördermitteln

Ganz ohne Fördermittel geht es auch künftig nicht. Mittel aus der Nationalen Klimaschutzinitiative ermöglichen, dass die Personalstärke der Bioenergieregion

voraussichtlich bis Ende 2020 erhalten bleiben kann. Die neue Förderung erlaubt, das Aufgaben- gebiet von der Bioenergie auf alle erneuerbaren Energien und den Klimaschutz auszuweiten. Die bisherigen Projekte können fortgesetzt werden. ■

SERVICE:

Weitere Infos zu den Bioenergie-Regionen:
www.bioenergie-regionen.de

Die Abschlussbroschüre „Bioenergie-Regionen 2009-2015“ fasst die Ergebnisse der Bioenergie-Regionen zusammen und ist im Download verfügbar:
www.mediathek.fnr.de



KONTAKT:
 Bernd Rothammel
 Landratsamt Bayreuth
 Telefon: 0921 728-340
bernd.rothammel@region-bayreuth.de
www.bioenergieregion-bayreuth.de

Daseinsvorsorge zukunftsfähig machen

Immer weniger Menschen, immer ältere Menschen: Viele Landkreise müssen sich mit den Folgen des demografischen Wandels für die Versorgungsinfrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr auseinandersetzen. Ein Forschungsprojekt hat untersucht, wie Regionen in Mitteldeutschland aufgestellt sein sollten, um auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben.

[VON MARTIN ALBRECHT, MICHAEL GLATTHAAR, AXEL STEIN UND KNUD TRUBBACH]

Die Bevölkerung im Gebiet des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) schrumpft. In den fünf Landkreisen, die dem Tarifgebiet angehören – die Landkreise Altenburger Land, Leipzig, Nordsachsen sowie der Burgenland- und Saalekreis – wird die Bevölkerung von 953 000 im Jahr 2011 voraussichtlich um 17 Prozent auf 788 000 im Jahr 2030 zurückgehen. Gleichzeitig wird sich die altersstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung ändern und die Anzahl der Menschen über 64 Jahre um 20 Prozent erhöhen. Wie zukunftsfähig sind im Zuge dieser Entwicklungen Schlüsselinfrastrukturen wie Schulen, Hausarztpraxen und Lebensmittelversorger? In welchen Gegenden besteht besonderer Handlungsbedarf? Das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) finanzierte Forschungsprojekt „Regionalstrategie Daseinsvorsorge: Mobilität – Infrastrukturen“ widmete sich in einem Modellvorhaben diesen Fragen. Ziel war es, den Zugang zu Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Raum des MDV für das Jahr 2030 abzuschätzen, damit auf diesen Grundlagen weitere Planungsschritte eingeleitet werden können.

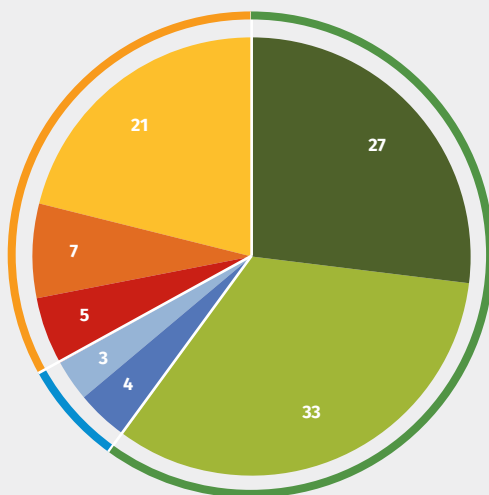
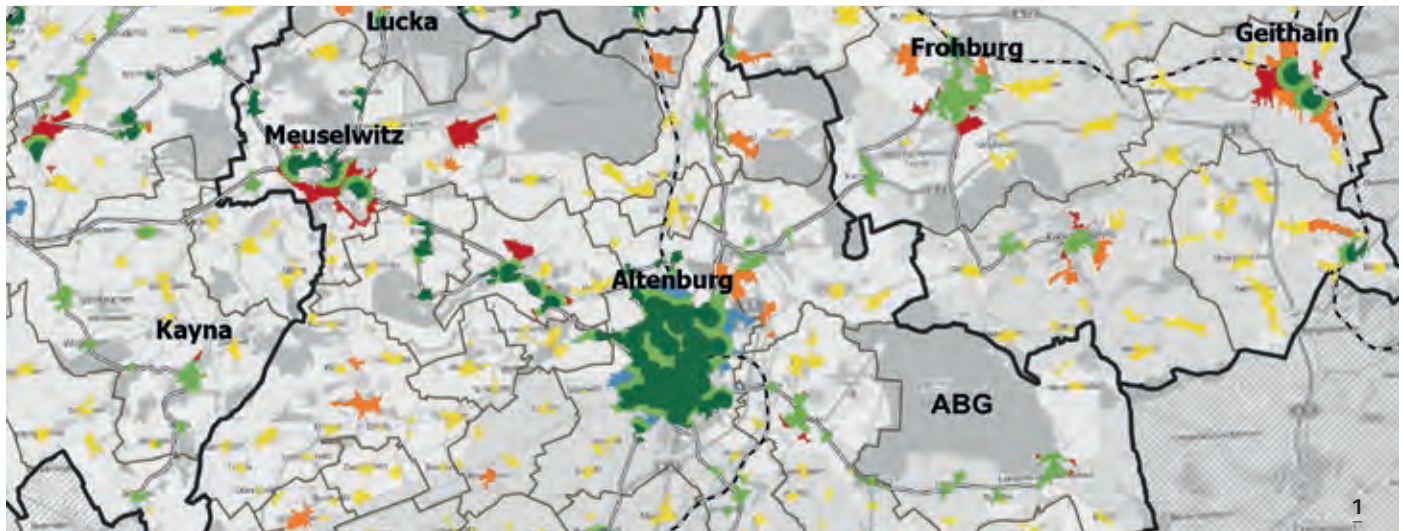
In einem ersten Schritt entwickelten die teilnehmenden Wissenschaftler des Forschungsprojekts gemeinsam mit dem MDV und den Landkreisen ein ÖPNV-Linien- und Haltestellennetz, das schrittweise eingerichtet werden und dann bis 2030 bestehen kann. Vorhandene, aber nicht durchgehend bediente Linien sollen in diesem Netz in einem Ein- oder Zwei-Stunden-Takt und während eines erweiterten Zeitfensters fahren. Eine frühzeitige, zukunftsorientierte Weiterentwicklung des ÖPNV-Netzes war Teil des Projekts, damit sich die weiteren Standort- und Infrastrukturplanungen daran orientieren können.

In einem zweiten Schritt bewerteten die Forscher auf Grundlage des vorgeschlagenen ÖPNV-Netzes den Zugang der Siedlungsbereiche zu ÖPNV-Haltestellen und die Verfügbarkeit von Schlüsselinfrastrukturen wie Hausarztpraxen, Lebensmittelgeschäfte und Schulen. Bei den Arztstandorten wurden Hausarztpraxen, die ein Cluster bilden und auch Praxen, in denen mehrere

Ärzte arbeiten, als zukunftsicherer eingeschätzt als Einzelpraxen. Beim Lebensmitteleinzelhandel galt eine Mindestverkaufsfläche von 400 Quadratmetern als Indikator für Zukunftsfähigkeit. Um die Zukunftsfähigkeit der Schulstandorte zu beurteilen, wurden der Berechnung die landesspezifischen Mindestschülerzahlen zugrunde gelegt. Ein Siedlungsbereich galt dann als an den ÖPNV angebunden, wenn die maximale Entfernung vom Wohnort zur Haltestelle 500 Meter betrug. Wenn sich an einem Siedlungsbereich Daseinsvorsorge-Infrastrukturen bündelten oder zusätzlich eine ÖPNV-Haltestelle vorhanden war, wurde der Standort als zukunftsicherer bewertet als ein Standort ohne Infrastruktur-Bündelung und ÖPNV-Anbindung. Die Bewertungsergebnisse bildeten schließlich die Grundlage für eine Typisierung von Siedlungsflächen, die zeigt, in welchen Räumen Handlungsbedarf besteht (siehe Abbildung).

60 Prozent gut angebunden, 40 Prozent nicht

Demnach sind im Jahr 2030 die Wohnorte von rund 60 Prozent der Bevölkerung in den fünf Landkreisen durch das neu entwickelte Regionalnetz des ÖPNV im Ein- und Zwei-Stunden-Takt gut erschlossen und die Menschen haben entweder über das ÖPNV-Netz oder in fußläufiger Reichweite einen Zugang zu den Versorgungsinfrastrukturen (Typ 1). Etwa 40 Prozent der Bevölkerung in den fünf Landkreisen leben außerhalb der Haltestelleneinzugsgebiete des Regionalnetzes (Typ 2 und 3). Das bedeutet, dass die Bewohner von wohnortnaher Versorgungsinfrastruktur abhängig sind oder Fahrten mit dem Pkw zurücklegen müssen, um Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu erreichen. Sieben Prozent der Menschen wohnen in verdichteten Gebieten außerhalb des Regionalnetzes (Typ 2). Sie sind vergleichsweise gut versorgt – ebenso wie die zwölf Prozent der Bevölkerung, die zwar keinen Zugang zum Regionalnetz haben, dafür aber in Siedlungen leben, die mit einzelnen oder mehreren Schlüssel-Infrastrukturen ausgestattet sind (Typ 3a und 3b). 21 Prozent der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten werden 2030 keinen Zugang zum Regionalnetz des ÖPNV und zu den Versorgungsinfrastrukturen haben (Typ 3c).



Typ 1 durch das Regionalnetz erschlossen

- Regionalnetz 1, Einzugsbereich 300m (Typ 1a)
- Regionalnetze 1+2, Einzugsbereich 500m (Typ 1b)

Typ 2 außerhalb des Regionalnetzes (verdichtete Gebiete)

- im Verdichtungsraum (Typ 2a)
- in Kernstädten von Mittelzentren (Typ 2b)

Typ 3 Außerhalb des Regionalnetzes (ländliche Gebiete)

- Vollausgestattete Versorgungsorte (Typ 3a)
- teilausgestattete Versorgungsorte (Typ 3b)
- Siedlungsbereiche ohne Infrastruktur (Typ 3c)

1 Das Kartenmaterial verbildlicht den Zugang der Siedlungsbereiche zu Infrastrukturen der Daseinsvorsorge im Jahr 2030.

2 Anteil der Einwohner nach Siedlungstypen im Jahr 2030 in Prozent (Quelle: GGR/kcw)

Bürgerengagement kann Abhilfe schaffen

Mithilfe der Siedlungstypisierung haben die Wissenschaftler Siedlungsbereiche mit ähnlichen zukünftigen Herausforderungen identifiziert und Handlungsempfehlungen entwickelt: Für Orte, die außerhalb der ÖPNV-Erschließung mit Voll- oder Teilausstattung liegen (Typ 3a und 3b), ist die Vor-Ort-Versorgung von hoher Bedeutung – insbesondere für weniger mobile Bevölkerungsgruppen. Die Wissenschaftler raten deshalb dazu, sie auch zukünftig aufrecht zu erhalten. In den Kommunen und Landkreisen sollte daher geprüft werden, ob sich mithilfe von bürgerschaftlich getragenen Modellen, wie einem Genossenschaftsladen oder einem Bürgerbus, die Infrastruktur eines Ortes erhalten lässt, oder ob es Möglichkeiten gibt, beispielsweise die Unternehmensnachfolge von Einzelhändlern und Ärzten zu unterstützen. Alternative Versorgungs- und Erreichbarkeitskonzepte sollten auch für die weder durch den ÖPNV angebundenen noch mit Versorgungsinfrastruktur ausgestatteten Bereiche (Typ 3c) geprüft werden. Letztlich ist aber nicht auszuschließen, dass trotz aller Bemühungen Teilräume verbleiben, die dauerhaft von einer guten oder akzeptablen ÖPNV-Anbindung ausgeschlossen sind und auch nicht über fußläufig erreichbare Versorgungsinfrastrukturen verfügen. Sofern die Bevölkerung dort nicht abwandert, müsste die Organisation von Mobilität und Versorgung zwangsläufig über die lokale Zivilgesellschaft oder privat vorge-

nommen werden. Es wäre die Aufgabe von Austauschprozessen auf regionaler Ebene zu prüfen, unter welchen Bedingungen und in welcher Größenordnung eine solche Entwicklung politisch akzeptiert werden kann.

Die Einrichtung des im Forschungsprojekt entwickelten ÖPNV-Netzes und die Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen für die verschiedenen Siedlungsbereiche liegen nun bei den fünf Landkreisen und ihren Kommunen. Sie konnten im Rahmen des Projektes gemeinsame Bewertungen und Schwerpunkte erarbeiten, detaillierte Strategien für Teilräume müssen aber auf lokaler Ebene innerhalb der Region weiterentwickelt werden. ■

SERVICE:

Die vollständige Studie „Sicherung der Daseinsvorsorge durch regionale Abstimmung von ÖPNV- und Versorgungsstrategien“ ist online abrufbar: www.kurzlink.de/BBSR_12_15



KONTAKT:
Dr. Axel Stein
KCW GmbH – Strategie- und Managementberatung
Telefon: 030 4081768-88
stein@kcw-online.de

Das Naturkapital ländlicher Räume

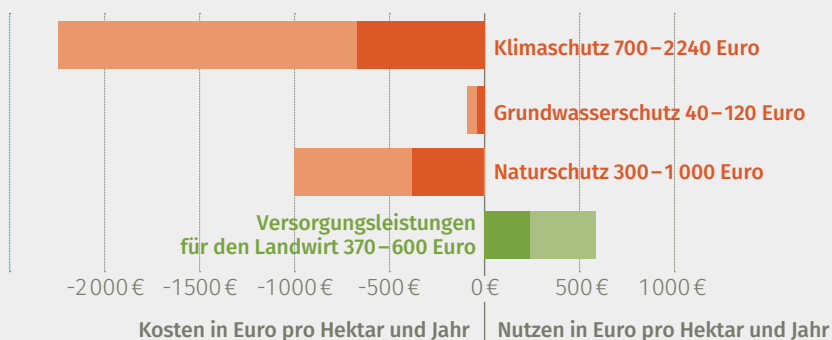
Die Ökosysteme des ländlichen Raumes stellen der Gesellschaft eine große Vielfalt an Leistungen bereit. Wie viel sind diese Leistungen wert? Wie können sie erhalten und gefördert werden? Eine Studie hat sich diesen Fragen gewidmet.

[VON CHRISTOPH SCHRÖTER-SCHLAACK UND URS MOESENFECHTEL]

Die Natur im ländlichen Raum ist unentbehrlich für das menschliche Wohlbefinden und die wirtschaftliche Entwicklung. Ackerböden sind die Grundlage für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Energiepflanzen. Wälder versorgen uns mit Holz und schützen durch die Bindung von Kohlenstoffdioxid unser Klima. Naturnahe Flussauen mindern die Auswirkungen von Hochwasserereignissen und halten Nährstoffe zurück, die sonst zu einer Eutrophierung der Meere, einer unerwünschten Anreicherung von Nährstoffen, beitragen. Schließlich besitzen die vielfältigen Naturräume und Kulturlandschaften im ländlichen Raum oft einen hohen ästhetischen Wert, bieten Erholungsmöglichkeiten und vermitteln ein Gefühl von Heimat. All diese Leistungen der Natur sind sogenannte Ökosystemleistungen, die als Zins eines intakten Kapitalstocks an Natur begriffen werden können.

Mit dem Naturkapital in ländlichen Räumen haben sich unter Leitung der Leibniz-Universität Hannover rund 130 Autoren in der Studie „Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen – Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung“ beschäftigt. Die in der Studie gewählte ökonomische Perspektive auf den Umgang des Menschen mit der Natur kann dazu beitragen, ein stärkeres Bewusstsein für die vielfältigen Leistungen der Natur zu gewinnen und (Fehl-)Anreize und Entscheidungsdefizite aufzudecken, die zum Rückgang der biologischen Vielfalt im ländlichen Raum führen. Die Untersuchung ist Teil des Projekts „Naturkapital Deutschland – TEEB DE“, das durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefördert und am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) koordiniert wird.

Nutzen und Kosten des Umbruchs naturschutzfachlich wertvollen Grünlands aus gesellschaftlicher Perspektive



Die Bandbreite der Nutzen und Kosten ergibt sich aus der Veränderung verschiedener Ökosystemleistungen und der Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung für grünlandbezogenen Naturschutz (exemplarische Darstellung).

Quelle: Veränderte Darstellung nach Naturkapital Deutschland – TEEB DE, 2016

Verlust des Naturkapitals hat gesellschaftliche Folgen

Ländliche Räume besitzen ein breites Potenzial an Ökosystemleistungen. Nur wenige Bereiche, wie etwa die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte, werden gezielt gefördert – oft zu Lasten anderer Ökosystemleistungen. Die Umweltprobleme, die gerade in intensiv genutzten Agrarlandschaften auftreten, zeigen: Eine immer intensivere Landwirtschaft führt zum Verlust von Lebensräumen, zum Ausstoß von Klimagasen und einer übermäßigen Nährstoffbelastung der Gewässer und Meere. Besonders deutlich wird diese Entwicklung am Beispiel des Grünlands. Aufgrund der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke, der Intensivierung der Milchviehhaltung und der Steigerung des Energiepflanzenanbaus ist der Anteil des Grünlands an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in den vergangenen 20 Jahren beständig zurückgegangen. Viele Wiesen und Weiden wurden umgebrochen und in Ackerland umgewandelt – auch naturschutzfachlich wertvolle Flächen sind verschwunden. Mit dem Grünland gehen der Gesellschaft wertvolle Ökosystemleistungen verloren (siehe Abbildung). Je Hektar und Jahr kosten der erhöhte Ausstoß der Klimagase von Acker- gegenüber Grünland, die Verschlechterung der Grundwasserqualität und der Verlust biologischer Vielfalt die Gesellschaft zwischen

Wälder erfüllen vielfältige Ökosystemleistungen: Sie schützen beispielsweise Klima und Boden, versorgen uns mit Holz und dienen der Erholung.



440 und 3000 Euro. Dieser Berechnung wurden die Schadenskosten der Klimagasemissionen, die Kosten der Reinigungstechnologie für Grundwasser und die Zahlungsbereitschaft der deutschen Bevölkerung für Grünlandschutz, die bei einer repräsentativen Umfrage ermittelt wurde, zugrunde gelegt.

Ein weiteres Problem sind die hohen Stickstoffeinträge aus der Landwirtschaft in die Oberflächengewässer und das Grundwasser. Sie erschweren in einigen Regionen Deutschlands die Trinkwassergewinnung erheblich. Laut Bericht der Bundesregierung wird an 14 Prozent der nationalen Messstellen die zulässige Nitratkonzentration von 50 Milligramm pro Liter überschritten. Das Europäische Stickstoff-Assessment aus dem Jahr 2011 zeigt, dass die gesellschaftlichen Kosten der landwirtschaftlichen Stickstoffüberschüsse, insbesondere durch Schäden an der menschlichen Gesundheit infolge von Nitratbelastungen, bis zu drei Prozent des Europäischen Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Die Kosten für die Gesellschaft übersteigen damit den Nutzen der erhöhten agrarischen Produktion, der überwiegend landwirtschaftlichen Unternehmen zu Gute kommt.

Nachhaltige Bewirtschaftung als kostengünstige Lösung

Um die Kosten der Trinkwasseraufbereitung zu senken, schließen Wasserversorger und Landwirte in einigen Trinkwassergewinnungsgebieten Vereinbarungen über eine gewässerschonende Landwirtschaft. Für die Landwirte bieten die vertraglichen Vereinbarungen einen finanziellen Ausgleich für Ertragseinbußen, die ihnen durch die schonende Bewirtschaftung entstehen können; für die Wasserversorger bedeuten die Kooperationen mit den Landwirten reale Kosteneinsparungen, die sie letztlich auch an den Kunden weitergeben können. So schätzen die Kommunalen Wasserwerke Leipzig, dass für sie diese Kooperationen in den Einzugsgebieten ihrer Wasserbrunnen bis zu sieben Mal günstiger ausfallen als eine technische Trinkwasseraufbereitung belasteten Grundwassers. Die Nährstoffbelastung von Oberflächengewässern kann auch dann wirksam reduziert werden, wenn

Landwirte beispielsweise Gewässerrandstreifen anlegen. Eine Studie zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Gewässerrandstreifen in Niedersachsen zeigt: Der ökonomisch bewertbare Nutzen dieser Maßnahme für die Fluss- und Meeresökosysteme und ihre Fischbestände übersteigen die Kosten für die Anlage und Unterhaltung der Randstreifen um das 1,8-Fache.

Erhaltung des Naturkapitals besser honorieren

Die Studie „Naturkapital Deutschland – TEEB DE“ macht deutlich: Im ländlichen Raum können oftmals bereits auf kleinen Flächen und mit wenigen Maßnahmen wichtige Wirkungen für das Naturkapital erzielt werden. Die vom Naturkapital ausgehenden Ökosystemleistungen kommen der gesamten Gesellschaft zu Gute. Um beispielsweise Hecken anzulegen oder zu pflegen, müssen verhältnismäßig kleine Flächenanteile aus der Nutzung genommen werden – die positiven Effekte auf den Boden- und Hochwasserschutz, das Landschaftsbild und die biologische Vielfalt wirken sich aber auf einen viel größeren Raum aus. Doch es werden dringend weitere Maßnahmen für den dauerhaften Schutz des Naturkapitals benötigt. Die flächendeckende Naturzerstörung muss abgemildert und sensible und besonders wertvolle Bereiche der Natur sollten geschützt werden. Der Einsatz öffentlicher Mittel sollte daher stärker als bisher an die Bereitstellung eines gesellschaftlich ausgewogenen Bündels von Ökosystemleistungen geknüpft werden. Dies lässt sich umsetzen, indem die Direktzahlungen zur Einkommensstützung in der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) schrittweise abgeschafft werden und dafür verstärkt Mittel in die zweite Säule der GAP fließen. Die öffentlichen Leistungen, die viele Landwirte erbringen, könnten mit diesen Mitteln angemessen und effizient honoriert werden. So kann ein umweltschonender Umbau in der Landbewirtschaftung erfolgen, der Landwirte in der Erhaltung gesellschaftlich wertvoller, aber über den Markt nicht ausreichend vergüteter Ökosystemleistungen, unterstützt. Ein solcher Umbau würde nicht nur dem Naturschutz dienen, sondern eine zukunftsfähige Landwirtschaft sichern. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung und Leibniz Universität Hannover (Hrsg.), 2016: *Naturkapital Deutschland – TEEB DE. Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen – Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Schlussfolgerungen für Entscheidungsträger.* Leipzig, Hannover.

Die Studie ist im Download verfügbar: www.naturkapital-teeb.de



KONTAKT:

Urs Moesenfechtel
Helmholtz-Zentrum für
Umweltforschung – Department
Ökonomie
Telefon: 0341 235 1680
urs.moesenfechtel@ufz.de
www.ufz.de

Schnell, einfallsreich, flexibel

Ob groß oder klein:
Baden-Württemberg ist stolz auf
seine bäuerlichen Familienbetriebe.

[VON JOACHIM HAUCK]

Für jemanden, der wie der Autor vor über 60 Jahren als eines von sechs Kindern in einen drei Hektar großen Realteilungsbetrieb in Baden-Württemberg hineingeboren wurde, im Laufe seines Berufslebens hunderte Betriebe kennenlernte, Anfang der neunziger Jahre auch einige Betriebe in Sachsen bei ihrer Entwicklung begleiten durfte, ist Größe relativ. Mit den richtigen Entscheidungen können kleine und große Betriebe nachhaltig und erfolgreich sein und zufriedene Unternehmerfamilien haben.

Allerdings stehen viele Länder mit kleinbetrieblichen Strukturen wie Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz oder auch Österreich und die Schweiz im ländlichen Raum erfolgreicher da als Länder mit großen landwirtschaftlichen Strukturen wie beispielsweise in den östlichen Bundesländern. Dort gibt es häufiger leere Landstriche mit wenigen Arbeitsplätzen und hohe Landflucht. Ist das nur ein historischer Zufall? In Baden-Württemberg spielen die kleinen Betriebe jedenfalls eine große Rolle.

Überwiegend kleine Betriebe in Familienhand

Ausgehend von einer äußerst kleinteiligen Agrarstruktur mit 350 000 Betrieben zu Beginn der 1950er-Jahre, die durch das jahrhundertelange

geltende Realteilungserbrecht entstanden war, hat sich Baden-Württembergs Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. 1985 waren es noch 135 000 Betriebe, heute sind es noch rund 42 000. Ihre Anzahl nimmt jährlich um drei Prozent weiter ab. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg von etwa elf Hektar im Jahr 1985 auf rund 33,5 Hektar im Jahr 2014. Sie liegt damit unter dem Durchschnitt in den westlichen Bundesländern mit knapp 43 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche je Betrieb und weit unter der durchschnittlichen Betriebsgröße in den östlichen Bundesländern mit rund 230 Hektar.

Neben zahlreichen leistungsfähigen spezialisierten Betrieben mit hoher Wettbewerbskraft prägen die baden-württembergische Landwirtschaft standortangepasste mittlere und kleine Familienbetriebe. Über 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe sind in Familienhand und werden in der Rechtsform als sogenannte Einzelunternehmen geführt. Das heißt: Familien leiten, verantworten und finanzieren ihre Betriebe weitgehend selbst. Die Familienmitglieder erbringen auch die wesentlichen Arbeitsleistungen. Familienleben und Betrieb sind eng miteinander verbunden. Der Betrieb wird von einer Generation zur nächsten weitergegeben. Von den rund 181 600 Arbeitskräften in der Land- und Forstwirtschaft Baden-Württembergs sind 81 000 Familien-, 21 400 Fremd- und 79 200 Saisonarbeitskräfte. Die baden-württembergische Landwirtschaft trägt mit 1,635 Milliarden Euro (2013) rund neun Prozent zur landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von Deutschland bei.

Nebenerwerb ist dauerhafte Erwerbsform

Eine baden-württembergische Besonderheit ist mit etwa zwei Dritteln der relativ große Anteil an Nebenerwerbsbetrieben. Dabei ist der Nebenerwerb kein Stadium zwischen Haupterwerb und Betriebsaufgabe, sondern eine dauerhafte und vollwertige Erwerbsform. Sie herrscht vor allem an Standorten vor, an denen die natürlichen Voraussetzungen schwierig sind und für den Haupterwerb nur begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Da viele Nebenerwerbslandwirte auch noch Grenzertragsstandorte bewirtschaften, sind sie für den Erhalt der Kulturlandschaft unverzichtbar. Das vielfältige Angebot an Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft in Baden-Württemberg ermöglicht den Landwirten im Nebenerwerb unterschiedliche Einkommenskombinationen und Produktionsrichtungen.

Betriebe gehen verschiedene Wege

Die Kostenführerschaft und das Bestehen auf globalisierten Märkten sind unter diesen Voraussetzungen für die baden-württembergische Landwirtschaft schwierig. Für einen Teil der Betriebe ist dies dennoch ein möglicher Weg – das beweisen auch bäuerliche Familienbetriebe. Andere Betriebe nutzen die Vermarktungspotenziale für hochwertige landwirtschaftliche Produkte vor Ort. Kurze Transportwege, die Frische, der Geschmack und nachprüfbare Produktionsverfahren – viele Verbraucher entdecken heute wieder die Vorzüge der regional erzeugten Agrarprodukte. Bäuerliche Familienbetriebe in Baden-Württemberg profitieren von dieser Wiederbe-

Strukturunterschiede in der deutschen Landwirtschaft

Durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb in Hektar

 0 – 99 ha
  100 – 199 ha
  200 – 299 ha

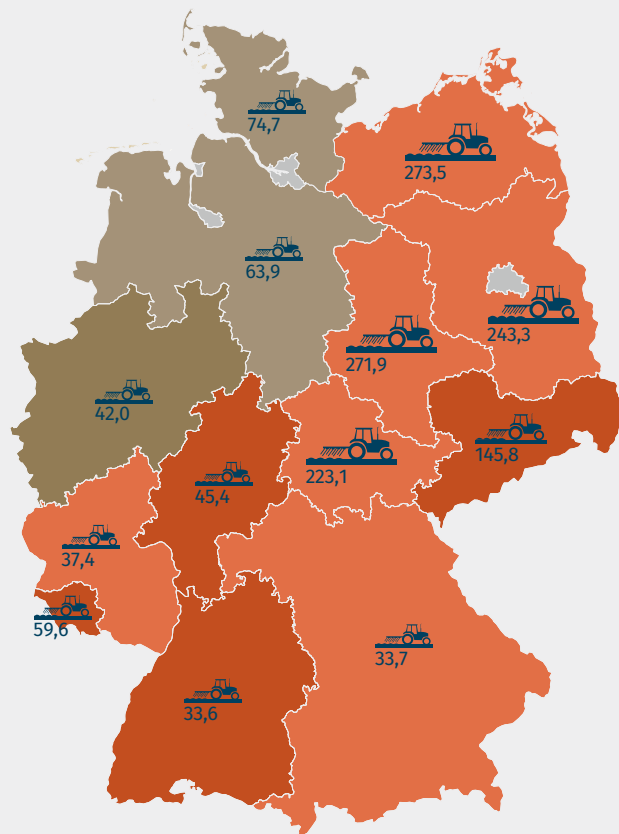
Ø Deutschland 58,3 ha

Anteil der Nebenerwerbsbetriebe in Prozent

- 30 – 39% Niedersachsen, Schleswig-Holstein
- 40 – 49% Nordrhein-Westfalen
- 50 – 59% Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern
Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Thüringen
- 60 – 69% Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen,
Saarland

Ø Deutschland 52%

Quelle: Statistisches Bundesamt



lebung des regionalen Bezugs und streben nach der Qualitätsführerschaft. Das zeigen beispielsweise Sonderkulturbetriebe, Ökobetriebe und Betriebe, die gemäß Tierwohl-Labels produzieren.

Zu den bekanntesten regionalen Spezialitäten zählen Bauländer Grünkern, Badischer Spargel, Bühler Zwetschgen, Schwarzwälder Kirschwasser, Linsen von der Alb und Obst vom Bodensee. Einige Spezialitäten wie der Allgäuer Emmentaler sind nach EU-Recht geschützte geografische Angaben. Mit dem „Bio-Zeichen Baden-Württemberg“ und dem „Qualitätszeichen Baden-Württemberg“ gekennzeichnete Produkte garantieren eine gesicherte Qualität in Verbindung mit der regionalen Herkunft.

Für viele bäuerliche Familienbetriebe ist die betriebliche Diversifizierung eine Strategie, um ein angemessenes Einkommen zu erzielen. Etwa ein Viertel der Betriebe erzeugt erneuerbare Energie, ungefähr sieben Prozent sind in der Direktvermarktung, beispielsweise mit einem Hofladen aktiv, rund vier Prozent betreiben Pensionspferdehaltung und etwa 3,5 Prozent haben sich mit Agrotourismus ein weiteres Standbein aufgebaut – Tendenz steigend. Dies zeugt vom unternehmerischen Geschick, Marktchancen zu erkennen und die eigenen Ressourcen optimal zu nutzen.

Nicht allein der Größe, sondern auch der Schnellste, Einfallsreichste und Flexibelste

kann heute auf dem Markt bestehen. Viele bäuerliche Familienbetriebe in Baden-Württemberg zeichnen sich durch eben diese Anpassungsfähigkeit aus. Bei allen Chancen und Möglichkeiten darf man jedoch nicht verkennen, dass die Diversifizierung besondere Anforderungen an das Unternehmens- und insbesondere an das Zeitmanagement der Unternehmerfamilie stellt.

Doppelstrategie stärkt Familienbetriebe

Die Aufgabe der ländlichen Entwicklung allgemein ist es, den Strukturwandel in der Landwirtschaft abzufedern und den Menschen im ländlichen Raum eine wirtschaftliche Zukunft in der Heimat zu ermöglichen. Damit dies weiterhin gelingt, verfolgt Baden-Württemberg mit seiner Agrarpolitik eine Doppelstrategie. Einerseits unterstützt das Land die Bauern dabei, ihre Betriebe so auszurichten, dass sie mit einem passenden Betriebskonzept am Markt bestehen können. Hierfür wurde die Beratung neu gestaltet und gestärkt. Die Agrarinvestitionsförderung (AFP), die Förderung von Verarbeitung und Vermarktung und die Diversifizierung der Betriebe sind weitere wichtige Elemente. Andererseits fordert und fördert Baden-Württemberg eine umweltgerechte Bewirtschaftung. Es zahlt den Bauern einen Ausgleich für die vielen gesellschaftlichen Leistungen, die von ihnen erwartet, aber am Markt nur ungenügend oder gar nicht honoriert werden. Dazu gehören die Agra-

rumwelt-, Ökolandbau-, Tierschutz- und Weideprämien, Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete, Landschaftspflege- und Vertragsnaturschutzprogramme, ebenso wie Investitionsförderungen speziell für kleine Betriebe und Investitionen im Bereich der Landschaftspflege.

Die zur Umsetzung beider Strategieansätze notwendigen Anreize und Förderprogramme sind im Maßnahmen- und Entwicklungsplan des Landes für den ländlichen Raum (MEPL III) zusammengefasst. Nur wenn beides geschieht – Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und Zahlung von Ausgleichszulagen für ökologische, soziale und tierethische Leistungen – kann Baden-Württemberg eine zukunftsfähige Landwirtschaft erhalten. Dafür ist das Land gut aufgestellt. ■



KONTAKT:
Joachim Hauck
Ministerium für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg
Telefon: 0711 126-2318
Joachim.Hauck@mlr.bwl.de
www.mlr.baden-wuerttemberg.de

Kommunen für Artenvielfalt



Innerhalb und außerhalb der Siedlungsbereiche tragen Kommunen eine große Verantwortung für den Erhalt von Tier- und Pflanzenarten und ihren Lebensräumen. Einige bilden zusammen das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“. Was möchten sie erreichen?

Tobias Herbst arbeitet in der Geschäftsstelle des Bündnisses Kommunen für biologische Vielfalt e.V. in Radolfzell. Dem Bündnis gehören deutschlandweit 108 Gemeinden, Landkreise und Städte an. www.kommbio.de

„Kommunen sollten sich klarmachen, welchen zusätzlichen Nutzen Naturschutzprojekte bieten.“

Herr Herbst, warum sind gerade Kommunen wichtige Akteure für den Schutz der Artenvielfalt?

Durch die Intensivierung der Landwirtschaft oder die Zerschneidung der Landschaft gehen auch außerhalb des Siedlungsbereichs immer mehr Lebensräume verloren. Kommunen können hier aufgrund ihrer großen Strukturvielfalt mit Parks, Kleingärten, Straßenbegleitgrün, Gewässern und Gebäuden Ersatzlebensräume bieten und verfügen somit über beste Voraussetzungen für großen Artenreichtum. Kommunen besitzen auch umfassende Kompetenzen in Planung, Verwaltung und Politik. Sie können über den Umgang mit der Natur und Landschaft vor Ort entscheiden und entsprechende Rahmenbedingungen gestalten – beispielsweise in Landschafts-, Grünordnungs- und Bebauungsplänen. Die Natur in den Kommunen bietet den Bürgern zudem die Möglichkeit zum unmittelbaren Naturerleben. Erst dadurch kann eine echte Wertschätzung für die Natur entstehen, die dann wiederum auch Grundlage für den Naturschutz außerhalb der Kommunen ist.

260 Landkreise, Städte und Gemeinden haben bisher die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ unterzeichnet, die das Bündnis initiiert hat. Wozu haben sich die Unterzeichnerkommunen verpflichtet?

Die Deklaration ist eine freiwillige Selbstverpflichtung der unterzeichnenden Kommunen, sich für den Schutz der biologischen Vielfalt einzusetzen. In der Deklaration sind hierzu vier Handlungsbereiche genannt: Arten- und Biotopschutz, die nachhaltige Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen, Umweltbildung und Kooperation sowie Grün- und Freiflächen im Siedlungsbereich.

Zu jedem Handlungsfeld werden zudem Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt: Beispielsweise können sich Kommunen zu einer naturnahen Pflege öffentlicher Grünflächen bekennen, weitgehend auf Pestizide und Düngung verzichten, die Mahdfrequenz reduzieren und bei Anpflanzungen auf gebietsheimisches Saatgut zurückgreifen.

Welche Voraussetzungen müssen ländliche Mitgliedskommunen schaffen, damit sich die Ziele der Deklaration umsetzen lassen?

Für die Kommunen ist es nicht immer einfach über die gesetzlichen Pflichtaufgaben hinaus auch noch freiwillige Artenschutzmaßnahmen umzusetzen. Hierzu fehlen insbesondere in kleinen Kommunen oftmals die finanziellen und personellen Möglichkeiten. Sie sollten sich daher Partner und Verbündete suchen und sich immer wieder klarmachen, welchen zusätzlichen Nutzen Naturschutzprojekte bieten: beispielsweise im Sinne des Hochwasserschutzes, der Naherholung oder einem attraktiven Landschaftsbild für den Tourismus.

Welche Hilfestellung gibt das Bündnis seinen Mitgliedern?

Die wichtigste Aufgabe des Bündnisses ist es, den Austausch zwischen den Mitgliedern zu organisieren, die Akteure und Experten zu vernetzen und ihre Ideen bekannt zu machen. Das versuchen wir mit der Projektdatenbank auf unserer Website, mit dem Newsletter und mit Veranstaltungen zu verwirklichen. Um das Engagement, das in den Kommunen vorhanden ist, hervorzuheben, haben wir dieses Jahr einen kleinen Wettbewerb gestartet, bei dem wir zwei „Naturschutzprojekte des Jahres“ auszeichnen werden. Darüber hinaus initiieren wir selbst Projekte, etwa zum Thema ökologisches Grünflächenmanagement.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Isabella Mahler.

Gründer an die Hand nehmen

In der Schwarzwaldgemeinde Nidereschach wird der Gründergeist auf neue Weise geweckt: Die Existenzgründungsoffensive Nidereschach unterstützt Bürger, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen möchten. [VON MARTIN RAGG]

Nidereschach wäre ohne seine mittelständische Wirtschaft kaum überlebensfähig. Für die Gemeinde mit knapp 6000 Einwohnern ist es deshalb wichtig, dass sich ihre Wirtschaftsbetriebe immer wieder verjüngen. In kleineren ländlichen Gemeinden sind kreative Köpfe aber oft auf sich allein gestellt, was sie jedoch brauchen, ist Rückenstärkung. Aus dieser Erkenntnis heraus haben Bürgermeister, Kommunalpolitiker und Unternehmer in Nidereschach die Existenzgründungsoffensive Nidereschach (EGON) gestartet. Sie will in der Gemeinde das unternehmerische Denken und die Fantasie zur Gründung eigener Firmen anregen. Die Initiative für Existenzgründung und Unternehmensnachfolge (IFEX) beim Ministerium für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg fördert das Projekt. Zudem bestehen Kooperationen mit örtlichen Banken, Kammern, der Agentur für Arbeit und weiteren Institutionen.

Bürgermeister und Lotsen begleiten Gründer

Der Bürgermeister persönlich ist der erste Ansprechpartner und Moderator für Gründungswillige, potenzielle Unternehmensnachfolger und Firmeninhaber, die sich in Nidereschach ansiedeln möchten. Damit will die Gemeinde bewusst zeigen, welch großen Wert das Thema für sie hat. Der Bürgermeister informiert sich über den Stand des Gründungsvorhabens und vermittelt dem Gründer oder Jungunternehmer einen geeigneten Lotsen, der seinen Schützling bei der Firmengründung und dem Geschäftsaufbau begleitet.

Derzeit engagieren sich neun Ehrenamtliche in Nidereschach als Lotsen. Sie sind beispielsweise ältere Unternehmer, die die Gründer mit Berufserfahrung, Fachwissen und Kontakten zu geeigneten Kooperationspartnern unterstützen können. Die Lotsen kennen sich mit Behörden, Kammern und der Finanzierung aus und sie begleiten die Gründer zu entscheidenden Terminen, wie etwa Bankgesprächen. Bei schwierigen behördlichen Genehmigungsfragen geht der Bürgermeister persönlich mit den Gründern zu den zuständigen Ämtern. Er hilft außerdem bei der Suche nach geeigneten Geschäftsräumen oder Gewerbegründungstücken. Manchmal suchen die Gründer auch menschlichen Rat: Die Familie hat Bedenken gegen die Firmengründung oder dem Interessenten fehlt noch das nötige Selbstvertrauen,



Daniel Staiger (Zweiter von links) stellt in seiner neu gegründeten Firma „DAST tec“ mit seinem Mitarbeiter Bernd Katt (Zweiter von rechts) hochkomplexe Frästeile her. Martin Ragg (rechts) und Ortsvorsteher Peter Engesser berieten ihn.

um den letzten Schritt in die Selbstständigkeit zu gehen. Auch für diese Hindernisse gibt es im Pool der Lotsen geeignete Vermittler und Ansprechpartner für die Gründungswilligen.

Unternehmensgründer und Interessenten werden vernetzt

Die persönliche Ebene des Lotsenprogramms hat sich für die Nidereschacher Gründungsinitiative als Erfolgsgeheimnis erwiesen: Von 40 Beratern haben bisher 19 ein Unternehmen gegründet, weitere befinden sich in den Gründungsvorbereitungen.

Zur Offensive gehört auch, die Unternehmer miteinander zu vernetzen und die Öffentlichkeit auf die Möglichkeiten der Gründungsberatung hinzuweisen. Die Gemeinde organisiert daher jedes Jahr auf einem örtlichen Betrieb einen Existenzgründertag, veranstaltet Workshops und Treffen, wie das Gründer-Grillen, und regt zur Beteiligung an Gründer-Wettbewerben an. „Wir haben besonders von der Öffentlichkeitsarbeit profitiert, die EGON für uns gemacht hat“, sagte Andreas Veit, Neugründer eines Handwerksbetriebs für Ofenbau – der Bürgermeister hatte ihn als Neugründer in den lokalen Medien vorgestellt.

Das EGON-Konzept lässt sich auf andere ländliche Gemeinden übertragen. Es hat gezeigt, dass es nicht nötig sein muss, aufwendige Strukturen wie Wirtschaftsförderungsstellen zu schaffen, um den Gründergeist zu beleben und Gründer betreuen zu können. Ein kleines, ehrenamtlich engagiertes Team aus örtlichen Kräften kann viel bewirken.



KONTAKT:
Martin Ragg
Existenzgründungsoffensive
Nidereschach (EGON)
Telefon: 07728 648-41
buergermeister@nidereschach.de
www.starten-mit-egon.de



”

Deutschland benötigt nicht unbedingt mehr Finanzmittel, um besser zu werden.“

DIE POSITION

Was braucht die zukunftsfähige Landschule?

Von Hermann-Josef Thoben, Vorstandsvorsitzender der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Die Bildungslandschaften in den ländlichen Regionen Deutschlands sind einerseits von einem sich ständig ändernden Verständnis darüber geprägt, was gute Bildung in Staat und Gesellschaft bedeutet. Andererseits stehen sie unter dem Einfluss unterschiedlicher demografischer Entwicklungen.

Aktuelle Studien im Bildungsbereich machen deutlich, dass Deutschland einen erheblichen Nachholbedarf hat, um bei den Bildungsergebnissen zur weltweiten Spitzengruppe zu gehören. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien zeigen im Vergleich zu denen aus vielen anderen Staaten deutliche Rückstände in der Bildung.

Der Vergleich mit anderen Ländern, wie Finnland, macht deutlich, dass wir nicht unbedingt mehr Finanzmittel benötigen, um besser zu werden. Eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltig gute Bildung ist – neben hoch qualifizierten und engagierten Pädagogen – ein hoher Stellenwert der Bildung in der Gesellschaft und die frühzeitige Einbindung der Eltern, Kommunen und sonstiger Bildungsträger in bildungsorientierte Entwicklungsprozesse.

Verantwortliche im Bildungsbereich ländlicher Regionen sind stärker als in den Städten mit demografisch bedingten Veränderungsprozessen konfrontiert. Um zukunftsfähige Lösungen zu finden, benötigen die Kommunen eine erfolgversprechende Strategie, die die individuelle Situation vor Ort berücksichtigt, Funktionen bündelt und auf Kooperation setzt. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die Gesellschaft einsieht, dass die bisherigen Strukturen nicht mehr ausreichend sind, um im weltweiten Wettbewerb zu bestehen.

Deshalb müssen Bund und Länder stärker als bisher Anreize dafür schaffen, dass Gemeinden und sonstige Schulträger einen individuell ausgerichteten Diskurs initiieren. Dieser sollte zum Ziel haben, überholte Bilder zu guter Bildung durch solche abzulösen, die auch die aktuellen Erkenntnisse der Bildungs- und Gehirnforschung berücksichtigen.



Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur obenstehenden Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

LESERBRIEF

Zu: Im Fokus „Zuwanderung – Chance und Aufgabe“, LandInForm 4.15, Seiten 10–33

Wo bleiben die kritischen Beiträge?

Leider stimmen auch Sie in den politisch vorgegebenen Medienchor „Wir schaffen das“ ein. Wo bleibt eigentlich ein einziger ausgewogener, vielleicht sogar kritischer Beitrag? Denn Sie können doch selbst nicht ernsthaft glauben, was die im Heft sich selbst bejubelnden Institutsprofiteure oder die klassischen Uralt-Statistiken (Seiten 14–15) uns da weismachen wollen: Alles ist doch so nett! Wie wäre es mal mit folgender Darstellung: Finanzmittel jedweder Art sollten nur den nach festen Kriterien ausgewählten Einwanderern (vorzugsweise aus EU-Staaten) zugutekommen. Und alle Projekte, die sich bei Ihnen vorstellen, werden mal auf ihre tatsächlichen, nachhaltig wirkenden Erfolge hin untersucht. Anstatt dauernde Selbstgefälligkeit und ein durch die Politik vorgegebener Umerziehungsauftrag wäre mal etwas ehrliche Selbstkritik an der Tagesordnung!

» Andreas Bitz, Mainz

LESERBRIEFE

Zu: „Agrarinvestitionsförderung (AFP) – Wohl oder Übel?“, LandInForm 4.15, Seite 53

AFP ist ein Erfolgsmodell und Konjunkturprogramm für ländliche Räume

Die gemeinnützigen Landgesellschaften haben seit Beginn der Investitionsförderung rund 58 000 Althofmodernisierungen und 20 000 Aussiedlungsverfahren in Planung, Umsetzung und Förderung betreut, zudem 4 000 Vorhaben in den neuen Ländern. Der überwiegende Teil dieser Investitionsvorhaben betrifft den Stallbau und die Modernisierung der Nutztierhaltung. Tierwohl-aspekte, Arbeitswirtschaft und Umweltschutz haben dabei immer eine zentrale Rolle in Planung und Ausführung gespielt. Es wurde viel Gutes getan, bewirkt und auf den Weg gebracht. Bei den betreuten Verfahren gab es nahezu keine Förderausfälle und Anlaufverfahren durch die EU. In ersten Analysen und Zielbewertungen wurde ungenügend differenziert: Allgemeiner Agrarkredit, Diversifikation und betreute AFP-Vorhaben wurden in einen Topf geworfen. Die Ergebnisse sind in einer Folgeanalyse betreuter Vorhaben widerlegt worden. Zudem fehlt in den Evaluierungen stets eine raumbezogene Wirkungsanalyse, was schon öfter moniert, aber noch nie qualifiziert aufgegriffen wurde. Jeder Euro Förderung beim AFP löst mindestens vier Euro an weiteren Investitionen aus. Rund 90 Prozent der durch das AFP ausgelösten Investitionskosten werden für Investitionsgüter ausgegeben, die im ländlichen Raum hergestellt werden – einschließlich der Bauarbeiten. In der Regel bleibt ein Drittel bis die Hälfte der Investitionsausgaben in der Region. Dabei beträgt der Lohnkostenanteil rund 30 Prozent, was mehrere tausend Vollarbeitsplätze im Baugewerbe und der Ausrüstung sichert. Über Lohn- und Einkommensteuern fließen die bereitgestellten öffentlichen Mittel weitgehend wieder zurück. Auch die Sozialkassen bekommen ihren Anteil ab. Das AFP ist insofern ein Konjunkturprogramm für ländliche Räume.

» Karl-Heinz Goetz, Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), Berlin

Der falsche Weg, um Landwirte finanziell zu entlasten

AFP ist ein beliebtes Instrument der Agrarpolitiker jedweder Couleur ihre Politik als die jeweils bessere in Szene zu setzen. Finanzieren müssen diesen Blödsinn alle steuernzahlenden Bürger. Die Effizienz dieser Subventionen für die Landwirtschaft ist dabei weniger als dürftig. Vielmehr fördert sie die Gewinne des produzierenden Gewerbes. Ich vertrete die These, dass die Hersteller und Verkäufer der Ställe, Anlagen und Maschinen durch das AFP motiviert werden, den geförderten Landwirten ihre Produkte mit Förderaufschlägen verteuert zu verkaufen. Nicht zu unterschätzen ist, welche Frustrationen die Bürokratie von AFP durch zu lange Wartezeiten zwischen Antragstellung und Bewilligung bei den Landwirten hervorruft – insbesondere bei Stallbauvorhaben. Es wäre außerdem interessant, näher zu beleuchten, welchen Verwaltungskostenanteil das AFP verursacht. Ob der neue Ansatz im ELER hier eine Besserung bringt, halte ich für fraglich.

Wenn Steuergelder im Agrarbereich eingesetzt werden sollen, dann nicht mehr produktionsfördernd, sondern nur noch für soziale Maßnahmen im Agrarbereich. Wegen der sehr ungünstigen demografischen Entwicklung in der Landwirtschaft gibt es zu hohe finanzielle Belastungen für die wirtschaftenden Landwirte als Leistungserbringer und, im Vergleich zur übrigen Bevölkerung, sehr bescheidene Sozialleistungen für landwirtschaftliche Altenteiler als Leistungsempfänger. Wenn es die Politik mit einer wirtschaftlichen Entlastung der Landwirtschaft wirklich ernst meinen würde, dann gäbe es im landwirtschaftlichen Sozialversicherungswesen wesentlich effizientere Möglichkeiten, Steuergelder einzusetzen und dabei auch noch soziale Ungerechtigkeiten abzubauen, als durch die Agrarinvestitionsförderung. Es ist insofern höchste Zeit für die Akteure, die Subventionspolitik nicht nur im Agrarbereich zu evaluieren.

» Heinrich Graf, Landwirt im Nebenerwerb, Twistetal

angelesen



Fachkräftesicherung im ländlichen Raum

Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, ist insbesondere im ländlichen Raum eine Herausforderung. Warum das so ist, wird in einem neuen Heft aus der Schriftenreihe „Moro Praxis“ analysiert. Die Ergebnisse einer Daten- und Literaturrecherche zeigen: Die Probleme in ländlichen Regionen sind nicht einheitlich und auch der Fachkräftemangel besteht nicht überall. Jedoch gibt es in einigen Berufsfeldern und Regionen bereits Engpässe, die insbesondere strukturschwache Räume in eine Abwärtsspirale bringen können.

Zur Sicherung von Fachkräften identifizieren die Autoren acht Handlungsfelder, angefangen bei der Bedarfs- und Bestandsanalyse über die Vernetzung relevanter Akteure bis hin zur Erschließung vorhandener und Gewinnung externer Fachkräfte – auch mittels Öffentlichkeitsarbeit. Als weitere Handlungsfelder werden die Unterstützung der regionalen Unternehmen und die Schaffung eines attraktiven Lebens- und Arbeitsraums benannt. Die Handlungsfelder und einige vorgestellte Best-Practice-Beispiele machen deutlich, wie vielschichtig das Thema ist. Die Autoren sehen die Fachkräftesicherung deshalb als Querschnittsaufgabe der Regionalentwicklung. Vor diesem Hintergrund legen die Autoren einen besonderen Fokus auf das Handlungsfeld „Vernetzung der relevanten Akteure“. Dies spiegelt sich auch in der Auswahl von sechs Fallregionen wider, in denen sich Akteursnetzwerke im Bereich Fachkräftesicherung gebildet haben – mit unterschiedlichen regionalen Herausforderungen und Lösungsansätzen. Eine Stärke dieser Untersuchung ist die Fokussierung auf den ländlichen Raum. Die Praxisbeispiele machen die Auseinandersetzung mit dem Thema lebendig – insgesamt ist eine lesenswerte Lektüre entstanden. [stm]

Bundesministerium für Verkehr
und digitale Infrastruktur (Hrsg.):
Sicherung des Fachkräfteangebotes im ländlichen Raum,
Moro Praxis Heft 1, 2015, 84 Seiten,
kostenfrei bestellbar unter ref-1-1@bbr.bund.de
ISBN 978-3-87994985-4



Leitfaden für klimafreundliche Kommunen

Nach einer kurzen Einführung zu den politischen Zielen und möglichen Szenarien einer Wärmewende gibt der Leitfaden „Wärmewende in Kommunen“ einen kurzen Überblick über die aktuelle Situation der Wärmeversorgung in Deutschland. Dabei geht es immer wieder um Effizienzmaßnahmen wie Niedrigenergiebauweise, Wanddämmung und die Versorgung über erneuerbare Energiequellen. Je nach Bebauungsdichte der Kommune, freien Flächen und vorhandener Versorgungsinfrastruktur ergeben sich vielfältige Kombinationsmöglichkeiten. Verschiedene Anwendungsfelder von Solar- und oberflächennaher Geothermie, Biomasse und der Kraft-Wärme-Kopplung werden kurz vorgestellt, die Grenzen ihrer Verfügbarkeit und die Problematik der Energiespeicherung werden ebenfalls thematisiert. Knapp gehaltene Beispiele aus den Bundesländern, aus Städten und Dörfern erläutern Pläne zur Energienutzung, stellen Fernwärmenetzpläne und ihre Umsetzung vor. Die Autoren gehen zudem auf die Rolle von Kommunen und Kreisen als Initiatoren und Koordinatoren ein. Es gilt, eine Strategie zu entwickeln, die die Stadtplanung, die Stadtwerke oder regionale Energieversorger, das Bau- und Umweltamt sowie die Bürger und – falls vorhanden – Bürgerenergiegenossenschaften mit ins Boot holt. In diesem Kontext können auch die Dorfakteure und LEADER-Gruppen aktiv werden, die sich am Prozess beteiligen möchten. Die abschließenden Kapitel bieten vor allem Unterstützungsangebote – überwiegend Checklisten – für den Einstieg in die Wärmewende zur schnellen Erfassung und Bewertung der Situation vor Ort. Die Erkenntnis nach der Lektüre: Trotz der Defizite in der Fläche passiert schon einiges im Land. Der Leitfaden bietet eine erste Einführung ins Thema, weist auf vertiefende Studien, Beispiele und Förderangebote hin und schafft damit Zugänge für Planung und Umsetzung. [jas]

Hans Hertle, Martin Pehnt, Miriam Dingeldey
und Benjamin Gugel:
Wärmewende in Kommunen – Leitfaden für den klimafreundlichen Umbau der Wärmeversorgung,
Schriftenreihe Ökologie Band 41 der Heinrich-Böll-Stiftung,
2015, 120 Seiten, im Download verfügbar und kostenfrei
bestellbar unter www.boell.de
ISBN 978-3-86928-142-1

angekündigt

Bioenergie-Kommune des Jahres gesucht

Drei besonders innovative Kommunen, die ihre Bioenergiepotenziale auf vorbildliche Weise nutzen, können beim bundesweiten Wettbewerb „Bioenergie-Kommunen 2016“ auf eine Auszeichnung hoffen. Die drei mit jeweils 10 000 Euro dotierten Preise werden vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ausgeschrieben, die Preisgelder sollen für die Weiterentwicklung der regionalen Bioenergiekonzepte zum Einsatz kommen. Der Wettbewerb richtet sich an Orte im ländlichen Raum in Deutschland, die mindestens 50 Prozent, und Städte, die mindestens 30 Prozent ihres Strom- und Wärmebedarfs aus regional erzeugter Biomasse decken. Bewertet werden der Versorgungsgrad mit Bioenergie, die intelligente Nutzung von Biomasse in Systemen mit weiteren erneuerbaren Energien, zudem Effizienz, Nachhaltigkeit und Innovation sowie die regionale Wertschöpfung und auch die Beteiligung der Bevölkerung. Bewerbungsschluss ist der 15. Mai 2016. Die Umsetzung des Wettbewerbs erfolgt durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR). [abb]

www.bioenergie-kommunen.de

Regionale Wertschöpfung steigern

Der Bundespreis „REGIOkommune“ hat zum Ziel, Beispiele für den Nutzen und den Mehrwert regionaler Vernetzungen sichtbar zu machen. Bis zum 15. Juni 2016 sind Städte und Gemeinden dazu aufgerufen, innovative Ansätze zur Steigerung der Erzeugung, der Verarbeitung und des Absatzes von regionalen Produkten und Dienstleistungen vorzustellen, die sie in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft, Institutionen, Regionalinitiativen und Verbänden umsetzen. Besonders erfolgreiche Konzepte werden mit dem Bundespreis ausgezeichnet: Es wurde ein Preisgeld von insgesamt 4 500 Euro ausgelobt, das auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden kann. Die Wettbewerbsbeiträge sollen anderen Kommunen einen Anreiz geben, regionale Produkte selbst zu vermarkten oder im Bereich der Regionalvermarktung aktiv zu werden und so eine nachhaltige Regionalentwicklung zu unterstützen. Der Bundespreis REGIOkommune ist eine Initiative des Bundesverbands der Regionalbewegung (BRB) und wird durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gefördert. [abb]

www.regiokommune.de

Stillgelegte Bahnstrecken wieder nutzen

Seit 1994 wurden bundesweit rund 500 Bahnstrecken mit einer Gesamtlänge von über 5 000 Kilometern stillgelegt. Bereits stillgelegte, aber physisch noch vorhandene Bahnstrecken werden nun erneut unter die Lupe genommen. Die DB Netz AG und der Deutsche Bahnkunden-Verband e.V. (DBV) haben sich dazu auf ein Prüfverfahren verständigt. Es soll untersucht werden, ob moderne Regionalzugverbindungen auf alten Trassen eine sinnvolle Alternative zum Individual- oder dem straßengebundenen Öffentlichen Nahverkehr darstellen könnten. Durch die Prüfung möchte man verhindern, dass durch die Zweckentfremdung der Bahntrassen Schäden für die Zukunft entstehen, die zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr korrigiert werden können. Regionen und Dörfer sind bis 30. Juni 2016 aufgerufen, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Sie können dem DBV mitteilen, welche derzeit stillgelegte Bahntrasse sich aus ihrer Sicht für eine Reaktivierung eignen könnte. Sofern möglich, wird um nähere Angaben zum vorhandenen Potenzial im Güter- und Personenverkehr gebeten. [abb]

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/bahntrassen

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe Exemplare.

Institution

Vorname/Nachname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum

Unterschrift

☐ Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren. (Bitte geben Sie Ihre E-Mail-Adresse an.)

bitte
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Die Schule im Dorf lassen?



Termine

6. und 7. April	Regionalentwicklung finanzieren: Angebote – Zugänge – Handhabung* Praxistagung in Wernigerode Infos auf Seite 9	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/finanzierung
14. April	Erfahrungen und Perspektiven des bäuerlichen Naturschutzes in Deutschland* Tagung in Berlin Infos auf Seite 8	DVS und Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) www.netzwerk-laendlicher-raum.de/naturschutz
26. und 27. April	Integration von Zugewanderten – Ideen, Beispiele und Lösungen für ländliche Räume* Workshop in Arnsberg Infos auf Seite 9	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/integration
3. und 4. Juni	Bundestreffen der Regionalbewegung Treffen in Hamburg	Bundesverband der Regionalbewegung e.V. www.regionalbewegung.de/bundestreffen-2016
14. und 15. Juni; 15. und 16. Juni	Biodiversitätserhalt durch Grünlandnutzung, Biodiversitätsschutz in Ackerbauregionen* Exkursionen nach Nordrhein-Westfalen Infos auf Seite 8	DVS, IBV, DVL, DBV, DNR www.netzwerk-laendlicher-raum.de/biodiversitaet
11. und 12. Juli	24. C.A.R.M.E.N. – Symposium Energiefahrplan 2050 – Weichen stellen für morgen Symposium in Würzburg	C.A.R.M.E.N. e.V. www.carmen-ev.de

Unser Fokuscartoon

von Meli

